Preußische Allgemeine

Nr. 49 · 10. Dezember 2021

Zeitung für Deutschland · Das Ostpreußenblatt

Einzelverkaufspreis: 3,40 €







AUFGEFALLEN

Unerwartete Bekenntnisse

Eine Kreisstadt in Oberbayern, eingebettet in eine Bilderbuchlandschaft. Die Pandemie hatte das Städtchen fest im Griff, die Inzidenzwerte hatten im Herbst gravierende Ausmaße angenommen. Die Medien waren voll von bedrohlichen Meldungen, die politisch Verantwortlichen appellierten an die Bevölkerung, sich impfen zu lassen und die AHA-Regeln einzuhalten. Soweit so erwartbar.

Ein Gang in einen Supermarkt zur Deckung des täglichen Bedarfs ergab in dieser Phase der Pandemie für einen Bürger der Stadt (die Person ist bekannt) ein höchst erstaunliches Ergebnis. Er sah in dem Lebensmittelmarkt eine ihm bekannte Person, die mit dem Coronavirus infiziert war. Der Bürger informierte den Marktleiter, der daraufhin mit einer Lautsprecherdurchsage den Infizierten in sein Büro bat. Dies förderte ein erstaunliches Ergebnis zutage: Denn statt einem Kunden meldeten sich 20 Personen (!) mit der Aussage, sie hätten Corona.

Was ist das nun? Ein deutliches Indiz dafür, dass vielen Bürgern staatliche Vorsorgemaßnahmen wie eine Quarantäne "am Hintern" vorbei gehen? Oder eine unverantwortliche Gedankenlosigkeit Einzelner nach dem Motto, wie soll ich denn sonst an meine Lebensmittel kommen? Oder spricht daraus die Unfähigkeit von Menschen in einer individualisierten Gesellschaft, auf den Nächsten Rücksicht zu nehmen? Und wer überwacht eigentlich die Quarantäne?

In jedem Fall ein Zeichen dafür, dass der Staat im Kampf gegen Corona an seine Grenzen stößt. *Richard Drexl*

POLITIK

Ein Machtwechsel, der Anlass zur Skepsis gibt

Deutschland hat eine neue Regierung. Ob der versprochene Aufbruch tatsächlich kommen wird, darf mit guten Gründen bezweifelt werden

VON RENÉ NEHRING

er Advent ist die Zeit der Vorfreude, der Vorfreude auf das nahe Weihnachtsfest. Wörtlich bedeutet Advent "Ankunft", gemeint ist die bevorstehende Ankunft des Herrn. Der Advent 2021 bringt den Deutschen eine Ankunft ganz besonderer Art – den Amtsantritt einer neuen Bundesregierung. Gut zehn Wochen nach der Bundestagswahl wurde der Sozialdemokrat Olaf Scholz am Mittwoch zum neunten Kanzler der Bundesrepublik Deutschland gewählt.

"Mehr Fortschritt wagen" zu wollen haben er und das von ihm geführte "Bündnis für Freiheit, Gerechtigkeit und Nachhaltigkeit" - so der Untertitel des von SPD, Grünen und FDP vereinbarten Koalitionsvertrags - angekündigt. "Fortschritt", "Gerechtigkeit" und "Nachhaltigkeit" gehören zu jenen Floskeln, bei denen stets Vorsicht geboten ist. Zum einen, weil jene, die diese für sich reklamieren, Andersdenkende für "unfortschrittlich", "ungerecht" und "nicht nachhaltig" erklären. Zum anderen, weil die meisten, die mit derartigen Vokabeln den Anbruch einer neuen Zeit verkündeten, im Alltag lediglich vermochten, alte Ordnungen zu zerschlagen. Für eine neue Welt, die tatsächlich besser war als die bestehende, reichte dann meist die Kraft nicht mehr. Oder das Können.

Die neue Bundesregierung hat sich viel vorgenommen. Sie will unter ande-

rem die "Infrastruktur, öffentliche Räume und Netze modernisieren und dafür Planung, Genehmigung und Umsetzung deutlich beschleunigen". Das ist gut und notwendig. Problematisch wird es hingegen, wenn "die Klimaschutzziele von Paris zu erreichen, (...) oberste Priorität" haben soll und dafür "Hürden für den Ausbau der Erneuerbaren Energien aus dem Weg geräumt" werden sollen. Das klingt nach dem alten Spruch "Not kennt kein Gebot", mit dem sich noch jede Form der Unfreiheit begründen ließ.

Erinnerungen an 1998

Bedenklich muss auch die Gewichtung der Themen stimmen. So rangiert das Kapitel "Freiheit und Sicherheit, Gleichstellung und Vielfalt in der modernen Demokratie" im Koalitionsvertrag nicht nur vor den Kapiteln "Deutschlands Verantwortung für Europa und die Welt" sowie "Zukunftsinvestitionen und nachhaltige Finanzen", es ist auch fast doppelt so lang wie das letztgenannte Kapitel.

Skeptisch stimmt auch die Erinnerung an das Jahr 1998, als zuletzt ein Sozialdemokrat Kanzler wurde. Damals hatte der Kandidat Schröder im Wahlkampf versprochen, "nicht alles anders, aber vieles besser" machen zu wollen. Nach Amtsantritt brauchte die neue Regierung dann nur wenige Monate, um Deutschland zu einem Einwanderungsland umzubauen. Das wirft die Frage auf, ob die neue Regie-

rung in Migrations- und Einwanderungsfragen ähnlich forsch agieren wird.

Schmerzhaft war Ende der 1990er Jahre die Zerschlagung der traditionellen ostdeutschen Kulturförderung. Kernlande der preußischen und deutschen Geschichte wie Ostpreußen, Pommern und Schlesien wurden damals erinnerungspolitisch in ein imaginäres "östliches Mitteleuropa" ausgelagert – mit der Folge, dass nach dem weitgehenden Aussterben der Erlebnisgeneration die Länder östlich von Oder und Neiße heute für die meisten Deutschen eine *Terra incognita* sind. Immerhin hatte die Regierung Schröder mit der Agenda 2010 Deutschland grundlegend reformiert und wirtschaftlich vorangebracht.

Ein wesentlicher Unterschied zu 1998 ist die FDP. Es wird entscheidend sein, ob die Liberalen mit dem Finanzminister Christian Lindner neben der Kanzlerpartei SPD den Ton angeben werden – oder die Grünen mit ihrem "Transformationsminister" Robert Habeck und der selbsternannten Völkerrechtlerin Annalena Baerbock. Für eine Dominanz der Grünen spricht, dass sie seit Jahrzehnten ohnehin den Zeitgeist prägen; für die Liberalen, dass sie mit Finanzen, Verkehr und Digitales, Justiz sowie Bildung und Forschung echte Gestaltungsressorts besetzen.

Viel Zeit zum Eingewöhnen bleibt der neuen Regierung jedenfalls nicht. Die Zeiten sind stürmisch – und der Berg an Aufgaben riesig.

IN DIESER AUSGABE

Politik

In Berlin kündigt die Landesvorsitzende der Linkspartei eine "linke Rechtspolitik" an **Seite 5**

Kultur

Vor 150 Jahren starb der aus Breslau stammende Romanautor Willibald Alexis **Seite 9**

Das Ostpreußenblatt

In Königsberg sollen die Ruinen des Stadtschlosses "gesichert" werden

Seite 13

HINWEIS

Beilage Dieser Ausgabe liegt eine Information von "CATO – Magazin für neue Sachlichkeit" bei



Lesen Sie die PAZ auch auf unserer Webseite **paz.de**



ZKZ 05524 – PVST. Gebühr bezahlt

AIDA Die NASA-Sonde DART und die ESA-Sonde Hera sollen erkunden, inwieweit die Erdbewohner die Bahn eines Asteroiden auf Kollisionskurs mit der Erde durch den gezielten Einschlag von Raumsonden ändern können

Erdbahnkreuzer auf Rammkurs

Auf der Suche nach Methoden zum Aufspüren und Neutralisieren der "Global Killer"

VON WOLFGANG KAUFMANN

ei der Geburt unseres Sonnensystems entstanden neben den Planeten und Monden auch unzählige kleinere Asteroiden. Einige von denen kollidierten bereits mit der Erde - und andere werden es in der Zukunft tun. Astronomen schätzen die Zahl der potentiell gefährlichen Asteroiden mit einem Durchmesser von mindestens 25 Metern auf rund fünf Millionen.

Von den 25.000 mit mehr als 140 Metern Durchmesser sind bisher etwa 40 Prozent lokalisiert worden, was eine kontinuierliche Überwachung und Bahnverfolgung erlaubt. Die Übrigen können über kurz oder lang aus dem Nichts auftauchen und unvorstellbare Zerstörungen anrichten, wenn sie auf der Erde einschlagen.

Angesichts dieser Gefahr durch sogenannte Global Killer wurden in den letzten Jahren diverse Suchprogramme wie NEOWISE (Near-Earth Object Widefield Infrared Survey Explorer), LINEAR (Lincoln Near Earth Asteroid Research) und KaBOOM (Ka-Band Objects Observation and Monitoring Project) gestartet. Außerdem richtete die US-amerikanische National Aeronautics and Space Administration (NASA) Anfang 2016 eine Koordinierungsstelle für die "planetare Verteidigung" ein. Dieses Planetary Defense Coordination Office (PDCO) mit Sitz in Washington und neun hochqualifizierten wissenschaftlichen Mitarbeitern veranstaltet nun gemeinsam mit dem Johns Hopkins University Applied Physics Laboratory (APL) eine 330 Millionen US-Dollar teure Katastrophenübung namens Asteroid Impact & Deflection Assessment (AIDA). Deren Ziel besteht darin, zu testen, ob es möglich ist, bedrohlich näherkommende Asteroiden durch den gezielten Einschlag von Raumsonden aus ihrer Anflugbahn zu drängen.

Didymos und Dimorphos

Als Versuchsobjekt dient dabei der Doppelasteroid (65803) Didymos mit seinem Mond Dimorphos. Der erstgenannte Himmelskörper wurde am 11. April 1996 von Joe Montani vom Kitt Peak National Observatory in Arizona entdeckt und hat einen Durchmesser von rund 780 Metern. Dahingegen kommt sein erstmals



Am Vortag des Starts von der Vandenberg Space Force Base: Eine Falcon-9-Trägerrakete mit dem Einschlagkörper DART

am 20. November 2003 von dem tschechischen Astronomen Petr Pravec vom Observatorium Ondřejov bei Prag gesichteter kleiner Begleiter nur auf etwa 163 Meter. Er umkreist den Mutterasteroiden in rund 1100 Metern Entfernung, wobei ein Umlauf genau elf Stunden und 55 Minuten dauert. Das soll sich aber ab Ende September/Anfang Oktober 2022 ändern. Dann erreicht die rund 550 Kilogramm schwere US-Raumsonde Double Asteroid Redirection Test (DART), deren Start am 24. November in der kalifornischen Vandenberg Space Force Base erfolgte, das Duo. Wenn alles verläuft wie geplant, schlägt DART mit 24.000 Kilometern in der Stunde auf der Oberfläche von Dimorphos auf. Dabei käme dem zehn Tage zuvor von DART abgekoppelten Mini-Satelliten Light Italian CubeSat for Imaging of Asteroids (LICIACube) die Aufgabe zu, den spektakulären Aufprall zu filmen und die Bilder über eine Distanz von knapp elf Millionen Kilometern zur Bodenstation zu senden.

Nach Berechnungen der NASA müsste sich der Asteroid, dessen Masse mit rund fünf Millionen Tonnen veranschlagt wird, nach dem Zusammenstoß messbar langsamer um sein größeres Pendant bewegen, was wiederum Einfluss auf die Flugbahn des gesamten Gespanns hätte. Wenn dies nicht der Fall wäre, bestünde allerdings trotzdem keinerlei Gefahr für die Erde, denn das Duo Didymos-Dimorphos befindet sich derzeit auf keinem Kollisionskurs mit unserem Planeten. Jedoch würde auf das PDCO und dessen Chef, den ehemaligen Air-Force-Oberstleutnant Lindley Johnson, dann die Aufgabe zukommen, nach alternativen Möglichkeiten der Unschädlichmachung von potentiellen "Erdbahnkreuzern" zu su-

Diskutiert wird in diesem Zusammenhang unter anderem die Zündung von Kernsprengköpfen in der Nähe der Asteroiden, um sie auf diese Weise abzudrängen. Dahingegen ist die komplette atomare Zertrümmerung solcher Himmelskörper wie in dem Science-Fiction-Streifen "Armageddon" mit Bruce Willis und Ben Affleck aus dem Jahre 1998 kein realistisches Szenario.

Problem der Vorbereitungszeit

Und wenn die nukleare Option auf Ablehnung stößt, gäbe es noch die Ablations-Methode, bei der das Oberflächenmaterial des Asteroiden mittels Laserbeschuss verdampft wird, womit sich dessen Flugrichtung ebenfalls ändern müsste. Außerdem liegt der Vorschlag auf dem Tisch, Sonnensegel an den kosmischen Geschossen anzubringen, um sie durch den Strahlungsdruck unseres Zentralgestirns vom Weg abzubringen.

Aber vielleicht sind all diese Verfahren überflüssig, wenn AIDA zum Erfolg führt. Dann bliebe nur noch das Problem, dass eine "Kamikaze-Mission" wie die von DART relativ viel Vorbereitungszeit erfordert, die aber im Falle eines kleineren und schnell näherkommenden Asteroiden nicht zur Verfügung steht.

HERA

Start mit dreijähriger Verspätung

Eigentlich sollte die jetzt gestartete NASA-Sonde DART nicht allein zu dem Asteroiden-Duo Didymos-Dimorphos fliegen, sondern im Verband mit dem Raumflugkörper Hera der European Space Agency (ESA). Dabei war geplant, dass Hera Messungen vor Ort durchführt, um die exakte Masse von Dimorphos zu ermitteln. Denn nur so kann zuverlässig abgeschätzt werden, wie effektiv ein Rammanöver zur Veränderung der Flugbahn von Kleinstplaneten tatsächlich ist. Wenn Dimorphos lediglich aus leichtem Material besteht, lässt er sich einfacher vom Weg abdrängen als ein schwerer Brocken. Im Prinzip ging es also darum herauszufinden, welche Wirkung der 550-Kilogramm-Aufschlagkörper bei einem Asteroiden mit bekannten physikalischen Eigenschaften erzielt.

Allerdings beschloss der ESA-Ministerrat im Dezember 2016, keine Finanzmittel für Hera zu bewilligen. Daraufhin verlautbarte die NASA, sie werde DART dann eben ohne Begleitung auf den Weg schicken und den Einschlag so gut wie möglich mit der eigenen Technik dokumentieren. Drei Jahre später revidierte die ESA ihre Meinung und erteilte den Auftrag für die Entwicklung und den Bau von Hera mit einem Volumen von knapp 130 Millionen Euro. Dieser ging an ein Konsortium unter Führung der Technologiegruppe OHB SE mit Sitz in Bremen.

Hera soll nun irgendwann im Laufe des Jahres 2024 mit der neuen europäischen Trägerrakete Ariane 6 vom Weltraumbahnhof Kourou in Französisch-Guayana ins All starten und 2027 bei den beiden Asteroiden eintreffen. Die NASA wie auch die ESA hoffen, dass dann trotz der Verzögerung von rund fünf Jahren noch ausreichend Daten über die Folgen des Einschlages erhoben werden können. Außerdem ist eine Landung des dänischen Hera-Huckepack-Satelliten Juventas auf Dimorphos geplant, um dessen Gesteinsstruktur nicht nur aus der Ferne, sondern auch aus unmittelbarer Nähe zu studieren. W.K.

GESCHICHTE

Schon häufiger trafen Asteroiden die Erde

Diverse Kollisionen dieser Art hatten gewaltige Ausmaße mit apokalyptischen Folgen

Die Erdgeschichte ist reich an apokalyptischen Ereignissen, die jeweils zu einem umfassenden Artensterben führten, beginnend mit der "Großen Sauerstoffkatastrophe" vor rund 2,4 Milliarden Jahren und endend mit dem Verschwinden der Dinosaurier sowie fast aller damaligen Vogelarten im Übergang von der Kreidezeit zum Tertiär vor 66 Millionen Jahren.

Dabei steht mittlerweile fest, dass zumindest die letztgenannte Destabilisierung der Biosphäre unseres Planeten aus dem Einschlag eines etwa 14 Kilometer großen und 72.000 Kilometer pro Stunde schnellen Asteroiden unweit der heutigen Ortschaft Chicxulub Pueblo im Norden der mexikanischen Halbinsel Yucatan herrührte. Bei diesem Aufprall wurde so viel Energie frei wie bei der Explosion von 200 Millionen Hiroshima-Atombomben. Anschließend verdunkelte sich der Himmel durch den ausgeworfenen Gesteinsstaub und die Folgen gigantischer Flächenbrände. Daraufhin sank die globale Durchschnittstemperatur für mehrere Jahre unter den Gefrierpunkt.

Der so entstandene Chicxulub-Krater ist nur einer von rund 180 bekannten großen Impaktstrukturen auf der Erde, die vom Einschlag kosmischer Geschosse zeugen. Hierzu zählen das Nördlinger Ries im Grenzgebiet zwischen der Schwäbischen und Fränkischen Alb und das 40 Kilometer entfernte Steinheimer Be-

cken mit 24 beziehungsweise 3,8 Kilometern Durchmesser. Deshalb liegt es durchaus im Bereich des Möglichen, dass auch einige der früheren Artensterben aus Asteroiden-Treffern resultierten, wie das Kellwasser-Ereignis im Oberen Devon vor 372 Millionen Jahren, die Hangenberg-Krise an der Schwelle zum Karbon vor 359 Millionen Jahren oder das Perm-Trias-Ereignis vor 252 Millionen

Der Mensch wurde Zeuge kleinerer kosmischer Bombardements. So im Frühjahr 1490, als beim Ch'ing-yang-Impakt über 10.000 Einwohner der chinesischen Provinz Shaanxi starben. Oder am 15. Februar 2013, dem Tag, an dem das rund

Das Verschwinden der Dinosaurier ist wohl die bekannteste Folge eines Einschlags. Der Mensch wurde bislang nur Zeuge vergleichsweise kleiner derartiger Ereignisse

20 Meter große Bruchstück eines Asteroiden über der russischen Stadt Tscheljabinsk zerplatzte und dabei 3700 Gebäude beschädigte sowie 1500 Menschen

Dazu kamen noch die Einschläge zweier leichterer Asteroiden bei Almahata Sitta im Nordsudan am 7. Oktober 2008 und im mittleren Atlantik am 2. Januar 2014. Diese Geschosse aus dem All hatten eine Masse von 40 bis 80 Tonnen. Darüber hinaus verfehlte der Asteroid 2004 FU162 die Erde am 31. März 2004 um lediglich 6400 Kilometer. In diesen drei Fällen entdeckte man die anfliegenden Himmelskörper erst wenige Stunden vor der größten Annäherung zur Erde.

Einheit, Gleichheit – Zwistigkeit

Immer wieder versucht die Europäische Union, in Grundsatzfragen ihren souveränen Mitgliedsstaaten Normen vorzugeben. Damit verstößt sie nicht nur gegen den Geist des Einigungsprojekts – sondern verschärft die Gräben in der Gemeinschaft

VON EBERHARD STRAUB

ie Europäische Union befindet sich in einer tiefen Sinnkrise. Neben der Frage, ob sich die Union zu einer Schuldenhaftungsgemeinschaft weiterentwickeln soll, und der Herausforderung der Massenmigration ist die EU zu einem Exerzierfeld jener "Wertegemeinschaftler" geworden, die unter Stichworten wie "Anpassung" oder "Harmonisierung" eine möglichst weitgehende Normierung der Lebensverhältnisse anstreben. Brüsseler Funktionäre – und deutsche Politiker - verwechseln die EU dabei allzu gern mit Europa und setzen zudem diese Rechtsgemeinschaft souveräner und gleichberechtigter Staaten mit der "westlichen Wertegemeinschaft" gleich, in der eine "Gleichheit der Lebensverhältnisse" herrschen soll, die sich endlich in einer "europäischen Lebensweise" vollendet.

Von Freiheiten zu Normen

Definierte sich die EU jahrzehntelang über die legendären "Vier Freiheiten" - freier Personen-, Waren-, Dienstleistungs- und Kapitalverkehr – so betreiben ihre Protagonisten seit geraumer Zeit nicht nur die Vereinheitlichung ihrer Mitglieder, sondern auch deren Unterwerfung unter Brüsseler Vorgaben, gegebenenfalls sehr robust mit Sanktionen oder gar einem Regierungswechsel, sobald Widerspruch und Widerwillen laut werden. Staaten wie Polen und Ungarn werden wie EU-Protektorate behandelt, was sie weder sind noch sein wollen. Die Österreicher und zuletzt die Italiener werden nachdrücklich darauf hingewiesen, nicht im "europäischen Sinne" gewählt zu haben, weshalb die EU angeblich eingreifen muss, damit ihr genehme Regierungen installiert werden können.

Souveräne Staaten in Europa werden nachdrücklich daran erinnert, sich einem Übersouverän unterordnen zu müssen, sobald sie den Verdacht "uneuropäischen" Verhaltens bei straffen Wertegläubigen erregt haben, die – wie alle religiösen Eiferer – dauernd voller Misstrauen mit unzulänglicher Werteerziehung und Nachlässigkeit bei der Übung des wahren Glaubens rechnen.

Die Voraussetzung für eine erwünschte europäische Lebens- und Denkweise ist die vollständige Isonomie, die Rechtsgleichheit. Denn wer noch Rechte besitzt, sich ungleich, also frei verhalten zu dürfen, erweist sich als nicht systemkonform und gefährdet das "Projekt Europa", das auf "Einheit" und nicht auf Einigkeit beruht. Einheit, wenn nötig sehr robust hergestellt, nennt man heute Harmonisierung. Das Mittel dazu ist die Rechtsangleichung unter Berufung auf Werte, weil die EU über keine Verfassung verfügt, die sich ein europäisches Volk, ein europäischer Souverän, gegeben hätte.

Brüsseler Ansprüche

Doch die größte Gefahr für die Rechtsgemeinschaft ist die EU. Sie strebt entschlossen nach dem Einheitsstaat, der die Souveränität seiner Mitglieder und deren überlieferte Rechte einschränken oder gar aufheben will. Ein solches Streben bringt die Demokratie und den Rechtsstaat in Bedrängnis, die beide auf die Nation angewiesen sind, um in ihr die Staatsbürger in einen Verpflichtungszusammenhang zu bringen, der für jede konkrete Ordnung zwingend erforderlich ist.

Jeder Versuch in den Nationalstaaten, bestimmte öffentliche Angelegenheiten in ihrem eigenen übersichtlichen Raum besser verwalten zu können, wird in Brüssel argwöhnisch bis empört beobachtet, solche Absichten als unsolidarisch und uneuropäisch abwertend, stets unter dem Hinweis auf ganz unbestimmte Werte – mal "westliche", mal "europäische", vor allem aber "humanitäre"



Sinnbild einer tiefen Verstimmung: Die EU-Kommissionspräsidentin Ursula v. der Leyen mit den Ministerpräsidenten Polens und Ungarns, Mateusz Morawiecki (links) und Viktor Orbán

Foto: action press

– die als höhere Normen streng beachtet werden müssten.

Dabei tun sich vorzugsweise deutsche Politiker und Intellektuelle hervor, die gern die eifrigen Oberlehrer und Erzieher zu einem europäischen Bewusstsein geben. Sie beteuern mit wachsender Leidenschaft, die europäischen Nationen und die mit ihnen verbundenen Kulturen sowie nicht zuletzt deren Beharren auf Souveränität hätten sich als schädlich erwiesen und damit erledigt. Auf alle Herausforderungen des Zusammenlebens kennen die Verfechter einer "engeren Union" – übrigens ohne nähere Erläuterung – als frohe Botschaft nur eine Antwort: Europa.

Verkümmerte Wurzeln

Europa muss man lieben. Das forderte einst Jean-Claude Juncker. Aus Liebe zu Europa soll man aber auch den Russen misstrauen, einem großen europäischen Volk, ohne das jeder Begriff von Europa unvollständig und unzulänglich ist. Die EU, die sich ununterbrochen als Friedensgemeinschaft feiert, die keine Feinde kennt, sieht in Russland einen unberechenbaren, irrationalen Nachbarn, der möglichst fern von Europa gehalten werden muss, um ihm erst dann aufmerksam zu begegnen, wenn er "europareif" geworden ist, also verwestlicht und bereit, auf seine Souveränität zu verzichten.

Die Europäische Gemeinschaft entwickelte sich nach dem Zweiten Weltkrieg als Gemeinschaft von Nationalstaaten, die ihre besonderen gemeinsamen Interessen mit vereinten Kräften, "viribus unitis", wahrnehmen wollten, wie die Devise eines übernationalen europäischen Reiches, Österreich-Ungarn, einst lautete. Wenn es jedoch keine selbstständigen Kräfte mehr geben darf und alle "Europäer" sich dadurch auszeichnen, untereinander unverwechselbar zu sein und alles beflissen zu vergessen, was sie einst zu jeweils ganz besonderen Europäern gemacht hatte, dann kann es gar keine europäische Gemeinschaft in Vielfalt mehr geben, an die in festtäglichen Reden erinnert wird.

Selbst die Sowjetunion verhielt sich gegenüber ihren Mitgliedern biegsamer: die gleiche Ideologie in jeweils eigenwilliger, nationaler Form. Beim Zusammenbruch des Reiches überlebten die Nationen, und ausgerechnet die unnationalen und antinationalen

"Europäer" begeistern sich heute im antirussischen und westlich-ideologischen Eifer für recht wirre und deshalb besonders leidenschaftliche Nationalismen in den Räumen des ehemaligen Russischen Reiches. Doch kann einer ein überzeugender Europäer werden, der wie der deutsche Nationenverächter stolz auf sich hinweist, wie beispielhaft er sich von der eigenen Geschichte, einer lästigen und belästigenden Vergangenheit, "befreit" habe und aufdringlich jedem anderen das Recht abstreitet, an Eigenwilligkeiten und Besonderheiten festzuhalten?

Gerade die Deutschen lebten über ein Jahrtausend in einem Reich verschiedenster Stämme, Völker und Staaten, in dem der Kaiser, aber auch die Fürsten und Stände stets dazu angehalten wurden, nicht die jeweiligen Freiheiten, Rechte und Lebensweisen zu verletzen oder gar miteinander in Übereinstimmung zu bringen. In Österreich-Ungarn lebten diese Traditionen fort. Es ist die letzte überzeugende Ordnungsmacht in Europa gewesen. Es war Concordia, Eintracht in den großen Angelegenheiten, die Einigkeit bewirkte. Im "Lied der Deutschen" wird aufgezählt, was einen Staatenbund beisammenhält: "Einigkeit und Recht und Freiheit sind des Glückes Unterpfand."

Lehren der alten Reiche

Auch das Deutsche Reich als Nationalstaat schob nach 1871 die Einzelstaaten nicht beiseite. Alle Fürsten zusammen hatten mit dem Präsidium des Bundes, dem preußischen König, Anteil an der deutschen Souveränität. Die einzelnen Bundestaaten wetteiferten untereinander, sich wechselseitig in Kunst und Wissenschaften oder Städtebau zu übertreffen. Goethes Devise: "Alles eine ist ein vieles" bestätigte die bunte Vielfalt sich allseits regenden Lebens, das Europäer von überall her anzog. Deutschland war mitten in Europa damals viel europäischer als heute. Die gebildeten Deutschen beherrschten mehrere Sprachen, reisten viel, um ihre Nachbarn kennenzulernen sowie deren Kunst und Lebenskunst; beglückt, sich andere Welten aneignen zu können, die ihnen eine historisch vertiefte Vorstellung vom gemeinsamen Europa gaben.

Diese "Welt von Gestern" ist längst untergangen. Wie hilflos reagieren die EU-Techno-

Muslime als Bürger mit Glaubensvorstellungen, die ihnen vollkommen suspekt sind, weil sie sich nicht mit "der Aufklärung" und den "europäischen Werten" vertragen. Unermüdlich wird an einem "Euro-Islam" gebastelt, um Einfluss auf Moscheen und die religiöse Unterweisung in den Predigten zu gewinnen. Völlig geschichtsvergessen, haben die Deutschen gar keine Erinnerung mehr daran, dass der "Kanzelparagraph", am 12. Dezember 1871 als Gesetz erlassen, um die Katholiken kontrollieren und dem Einfluss eines ausländischen Souveräns entziehen zu können (siehe Seite 10), selbst laue Gläubige damals wieder in die Kirchen führte. Im Ergebnis kam es nicht zur erstrebten katholischen Variante des liberalen Kulturprotestantismus, sondern zu einem erstaunlichen Aufschwung nun wirklich katholischer Kunst und Wissenschaftlichkeit, der bis in die fünfziger Jahre des 20. Jahrhunderts andauerte. Johann Wolfgang von Goethe, wahrlich

kraten auf den Islam als Religion und auf

kein Feind der Aufklärung, zeigte mit seinem "West-östlichen Divan", wie man sich frei und dankbar in fremde Welten zu versetzen vermag, um sich diese vertraut zu machen und aus dieser Bemühung höchsten Gewinn für sich und seine "guten Deutschen" zu ziehen. Unter uns leben mittlerweile Millionen von Muslimen, es werden Integrations- und Assimilationspläne entworfen, die danach streben, in eine Religion hinein, die von der Glaubensfreiheit rechtlich geschützt ist, mal dreist, mal ungeschickt zu intervenieren in der Hoffnung, dass den Gläubigen allmählich ihr Glauben abhandenkommt wie den Christen und dieser im allgemeinen Säkularismus verschwindet.

Die Rechte der europäischen Nationen

Gerade die

Deutschen

lebten über ein

Jahrtausend in

einem Reich

verschiedenster

Stämme, Völker

und Staaten, in

dem der Kaiser,

aber auch die

Fürsten und

Stände stets

dazu angehalten

wurden, nicht

die jeweiligen

Freiheiten,

Rechte und

Lebensweisen

zu verletzen

oder gar

miteinander

in Über-

einstimmung

zu bringen

Auch die Nationen sollen sich integrieren in ein Projekt Europa, das Einförmigkeit erzwingen will, obwohl in den Verträgen auf die Völker in Europa und die Vielfalt aufgrund unserer Geschichte und Kultur verwiesen wird. Ein anderer, unduldsamer Kulturkampf gilt jenen, die an der souveränen Nation und an ihrer Lebenart, also an ihrer Identität, unbedingt festhalten wollen. Diese sogenannten Populisten werden wie in der Französischen Revolution als Verschwörer, Dunkelmänner und Feinde der Demokratie diffamiert und disqualifiziert. Wer sich nicht in die Maßnahmen des Brüsseler "Wohlfahrtsausschusses" unserer Tage fügt, "destabilisiert Europa", wie es heißt. Aus der freien öffentlichen Rede ist eine tugendhafte Verkündigung geworden, wie unter Robespierre, dem wehrhaften Gleichschalter. Es waren Jahre des Schreckens, bis das radikaldemokratische Werte- und Terrorsystem des revolutionären Frankreichs scheiterte und Napoléon es durch einen Rechtsstaat ersetzte.

In der EU sind es gerade die "Souveränisten" in Frankreich, Spanien und Italien, in Ungarn, Tschechien und Polen, die an die Rechte der europäischen Nationen erinnern und den Schutz, den die Nationalstaaten gewähren, gerade gegenüber jenen Wertsetzern, denen eine durch Bürgerrechte begrenzte Regierung als ineffizient missfällt, die deshalb möglichst in vage umschriebener "Governance", der Lenkung und dem planmäßigen Management der Experten aufgehen soll.

Das vereinte Europa wurde als Rechtsgemeinschaft souveräner Staaten begründet. Das will und soll es bleiben. Denn das Recht schützt vor fremden Übergriffen – aus anderen Ländern ebenso wie aus Brüssel.

• **Dr. Eberhard Straub** ist Historiker und Publizist. Zu seinen Werken gehören unter anderem "Zur Tyrannei der Werte" (2010) und "Der Wiener Kongress. Das große Fest und die Neuordnung Europas" (2014, beide Klett-Cotta).

www.eberhard-straub.de

Nr. 49 \cdot 10. Dezember 2021 DEUTSCHLAND Preußische Allgemeine Zeitung

MELDUNGEN

Briten wollen bleiben

London - Laut Berichten der "Times" und anderer Medien erwägen die britischen Streitkräfte, durch die Stationierung von Gerät und durch die Beibehaltung von Übungsplätzen in Deutschland zur Abschreckungsfähigkeit der NATO in Europa beizutragen. Demnach soll der Chef des Verteidigungsstabes der britischen Streitkräfte, General Nicholas Carter, bei einem Vortrag von Überlegungen gesprochen haben, neben dem Truppenübungsplatz Sennelager bei Bielefeld auch die Ayrshire Barracks in Mönchengladbach und einen Teil des deutschen Munitionslagers in Wulfen weiterhin zu nutzen. Den Plänen zufolge könnte im deutschen Sennelager ein neues Logistikzentrum entstehen, in dem die britischen Panzer und andere gepanzerte Fahrzeuge stationiert werden. Eine Verstärkung der britischen Truppen in Deutschland soll nicht Teil der Überlegungen sein. Stattdessen sollen abwechselnde Einheiten zum Üben nach Sennelager kommen.

Historischer Tiefstand

Berlin - Die Bereitschaft bundesdeutscher Unternehmen, in Deutschland zu investieren, hat einen historischen Tiefstand erreicht. Das zeigt eine aktuelle Umfrage des Deutschen Industrieund Handelskammertags (DIHK). Geld in Sachanlagen oder neue Projekte zu stecken, planen lediglich 35 Prozent der Firmen, während es vor der Bundestagswahl noch 37 Prozent waren. Damit setzt sich der Negativtrend aus dem Jahre 2020 fort. Besonders zurückhaltend agiert der Mittelstand. Von den Unternehmen mit weniger als 200 Beschäftigten wollen nur 30 Prozent weitere Investitionen tätigen. Das sind noch einmal drei Prozentpunkte weniger als zu Jahresbeginn, als die Stimmung unter dem damaligen Lockdown litt. Außerdem kündigte jedes zehnte Unternehmen an, bereits ins Auge gefasste "Klimaschutz"-Maßnahmen vorerst auf Eis zu legen. Begründet wurde dies insbesondere mit den steigenden Energie- und Rohstoffpreisen sowie dem Fachkräftemangel.W.K.

Bei Habeck abgeschrieben

Berlin - Nach Plagiatsvorwürfen um ihr Buch "Jetzt. Wie wir unser Land erneuern" steht Annalena Baerbock erneut im Verdacht, eine fremde Textpassage kopiert zu haben. Anlässlich des jüdischen Lichterfests Chanukka hatte die Grünen-Politikerin in einer Twitternachricht geschrieben: "Mit dem Licht der Chanukka-Kerzen vergrößert sich der Lichtkegel von Vielfalt, Demokratie und Menschenwürde. Sie bereichern uns alle." Exakt dieselben Worte hatte vergangenes Jahr bereits Baerbocks Parteikollege Robert Habeck für seine Chanukka-Grußbotschaft verwendet. Wie der Ullstein-Verlag bereits im November mitteilte, wird das Baerbock-Buch "Jetzt" nicht mehr gedruckt. Nach den Plagiatsvorwürfen hatte der Verlag im August angekündigt, Baerbock wolle das Buch überarbeiten und mit Quellenangaben ergänzen. Über den Verlag ließ Baerbock inzwischen mitteilen, dass dafür die Zeit gefehlt habe. N.H.



In Pandemiezeiten in Deutschland keine Seltenheit: Schule geschlossen

Foto: pa

CORONA

Droht eine Bildungskrise?

Ifo-Institut erteilt der deutschen Schulpolitik während der Pandemie ein schlechtes Zeugnis

VON PETER ENTINGER

ährend der vierten Corona-Welle diskutiert die Politik abermals über Schulschließungen. Und wie immer stellt sich dabei auch die Frage nach der Digitalisierung.

Nach einer Erhebung des Ifo-Instituts - Leibniz-Institut für Wirtschaftsforschung an der Universität München haben Schulschließungen in Deutschland Kinder und Jugendliche im internationalen Vergleich besonders stark eingeschränkt. Nicht nur dass "die anderen Länder für digitalen Fernunterricht besser gerüstet" gewesen seien, so Ifo-Forscherin Larissa Zierow, andere "Länder in Europa" hätten auch "größeren Wert darauf" gelegt, "die Schulen weitgehend offen zu halten". In der Tat hatten die Schulen in den Niederlanden, in Spanien und in Schweden deutlich kürzer geschlossen als in Deutschland. Die Bundesrepublik schloss die Schulen 74 Tage vollständig und 109 Tage teilweise, macht zusammen 183 Tage. Länger schlossen waren die Schulen nur in

Polen mit insgesamt 273 Tagen. Im Mittelfeld des Ländervergleichs liegen Österreich und die Niederlande mit 152 und 134 Tagen, während Frankreich, Spanien und Schweden mit 56, 45 und 31 Tagen die kürzesten Schulschließungen hatten.

Vergleich mit dem Ausland

Als Hauptursache für den Absturz des deutschen Bildungssystems nennen die Forscher die mangelnde Digitalisierung der Bildungseinrichtungen. Deutschland liegt demnach in Bezug auf Online-Lernplattformen und Ressourcen für die Nutzung digitaler Technologien im Unterricht auf den letzten Rängen, während Skandinavien Vorreiter ist. Dies manifestiere sich auch in Unterschieden in Art und Frequenz des (Online-)Unterrichts während der Pandemie. So stimmten die Schulleitungen von nur 33 Prozent der Schüler in Deutschland der Aussage zu, dass eine effektive Online-Plattform an der Schule existiere. Beim Spitzenreiter Schweden hingegen bejahten 80 Prozent die Frage, ob eine effektive Lernplattform vorhanAuch bei der Frage, ob effektive Ressourcen für Lehrkräfte zur Verfügung stehen, um den Umgang mit digitalen Geräten zu erlernen, liegt Deutschland im Ländervergleich an hinterster Stelle. Lediglich 41 Prozent der befragten Schulleitungen stimmten der Aussage zu, dass sie ausreichende technische Voraussetzungen hätten. Im Gegensatz hierzu lag der Zustimmungswert in Schweden und Österreich bei 83 und 79 Prozent, gefolgt von den Niederlanden, Frankreich und Polen mit zwischen 71 und 67 Prozent.

Relativ viele Schulschließungen

Im Gegensatz zu anderen Ländern gelang es in Deutschland kaum, dauerhaften Online-Unterricht anzubieten. Einer Elternumfrage zufolge hatten 57 Prozent der Schüler in Deutschland während des ersten Lockdowns im Frühjahr 2020 weniger als einmal die Woche Online-Unterricht mit der ganzen Klasse, nur sechs Prozent täglich, und 45 Prozent sogar nie. Dies änderte sich zwar etwas während der zweiten Phase der Schulschließungen zu Anfang 2021, als ein gutes

Viertel der Schüler täglich gemeinsamen Online-Unterricht hatte. Doch hatten immer noch 39 Prozent diesen nur höchstens einmal pro Woche.

Relativ wenig Digitalisierung

Das Ifo-Institut kam darüber hinaus zu der Auffassung, dass die Schulen nachgewiesenermaßen keine Pandemietreiber gewesen seien. "Umso bedenklicher ist es daher, dass die Belange der Schüler während der Pandemie hinten angestellt wurden. Gerade auch in Deutschland waren die Einschränkungen für Schulkinder oftmals größer als für erwachsene Arbeitnehmer." So habe in Frankreich beispielsweise für abhängig beschäftigte Erwachsene eine Homeoffice-Pflicht bestanden, wenn die Arbeit zuhause möglich war. Außerdem seien Ausgangsbeschränkungen für Erwachsene strenger als für Schüler gewesen. Als Resümee fordert das Institut die Bildungspolitik in Deutschland auf, aktiv effektive Konzepte für Kinder und Jugendliche zu entwickeln, um einer drohenden Bildungskrise entgegenzuwirken.

ISLAM

Das wahre Gesicht der DİTİB

Forscher der Uni Göttingen haben Äußerungen von Mitarbeitern des Vereins im Internet untersucht

Die Forschungs- und Dokumentationsstelle zur Analyse politischer und religiöser Extremismen in Niedersachsen (FoDEx) hat ein Gutachten veröffentlicht über antisemitische, radikal-islamische und nationalistische Social-Media-Beiträge von Mitarbeitern der Türkisch-Islamischen Union der Anstalt für Religion (DİTİB). Dabei kam ein extrem rückwärtsgewandtes Weltbild zum Vorschein, das ganz und gar nicht dem entspricht, was Vertreter der DİTİB in der Öffentlichkeit von sich geben. Viele radikale Moslems nutzen mittlerweile die sozialen Netzwerke, um ihre eigentlichen Absichten zu zeigen.

Laut der FoDEx-Studie spielt das von der DİTİB ausgegebene Ziel "Völkerverständigung und Toleranz" für viele in den eigenen Reihen fast gar keine Rolle. Mehrere DİTİB-Funktionäre fallen mit einer feindseligen Haltung gegenüber Israel auf, die in einigen Fällen ins offen Antisemitische kippt.

Ali Parlayan, Vorstand der DİTİB-Gemeinde in Nürnberg, drohte Israel gar mit dem Höllenfeuer und nutzte dabei antisemitische Karikaturen, die aus der NS-Zeit stammen könnten. Mehmet Azal, Vorstand des DİTİB-Landesverbands Südbayern, forderte auf seiner Facebookseite auf Türkisch eine neue islamische

"Endlösung" für die Juden. Sein Kollege Hasan Aslan, Vorsitzender des DİTİB-Landesverbands Nordbayern, bestritt auf seiner Facebookseite den Genozid an den Armeniern. Erkan Kahveci, DİTİB-Landesvorsitzender im Saarland, besuchte im April 2020 das Grab des Politikers Alparslan Türkes, des Gründers der radikalislamischen Grauen Wölfe, die verantwortlich sind für Hunderte Morde an Akademikern und Oppositionellen in der Türkei.

Das mächtigste Instrument der DİTİB ist der islamische Religionsunterricht, der seit einigen Jahren in Deutschland immer mehr ausgebaut und immer mehr der DİTİB überlassen wird. Dadurch erlangt

diese Islamisierungsbehörde größeren Einfluss auf die Jugend, das heißt, die Gesellschaft von morgen.

sellschaft von morgen.

Um wieder in die Schulen und an öffentliche Gelder in Deutschland zu kommen, hatte die DİTİB in den letzten Jahren kosmetische Reformen durchgeführt. Entsprechende Texte werden jedoch nur auf Deutsch publiziert, in Türkisch schreiben die Funktionäre, was sie wirklich denken. Die DİTİB ist bis heute nicht bereit, Antisemitismus, Nationalismus und antidemokratische Haltungen innerhalb der eigenen Gemeinschaft zu benennen und zu thematisieren, etwa in den Freitagspredigten.

Bodo Bost

REGIERUNGSBILDUNG

"Linke Rechtspolitik" für Berlin

Rot-grün-rote Senatskoalition steckt ihre Ziele ab: Linksextremismus findet keine Erwähnung

VON NORMAN HANERT

PD, Linkspartei und Grüne haben in Berlin in der vergangenen Wahlperiode bereits fünf Jahre zusammen regiert. Bei der Neuauflage ihres Bündnisses reden die drei Parteien nun erstaunlicherweise weniger von Kontinuität, als vielmehr von einem Neuanfang. Zumindest, was das Regierungspersonal angeht, wird dieses Versprechen auch weitgehend eingelöst. Mindestens acht der elf Mitglieder des bisherigen Senats werden der neuen Berliner Landesregierung nicht mehr angehören. Als sicher gilt bislang nur, dass Andreas Geisel von der SPD und Klaus Lederer von der Linkspartei in der neuen Landesregierung weitermachen.

Fest steht inzwischen auch, dass der Grüne Dirk Behrendt seinen bisherigen Posten als Justizsenator räumen wird. Wie die SPD-Landesvorsitzende Franziska Giffey bekannt gab, wird in der neuen Landesregierung erstmals die Linkspartei die Führung der "Senatsverwaltung für Justiz und Antidiskriminierung" übernehmen.

Anlässlich der Präsentation des Koalitionsvertrages kündigte die Linken-Landesvorsitzende Katina Schubert tatsächlich auch bereits eine "linke Rechtspolitik" an. Schubert erklärte in diesem Zusammenhang: "Wir wollen die Knäste und Gefängnisse noch schöner und besser machen"

Obgleich Berlin eine bundesweite Hochburg der linksextremen Szene ist, taucht in dem vorgelegten Koalitionspapier der Begriff "Linksextremismus" nicht auf. Stattdessen bekennt sich Rot-Grün-Rot "zum Kampf gegen rechte Gewalt, Antisemitismus, Queerfeindlichkeit, Antiziganismus, Islamfeindlichkeit und gegen jegliche Form von menschenfeindlichen Einstellungen und Bestrebungen".

Konfliktpunkt Clan-Kriminalität

Besondere Priorität soll "die Stärkung zivilgesellschaftlicher Projekte und die konsequente Bekämpfung von rechten und menschenfeindlichen Straftaten sowie von Hasskriminalität" bekommen. Immerhin findet sich in der Koalitionsvereinbarung eine Passage zu politisch motivierter Gewalt, an der sich die Glaubwürdigkeit der Koalition in den kommenden



"Schönere Knäste": Linken-Chefin Katina Schubert stellt den Koalitionsvertrag vor

Foto: imago images/Bernd Elmenthaler

Jahren messen lassen wird: "Wer Gewalt ausübt, kann für die Politik niemals Verhandlungspartner*in sein. Das gilt völlig unabhängig davon, unter welchem Deckmantel einer politischen Ausrichtung – ob rechts, durch Staatsdelegitimierer*innen, links oder religiös – sie ausgeübt wird."

Im Kampf gegen die Clan-Kriminalität ist auf Senatsebene ähnlich wie im Bezirk Neukölln schon jetzt Konfliktpotential zwischen SPD und Linkspartei absehbar. In Neukölln lehnt die neugewählte Ordnungsstadträtin Sarah Nagel (Linkspartei) im Gegensatz zum Bürgermeister Martin Hikel (SPD) im Kampf gegen die Clan-Kriminalität Razzien in Shisha-Bars und sogenannten Spätis (Spätverkaufsstellen) als stigmatisierend ab.

Auch der Koalitionsvertrag von Rot-Grün-Rot setzt den Schwerpunkt im Kampf gegen die Organisierte Kriminalität auf die gezielte Verfolgung von Geldwäsche und die Vermögensabschöpfung. Zugleich soll aber "der Fokus auf tatsächlich kriminellen Strukturen gerichtet" bleiben. Im Kampf gegen die umfassenden kriminellen Aktivitäten arabischer Großclans könnte dieser Ansatz allerdings zu kurz greifen. Denn gerade in den vergangenen Wochen hat sich in Berlin gezeigt, dass Wirtschaftskriminalität nur eine Facette der Clan-Kriminalität darstellt.

Problem bleibt äußerst brisant

In den Morgenstunden des 25. November stürmten Polizisten des LKA und eines Sondereinsatzkommandos eine Villa in Alt-Buckow, die von Angehörigen der Remmo-Großfamilie bewohnt wird. Nach Angaben der Staatsanwaltschaft suchten die Beamten nach Beweismitteln zu einem mutmaßlich gefälschten Mietvertrag für eine Grundstücksfläche, die der Clan vom Bezirk Neukölln zurückhaben will. Villa und Grundstück in Alt-Buckow gehören zu den 77 Immobilien, die 2018 vom Staat beschlagnahmt worden waren, weil sie nach Ansicht der Ermittler mit Geld aus kriminellen Aktivitäten gekauft wurden. Seit mehr als einem Jahr ist der Bezirk Neukölln nun Eigentümer der früheren Clan-Villa. Trotz fristloser Kündigung durch den Bezirk räumen die Bewohner das Haus allerdings nicht.

Einen Tag zuvor war die Polizei zu einer neuerlichen Durchsuchung in der Villa von Arafat Abou-Chaker im brandenburgischen Kleinmachnow angerückt. Bei diesem Einsatz ging es um ein Verfahren der Staatsanwaltschaft Bochum. Im September war in Recklinghausen eine Prostituierte von drei Männern in ihrer Wohnung überfallen, ausgeraubt und vergewaltigt worden. Als einer der Tatverdächtigen gilt nach den bisherigen Ermittlungen ein Sohn des Clan-Chefs Arafat Abou-Chaker.

Festnehmen konnten die Ermittler den Gesuchten zwar nicht in der Kleinmachnower Villa, dafür aber in einem Objekt in Neukölln. Nach Angaben der Polizei in Recklinghausen wird auch gegen Abou-Chaker ermittelt. Gegen den Clan-Boss soll der Verdacht bestehen, dass er das Opfer des Überfalls eingeschüchtert und bedroht habe, um es von einer Aussage abzuhalten.

KOLUMNE

Merkel ade

VON VERA LENGSFELD

Scheiden tut mir nicht weh. Aber, dass ihr Scheiden macht, dass mir das Herze lacht, kann ich nicht sagen, im Gegenteil. Merkel hat in 16 Jahren dem grünen Totalitarismus den Boden bereitet, der mit der Ampelregierung in den nächsten Jahren exekutiert wird. Merkel geht, aber der von ihr eingeschlagene Weg der großen Transformation Deutschlands wird weiter begangen. Wer das nicht glaubt, sollte den Koalitionsvertrag des Ampelparteien lesen.

Noch nie ist die Öffentlichkeit so über den Inhalt der Vereinbarungen belogen worden wie heute. Der Vertrag trüge die Handschrift der FDP, wird nicht nur vom "Spiegel" behauptet. Dabei hat die FDP außer der Verhinderung des Tempolimits nichts Handfestes eingebracht. Die Schuldenbremse soll bleiben, die Steuern nicht erhöht werden. Dabei hat Olaf Scholz schon Methoden entwickelt, mit denen diese Bremse umgangen werden kann. Und was die Steuern betrifft, steht im Vertrag, dass sich die Koalition für eine neue, "faire" Besteuerung einsetzen will. Ein Schelm, der Böses dabei denkt?

In den letzten Tagen ging eine bleierne Zeit zu Ende, von der manche bereits glaubten, sie würde ewig dauern. Kanzlerin Merkel wurde von der Bundeswehr mit einem Großen Zapfenstreich verabschiedet. Da saß sie ganz in Schwarz auf einem einsamen Stuhl im Bendlerblock und demonstrierte ihre Realitätsflucht in ihrer Musikauswahl. Statt roter Rosen regnete es kühles Nass vom Himmel, und ein Farbfilm konnte die düstere Szene auch nicht retten. An Peinlichkeit war diese Wahl nur von den Jubelmedien überboten worden, die im Lied, das von einem privilegierten DDR-Staatsdichter getextet wurde, der später wegen Kindesmissbrauchs im Gefängnis saß, wo er sich erhängte, gar Regimekritisches entdecken wollten. Es war die Sängerin Nina Hagen, die der Öffentlichkeit die Hintergründe entdeckte. Sie sei überrascht über diese Wahl. Merkels Musikwunsch ist charakteristisch für ihre Kanzlerschaft: verkorkst. Zum Abschied hagelte es in den sozialen Medien Huldigungen ihrer Anhänger, die bissig von ihren Gegnern kommentiert wurden. Sie hinterlässt ein gespaltenes Land.

STADTKULTUR

Eine Flaniermeile wird kaputtregiert

Berliner Friedrichstraße verkommt infolge eines "Verkehrsversuchs" – Bezirksamt bleibt jedoch stur

Während Verkehrssenatorin Regine Günther (Grüne) bis zum Antritt der neuen Landesregierung nur noch geschäftsführend im Amt ist, trifft die ihr unterstellte Senatsverkehrsverwaltung weitreichende Entscheidungen zur Zukunft einer der berühmtesten Berliner Straßen. Bereits seit August 2020 läuft auf einem Teilstück der Berliner Friedrichstraße ein sogenannter Verkehrsversuch, bei dem im Bereich zwischen Französischer und Leipziger Straße der private Autoverkehr verbannt wurde.

Am 15. Oktober, also gut drei Wochen nach der Berlin-Wahl, gab die Verkehrsverwaltung bekannt, laut den Ergebnissen einer Zwischenauswertung sei der autofreie Verkehrsversuch in der Friedrichstraße erfolgreich verlaufen. Gestützt ist die Einschätzung offenbar auf eine "Passant*innenbefragung" des Bezirksamts Mitte. Tatsächlich kann eine solche Umfrage unter Passanten aber keine abschließende Auswertung des Versuchs ersetzen, bei der auch die Erfahrungen der Anwohner und Gewerbetreibenden einfließen müssten. Trotz der positiven Einschätzung durch die grüne Verkehrssenatorin und den grün geführten Bezirk Mitte gibt es vor Ort tatsächlich reichlich Kritik.

Anwohner aus der parallel zur Friedrichstraße verlaufenden Charlottenstraße beschweren sich etwa über deutlich mehr Autoverkehr, seit der Versuch läuft. Die Belastung in der Charlottenstraße samt angrenzendem Gendarmenmarkt ist so massiv, dass Betroffene inzwischen eine Initiative "Zukunft Gendarmenmarkt" gegründet haben. Zudem klagen Händler in der Friedrichstraße über wegbleibende Kunden. Ursache ist nicht nur die Verbannung von Autos. Trotz der Ankündigung,

die Aufenthaltsqualität der bekannten Einkaufsstraße zu steigern, will bei vielen Passanten das Gefühl einer Flaniermeile nicht richtig aufkommen.

In der Mitte der Friedrichstraße verläuft nämlich ein vier Meter breiter Zwei-Richtungs-Radweg. Da die Radfahrer trotz Tempolimit von 20 Kilometern pro Stunde teilweise sehr zügig unterwegs sind, erfordert das Überqueren des Radwegs speziell von Senioren viel Vorsicht und Aufmerksamkeit. Dem Gefühl, entspannt über eine Flanierstraße zu bummeln, ist dies eher abträglich.

"Versuch" wird wohl Dauerzustand

Inzwischen haben sich die aufgestellten "Stadtmöbel" überdies zu einem Anziehungspunkt für Obdachlose entwickelt, die die Sitzgelegenheiten auch tagsüber als Schlafplatz nutzen. Anwohner berich-

ten von Urin und Erbrochenem vor den Hauseingängen. Der Bezirksbürgermeister von Berlin-Mitte, Stephan von Dassel (Grüne), gab sich gegenüber der "B.Z." davon ungerührt: "Im Allgemeinen stehen die Stadtmöbel generell allen Menschen zur Verfügung, unabhängig von ihrem Einkommens- oder Wohnstatus. Der Aufenthalt von Obdachlosen in der Friedrichstraße stellt keinen Verstoß gegen geltende Gesetze dar."

Für die betroffenen Anwohner, Händler und Passanten könnten die Begleitumstände des Verkehrsversuchs zum Dauerzustand werden. Da das Experiment aus Sicht der Senatsverwaltung für Umwelt und Verkehr erfolgreich verlaufen ist, will sie die Friedrichstraße über einen Antrag auf eine sogenannte "Teileinziehung" dauerhaft für den Autoverkehr sperren lassen.

Hermann Müller

MELDUNG

8. Mai als "Tag der Befreiung"

Berlin - Nachdem die Hauptstadt mit dem Frauentag am 8. März bereits einen zusätzlichen gesetzlichen Feiertag hat, wird 2025 einmalig ein weiterer freier Tag hinzukommen. Im Koalitionsvertrag für eine neue Berliner Landesregierung haben SPD, Linkspartei und Grüne vereinbart, "den 80. Jahrestag des Tages der Befreiung am 8. Mai 2025 als einmaligen gesetzlichen Feiertag" zu begehen. Die vorige rot-rot-grüne Koalition hatte bereits 2020 den Jahrestag der Kapitulation der Wehrmacht zum gesetzlichen Feiertag erklärt. Der Berliner Senat hatte auch in diesem Zusammenhang erklärt, es solle sich dabei um eine einmalige Angelegenheit handeln. Klaus Lederer (Linkspartei) hatte sich als Berliner Kultursenator im vergangenen Jahr dafür ausgesprochen, den 8. Mai jedes Jahr als bundesweiten Feiertag zu begehen.

6 Nr. 49 \cdot 10. Dezember 2021 AUSLAND Preußische Allgemeine Zeitung

MELDUNGEN

Verschärfungen in Portugal

Lissabon – In Portugal steigt die Zahl der Positivtestungen auffallend stark an, obwohl die Impfquote innerhalb der Gesamtbevölkerung bei 87 und in der Gruppe der über Zwölfjährigen sogar fast bei 100 Prozent liegt. Deshalb ist der Impf-Europameister dabei, seine Corona-Maßnahmen wieder deutlich zu verschärfen. Die ersten Einschränkungen auch für "Vollimmunisierte" traten bereits am 1. Dezember in Kraft. Seitdem herrscht erneut Maskenpflicht in Innenräumen, und die Geimpften müssen sich ebenfalls testen lassen, wenn sie Verwandte im Krankenhaus oder Altersheim besuchen wollen. Außerdem kündigte der sozialistische Premierminister António Costa für die Zeit vom 2. bis 9. Januar eine "Woche zur Eindämmung der Ansteckung", sprich einen allgemeinen Lockdown, an. In diesem Zusammenhang soll auch der Schulbeginn nach den Weihnachtsferien auf den 10. Januar verschoben werden.

Herztode von Fußballern

London/Jerusalem - Nach einem neuen gesundheitlichen Kollaps eines Sportlers hat der englische Fußballprofi Matthew Le Tissier eine Untersuchung gefordert. Der ehemalige Nationalspieler stellte die rhetorische Frage: "Wie viele Spieler müssen noch auf dem Spielfeld kollabieren, bevor eine Untersuchung stattfindet?" Anlass der Forderung ist der Zusammenbruch des Fußballers John Fleck während eines Spiels von Sheffield United. Laut einem Bericht des israelischen Mediziners Yaffa Shir-Raz hat die Zahl der plötzlichen Herztode von Spielern im Bereich des internationalen Fußballverbandes FIFA in diesem Jahr gegenüber den Vorjahren deutlich zugenommen. Wie aus einem Bericht des "British Medical Journal" hervorgeht, lag die Zahl plötzlicher Herztode bei Spielern im Bereich der FIFA im Zeitraum von 2001 bis 2020 bei einem statistischen Wert von 4,2 jährlich. In diesem Jahr wurden laut einem Twitterpost von Shir-Raz bereits 21 solcher Todesfälle registriert.

Neue US-Ufo-Arbeitsgruppe

Washington - Das US-Verteidigungsministerium hat eine neue Arbeitsgruppe zur Untersuchung von Sichtungen unbekannter Flugobjekte ins Leben gerufen. Die Airborne Object Identification and Management Synchronization Group (AOIMSG) ist die Nachfolgerin der U.S. Navy's Unidentified Aerial Phenomena Task Force. Diese Institution der US-Marine konnte bei der Auswertung von 144 Berichten über Ufos aus den Jahren 2004 bis 2021 nur in einen Fall eine plausible Erklärung bieten. Die AOIMSG entstand auf Anweisung der stellvertretenden US-Verteidigungsministerin Kathleen Hicks und wird vom Under Secretary of Defense for Intelligence & Security, Ronald S. Moultrie, geleitet. Ihm obliegt nun die Koordination der "Ortung, Identifizierung und Zuordnung" jener unbekannten Flugobjekte, hinter denen die US-Behörden keine Außerirdische als vielmehr neue chinesische oder russische Rüstungstechnologien W.K.

UKRAINE-KONFLIKT

Pulverfass Wintermanöver

Die NATO kritisiert russischen Truppenaufzug – Kiew wäre im Ernstfall auf sich allein gestellt

VON MANUELA ROSENTHAL-KAPPI

eit Wochen grassieren Schreckensmeldungen über einen russischen Truppenaufmarsch an der ukrainischen Grenze und einen bevorstehenden Einmarsch in die Ukraine. Kiew beschuldigt Russland, knapp 100.000 Soldaten an seiner Grenze stationiert zu haben, Moskau behauptet, die Ukraine habe 125.000 Soldaten, die Hälfte seiner Streitkräfte, Richtung Donbass entsandt.

Obwohl auf beiden Seiten Drohnen im Einsatz sind, gibt es kein aktuelles Material, das diese Behauptungen belegen könnte. Satellitenbilder, die in westlichen Medien verbreitet werden, zeigen Aufnahmen russischer Streitkräfte, die für eine Militärübung in Jelnja konzentriert wurden. Dieser Ort liegt 80 Kilometer östlich von Smolensk, also über 400 Kilometer von der Grenze zur Nordukraine entfernt. Von Jelnja sind es etwa 200 Kilometer bis zur weißrussischen Grenze. Auf TikTok tauchte ein Video eines "Conflict Intelligence Teams" auf, das einen Truppenaufmarsch im Gebiet Woronesch in südliche Richtung zeigen soll, etwa 270 Kilometer von der Region Lugansk entfernt. Doch in dem kurzen Film ist lediglich der Transport von einigen Fahrzeugen mit schwerem kriegstechnischen Gerät zu sehen, das ebenso gut auf dem Weg zu einer Militärübung sein könnte. Bei den zahlreichen Artikeln zur "russischen Aggression" wurde Archivmaterial zurückliegender Militärmanöver zur Illustration verwendet.

Laut russischen Angaben findet ein reguläres Wintermanöver mit 10.000 Soldaten im Grenzgebiet zur Ukraine statt. Wie das russische Verteidigungsministerium bekannt gab, werden auch Übungen auf der Krim sowie in einer russischen Region, die an den Donbass angrenzt, durchgeführt. Der Kreml verweist auf sein Recht, Truppenbewegungen auf eigenem Territorium durchzuführen.

Ähnliche Militärmanöver hatte Moskau bereits im Frühjahr und zuletzt im Oktober durchgeführt. Weshalb ist also die Situation derzeit so aufgeladen?

Ablenkung von internen Problemen

Eine mögliche Erklärung sind die innenpolitischen Probleme bei allen Beteiligten. Sowohl Wladimir Putin als auch Wladimir Selenskij und Joe Biden stehen unter Druck.

Selenskij konnte bislang keines seiner Wahlversprechen halten. Friedensverhandlungen in der Ostukraine werden vom Parlament behindert, die Korruption besteht weiterhin, und Oligarchen machen ihm das Leben schwer. Zuletzt griff die ehemalige Regierungschefin Julia Timoschenko den "Diener des Volkes" scharf an. Sie warnte, das Land stehe vor einer Katastrophe, weil Kiew es versäumt habe, billiges Gas direkt aus Russland zu erwerben und dass die Gasspeicher kaum gefüllt seien. Wenn Kiew sich ausschließlich auf westeuropäischen Strom verlasse, bedeute dies das Aus. Auch im Umgang mit der Corona-Pandemie warf Timoschenko dem Präsidenten totales Versagen vor.

Selenskij, der sich als strategischer Partner der USA der Rückendeckung Washingtons sicher wähnt, warnte Ende November, Moskau werde am 1. oder 2. November einen Putschversuch gegen ihn unternehmen. Angeblich hätten die USA Beweise dafür. Dies bekräftigte US-Außenminister Antony Blinken, die Beweise legte er aber nicht offen. Die "aggressiven Pläne" Moskaus sollten auch eine groß angelegte Militäroperation umfassen. Einen Putsch in Kiew hat es nicht gegeben. Nun wird die Kriegsangst vor einem bevorstehenden militärischen Angriff Russlands im Januar oder Februar 2022 geschürt.

Russische Experten halten es für unwahrscheinlich, dass Russland die Ukraine angreifen wolle. Putin werde die Bevölkerung kaum dafür gewinnen können. Die Russen kreideten ihrem Präsidenten die Stagnation der Wirtschaft, Grenzschließungen, Repressionen sowie eingeschränkte Rede- und Versammlungsfreiheit an.

Auch Joe Bidens Umfragewerte befinden sich auf Talfahrt, weshalb er auf außenpolitische Erfolge setzt. Der Rückgriff auf die alten Feindbilder erleichtert es, Russland als Aggressor und Feind darzustellen. Die Ukraine dient lediglich als Vehikel, amerikanische Interessen durchzusetzen. Es sei nur an Bidens Rolle beim Regime Change 2014 als Vize unter Obama erinnert. Biden setzte damals schon auf militärische Härte gegenüber Russland als Antwort auf die Übernahme der Krim. Um die Ukraine unter US-Einfluss zu bringen, mischte er sich als Obamas Ukraine-Beauftragter direkt in die inneren Angelegenheiten ein, brachte seinen Sohn Hunter in eine Schlüsselposition und erpresste den damaligen Präsidenten Petro Poroschenko. So ist aktuell nicht auszuschließen, dass eine militärische Aggression eher von den USA als von Russland befeuert würde. Die Vereinigten Staaten beliefern die Ukraine schon lange mit modernen Waffen.

Russland begründet seine verstärkte Militärpräsenz als Reaktion auf die Stationierung von NATO-Raketenabwehrsystemen in Polen und Rumänien. Moskau verlangt vom westlichen Bündnis rechtlich verbindliche Garantien, die NATO nicht weiter Richtung russische Grenzen auszudehnen.

Beim NATO-Außenministertreffen vergangene Woche in Riga sagte das Bündnis Kiew zwar Unterstützung in Form weiterer Sanktionen zu, Generalsekretär Jens Stoltenberg machte aber deutlich, dass die Ukraine im Falle einer militärischen Auseinandersetzung mit Russland auf sich allein gestellt bliebe, weil dies kein Bündnisfall für die NATO sei, da dieser nur für Mitgliedsstaaten gelte.

Die geopolitische Lage der Ukraine bleibt prekär. Auch wenn es sich bei dem aktuellen Säbelrasseln nur um eine kontrollierte Eskalation handeln sollte, um den politischen Gegner zu Gesprächen zu zwingen, besteht die große Gefahr, dass durch Fehlwahrnehmungen und Fehlhandeln an der Grenze militärische Handlungen ausgelöst werden könnten.

Immerhin hat Biden kurz vor dem Videotreffen mit Putin, das nach Redaktionsschluss dieser Ausgabe stattfinden soll, signalisiert, dass die USA militärisch nicht eingreifen werden, sondern auf Gespräche und nötigenfalls verschärfte Sanktionen setzen. (siehe auch Seite 8)



Kiew sieht Bedrohung durch russisches Militär: Oktobermanöver russischer Streitkräfte auf der Krim

KAUKASUS

Aserbaidschan schielt auf Südarmenien

Nach Armeniens Niederlage im letzten Krieg: Ein neuer Konflikt kündigt sich an

Eine neue Konfrontation zwischen Armenien und Aserbaidschan zeichnet sich ab. Nachdem Aserbaidschan vor einem Jahr in einem Blitzkrieg das armenisch besiedelte Karabach zurückerobert hat, meldet es seine Ansprüche auf die südliche Hälfte Armeniens an. Deshalb hat es kürzlich der an Südarmenien angrenzenden Region einen neuen Namen, West-Zangezur, gegeben.

An den Grenzen dieser umbenannten Region und der armenischen Provinzen Syunik und Gegharkunik kommt es immer öfter zu blutigen Zwischenfällen. Allein die Bezeichnung der neuen aserbaidschanischen Provinz als West-Zangezur ist bereits Programm genug, denn aus armenischer Sicht ist es die armenische Provinz Syunik. Diese gehört seit 1921 zu Armenien. Aber nach dem durch die türkische und israelische Waffenhilfe ermöglichten Sieg im letzten Karabachkrieg ist der Appetit des aserbaidschanischen Diktators Ilhan Alijew gewachsen, denn diese Provinz trennt Aserbaidschan in zwei Hälften.

Die Provinz ist jedoch auch überlebenswichtig für Armenien, weil das Land dort an seine heimliche Schutzmacht Iran grenzt. An Russland glauben immer weniger Armenier. Der Iran betrachtet ganz Aserbaidschan genauso wie Armenien als seine Provinz, denn auch in Persien gibt es

eine Provinz Aserbaidschan, aus der die Führungsriege der Mullahs in Teheran stammt sowie der derzeitige Präsident.

Armenien verliert jede Woche

Die Provinz Syunik trennt Aserbaidschan von seiner Exklave, der Autonomen Republik Nachitschewan, an einigen Stellen durch weniger als 40 Kilometer. Viele Straßen, die armenische Städte und Dörfer in Syunik miteinander verbinden, wurden nach der Wiedervereinigung Karabachs mit Armenien 1994 gebaut und führen durch aserbaidschanisches Gebiet, wo die aserbaidschanischen Streitkräfte Kontrollpunkte eingerichtet haben. Ein Beispiel ist

die gesperrte Straße Goris Kapan. Dadurch sind eine Reihe von armenischen Gemeinden von der Außenwelt abgeschnitten und müssen über kurz oder lang aufgegeben werden. Darauf spekulieren die aserbaidschanischen Truppen.

Armeniens Premierminister Nikol Paschinjan sagte, dass Aserbaidschan sich seit Mai 41 Quadratkilometer souveränes armenisches Territorium angeeignet habe. Alijew hat mehrfach erklärt, dass die Provinz Syunik die türkisch/turanische Welt, die sich von der Ägäis bis Kasachstan erstreckt, künstlich trenne. Der nächste Konflikt im Kaukasus durch Aserbaidschan scheint unausweichlich. Bodo Bost

TÜRKEI

Droht ein zweites Griechenland?

Anders als bei der türkischen Finanzkrise 2001/02 sind inzwischen viele Banken aus der Eurozone im Erdoğan-Staat engagiert

NORMAN HANERT

ie türkische Währung Lira hat gegenüber dem US-Dollar in diesem Jahr bereits weit über 40 Prozent an Wert eingebüßt. Mit dem sinkenden Wert der Lira geht im Alltagsleben der Türken ein Anstieg der Preise einher. Nach Angaben der nationalen Statistikbehörde lag die Inflation im November im Vergleich zum Vorjahresmonat bei beachtlichen 21,3 Prozent. Für Lebensmittel mussten die Türken sogar 27 Prozent mehr bezahlen als im November des Vorjahres.

Und diese Werte sind möglicherweise sogar noch geschönt, wirft der türkische Oppositionsführer Kemal Kilicdaroglu der Statistikbehörde doch vor, bei der Ermittlung der Teuerungsraten "die Zahlen kleiner" zu machen. Auch Ökonomen der Enagrup schätzen die Inflation mit über 58 Prozent deutlich höher ein als die Statistikbehörde.

Als Folge der Teuerungswelle sind in Istanbul und Ankara inzwischen Proteste gegen die Wirtschaftspolitik von Präsident Recep Tayyip Erdoğan aufgeflammt. Die Inflation trifft vor allem die Kleinverdiener und die Mittelschicht, die zur Stammwählerschaft Erdoğans zählen. Bei der Wahl von 2018 konnte Erdoğan noch 43 Prozent Stimmanteil erzielen. Anderthalb Jahre vor den nächsten Parlamentsund Präsidentenwahlen bescheinigten nun fast zwei von drei Befragten dem Präsidenten, er mache in der Wirtschaftspolitik eine schlechte Arbeit.

Leidtragende des Schwächelns der Lira sind in der Türkei nicht nur die Verbraucher, die unter der spürbaren Erhöhung der Lebenshaltungskosten leiden, sondern auch die vielen Unternehmen und auch Privathaushalte, die Kredite in Euro oder Dollar aufgenommen haben. Laut Daten der Zentralbank in Ankara stand allein der türkische Privatsektor Ende September mit knapp 172 Milliarden US-Dollar im Ausland in der Kreide. Durch den Verfall der türkischen Landeswährung müssen die Schuldner zur Tilgung ihrer Fremdwährungskredite immer



In der Türkei weit verbreitet: Filialen der spanischen BBVA

Foto: Mauritius

mehr Lira erwirtschaften, wenn ihnen Einnahmen in Hartwährung fehlen.

Wie stark sich die Rückzahlungsbedingungen für die betroffenen Firmen und Privatpersonen verschlechtert haben, macht ein Blick auf den Wechselkurs deutlich. Anfang 2018 genügten noch 3,97 Lira, um einen US-Dollar zu kaufen. Anfang Dezember dieses Jahres mussten Käufer zeitweise schon mehr als 13 Lira für einen Dollar bezahlen.

Die Situation erinnert an die türkische Finanzkrise von 2001/02. Damals gingen binnen weniger Monate 21 türkische Banken in Konkurs. Inzwischen ist der Bankensektor des Landes allerdings viel stärker mit dem Ausland vernetzt. Die jetzige Talfahrt der türkischen Währung könnte sich damit nicht nur als ein türkisches Problem erweisen. Vielmehr könnte eine neuerliche Konkurswelle von Banken am Bosporus auf das gesamte Finanzsystem übergreifen. Eine besondere Gefahr besteht für einige Banken in der Eurozone.

Spanier sind groß eingestiegen

Deutsche Institute haben sich zwar mit Engagements in der Türkei stark zurückgehalten. Die Commerzbank hat lediglich eine Repräsentanz in Istanbul. Auch die Deutsche Bank unterhält nur eine Niederlassung am Bosporus. Umso stärker haben sich aber spanische, französische, italienische und niederländische Geldhäuser engagiert. Für die holländische ING stellte die Türkei vergangenes Jahr

nach den USA und Australien den drittgrößten Markt außerhalb der EU dar. Auch die französische BNP Paribas hat mit Hilfe eines Gemeinschaftsunternehmens mit der Colakglu-Gruppe auf die Türkei-Karte gesetzt.

Besonders stark ist die spanische Banco Bilbao Vizcaya Argentaria in der Türkei exponiert. Die BBVA hält bereits 49,9 Prozent an der türkischen Garanti Bank. Im November gaben die Spanier bekannt, die zweitgrößte türkischen Privatbank komplett übernehmen zu wollen. Im Kontrast dazu stehen bei der italienischen Unicredit die Zeichen auf Rückzug.

Die Italiener haben bereits schrittweise ihre Anteile an der Yapi Kredi Bank von 40 auf 20 Prozent reduziert. Auch die ver-

bliebenen Anteile will die Unicredit mittlerweile verkaufen. islang ist nicht absehbar, wie die Regierung in Ankara die Lira-Krise stoppen kann. Erdoğan hat mit seinen Forderungen nach niedrigen Zinsen den Wertverlust der Lira selbst immer wieder befeuert. Üblicherweise bekämpfen Zentralbanken eine zu hohe Inflation mit der Erhöhung der Leitzinsen. Erdoğan vertritt dagegen die Ansicht, Inflation ließe sich mit Zinssenkungen bekämpfen.

Auf Druck Erdoğans hat die Notenbank im März den Leitzins von 19 Prozent auf 15 Prozent gedrückt. Da die offiziell ausgewiesene Teuerungsrate deutlich höher liegt, erleiden Sparer und Anleger somit einen realen Wertverlust, wenn sie derzeit auf die türkische Lira setzen.

Preußische Allgemeine

Zeitung für Deutschland · Das Ostpreußenblatt

☐ **Ja, ich verschenke** für ein Jahr befristet die PAZ zum Preis von z. Zt. 168 Euro (inkl. Versand im Inland) und erhalte als Prämie 40 Euro auf mein Konto überwiesen.

Name:
Straße/Nr.:
PLZ/Ort:
Telefon:
IBAN:

Zahlung per: ☐ Lastschrift ☐ Rechnung

Empfänger des Abos ist:

Datum, Unterschrift:

Name:

Bank:

Straße/Nr.: PLZ/Ort:

Der **Geschenkgutschein** soll geschickt werden an:
☐ den Schenkenden ☐ den Empfänger des Abos

Bitte den Bestellschein einsenden an:

Preußische Allgemeine Zeitung, Buchtstraße 4, 22087 Hamburg

Verschenken Sie Lesefreude

Die PAZ als Jahresabo für Ihre Lieben









oder per Fax 040-41 40 08 51 oder online www.paz.de/abo bestellen!







ZUM TODE VON KLAUS RAINER RÖHL

Ein deutsches Leben

RENÉ NEHRING

Am 30. November 2021 verstarb in Köln der Publizist Klaus Rainer Röhl. Geboren am 1. Dezember 1928 in Trockenhütte/Danzig, wurde sein Lebenslauf zu einem Spiegelbild der vielen deutschen Umbrüche und Verwerfungen des 20. Jahrhunderts – nur dass Röhl zumeist konträr zum Geist der jeweiligen Zeit stand.

Nach der Einberufung zum Reichsarbeitsdienst, der den Schüler als Wachsoldaten im KZ Stutthof einsetzte, sowie nach kurzem Kriegsdienst in Dänemark und anschließender Kriegsgefangenschaft konnte Röhl 1948 in Stade sein Abitur ablegen. Dort lernte er auch den Schriftsteller Peter Rühmkorf kennen.

Ein Jahr später begann Röhl, in Hamburg zu studieren und betrieb mit Rühmkorf das politische Kabarett "Die Pestbeule". Inmitten der konservativen Ära Adenauer gründete er 1955 die linke Zeitschrift "Studentenkurier", die 1957 in "konkret" umbenannt und schnell zum Sprachrohr der Anti-Atomkraft-Bewegung wurde. Maßgeblich finanziert wurde die Zeitschrift bis 1964 von der DDR. Als 1956 die KPD in der Bundesrepublik verboten wurde, trat der "konkret"-Herausgeber ihr aus Protest bei.

1961 heiratete Röhl die Journalistin Ulrike Meinhof und bildete mit ihr eines der prominentesten Paare der linken Außerparlamentarischen Opposition. Doch während sich Meinhof immer stärker radikalisierte und zur Mitbegründerin der Rote Armee Fraktion wurde, wendete sich Röhl vom Linksextremismus ab und bekämpfte die RAF von Beginn an mit publizistischen Mitteln.

Nach der Trennung von "konkret" 1973 vollzog Röhl eine allmähliche innere Wende. Anfang der 1990er Jahre promovierte er bei Ernst Nolte und rechnete in seinem Buch "Linke Lebenslügen" mit dem "langen Marsch durch die Illusionen" ab. Er engagierte sich im nationalliberalen Flügel der FDP und initiierte den "Appell 8. Mai 1945 – gegen das Vergessen", um ein Zeichen gegen die zunehmend einseitige Deutung dieses Datums als "Tag der Befreiung" zu setzen.

Auf seine alten Tage dann wurde Röhl Kolumnist dieser Zeitung. Politisch und publizistisch war dies weit von seinen Anfängen entfernt. Und doch hatte es nicht nur geographisch Sinn, dass der gebürtige Danziger am Ende seiner langen Reise durch die deutschen Zeitläufte für Das Ostpreußenblatt und später die PAZ schrieb. So steht Röhl mit den Irrungen und Wirrungen seines Lebenslaufs stellvertretend für das Schicksal einer Generation, die zeitlebens an und mit ihrem Vaterland litt, die sich an ihm abarbeitete – und ihm doch nie entkommen konnte.

Nicht zuletzt steht Röhls Biographie dafür, dass es keine letzten Gewissheiten gibt – weder in der Politik noch im persönlichen Leben.

KOMMENTAR

Grenzen sind schützbar

BODO BOST

Die Geschehnisse an der polnisch-weißrussischen Grenze liefern den Beweis,
dass das Migrationsmanagement der
Kanzlerin im Jahre 2015/16 doch nicht
alternativlos war. Damals wurde gleich
von mehreren Regierungsverantwortlichen und von Angela Merkel selbst behauptet, dass Grenzen nicht zu schützen wären vor gewaltsamen Migrantenmassen. Die Polen machen gerade seit
Wochen das Gegenteil vor, und werden
erstaunlicherweise von der gesamten

noch geschäftsführenden Bundesregierung unterstützt, die fast dieselbe ist wie 2015. Dieselben Leute, die damals gesagt haben, dass Grenzen nicht geschützt werden könnten, sagen jetzt das genaue Gegenteil, ohne rot zu werden.

Für das, was heute die Polen machen, wurden noch vor Kurzem die griechischen Grenzschützer und auch die EU-Grenzschutzagentur Frontex vor die Gerichte gezerrt. Da nannte man die Zurückweisung dieser illegalen oft gewaltsamen Grenzdurchbrüche noch Pushbacks.

Preußische Allgemeine

IMPRESSUM

Chefredakteur: René Nehring (V.i.S.d.P.)

Verantwortliche Redakteure: Politik, Wirtschaft, Berlin, Mensch & Zeit: Hans Heckel; Kultur, Lebensstil, Leserbriefe: Harald Tews; Geschichte, Preußen: Dr. Manuel Ruoff; Buchseite, Bildredaktion, Ostpreußen heute: Manuela Rosenthal-Kappi; Heimatarbeit: Christiane Rinser-Schrut; Die Pommersche Zeitung: Brigitte Stramm.

Korrespondenten: Norman Hanert (Berlin), Edvta Gladkowska (Allenstein).

Verlag und Herausgeber: Landsmannschaft Ostpreußen e.V., Anschrift von Verlag und Redaktion: Buchtstraße 4, 22087 Hamburg.

Druck: Schleswig-Holsteinischer Zeitungsverlag GmbH & Co.KG, Fehmarnstr. 1, 24782 Büdelsdorf. **ISSN** 0947-9597.

Die *Preußische Allgemeine Zeitung* ist das Organ der Landsmannschaft Ostpreußen (LO) und erscheint wöchentlich zur Information der Mitglieder des Förderkreises der LO.

Die in der Preußischen Allgemeinen Zeitung (PAZ) geäußerten Meinungen geben nicht unbedingt die Meinung der Landsmannschaft Ostpreußen e.V. (LO) wieder. Namentlich gekennzeichnete Beiträge geben die Meinung der Autoren und nicht unbedingt die der Redaktion oder der LO wieder. Auch die Werbebotschaften der von externen Personen und Organisationen geschalteten Anzeigen geben nicht unbedingt die Meinung der LO und der PAZ wieder."

Bezugspreise pro Monat seit 1. Januar 2021: Inland 14 Euro einschließlich 7 Prozent Mehrwertsteuer, Ausland 16,50 Euro, Luftpost 20,50 Euro. Abbestellungen sind mit einer Frist von einem Monat zum Quartalsende schriftlich an den Verlag zu richten.

Einzelverkaufspreis: 3,40 Euro

Anzeigen: Ingrid Stuthmann. Es gilt Preisliste Nr. 34.

Konten: Commerzbank AG, IBAN: DE64 2004 0000 0634 2307 01, BIC: COBADEFFXXX oder Postbank Hamburg, IBAN: DE44 2001 0020 0008 4262 04, BIC: PBNKDEFF (für Vertrieb).

Für unverlangte Einsendungen wird nicht gehaftet.

 Telefon
 (040) 4140 08-0

 Telefon Redaktion
 (040) 4140 08-32

 Fax Redaktion/Anzeigen
 (040) 4140 08-50

 Telefon Anzeigen
 (040) 4140 08-32

 Telefon Vertrieb
 (040) 4140 08-42

 Fax Vertrieb
 (040) 4140 08-51

Internet: www.paz.de

E-Mail:

redaktion@paz.de anzeigen@paz.de vertrieb@paz.de

Landsmannschaft Ostpreußen:

www.ostpreussen.de Bundesgeschäftsstelle: lo@ostpreussen.de



KOLUMNI

Spiel mit dem Feuer

FLORIAN STUMFALL

n den ersten Dezembertagen teilte das Moskauer "Nationale Zentrum für Verteidigungsverwaltung" mit, zwei russische Kampfjets hätten US-Aufklärungsflugzeuge über dem Schwarzen Meer eskortiert, eine Boeing RC-135 der Air Force und eine Bombardier Challenger CL-600 "Artemis" der Army. Diese Flugzeuge befanden sich zu dem Zeitpunkt noch über neutralen Gewässern, näherten sich aber der russischen Grenze. Mit dem Auftauchen der russischen Jets drehten die US-Aufklärer dann ab.

Diese Episode ist der Erwähnung nur wert, weil sie als ein bezeichnendes Beispiel für die auffallende Präsenz von US-Kampfeinheiten im Schwarzen Meer dienen kann, ansonsten ist das Routine. Unter der Führung der USA hat im Juni das große Manöver "Sea Breeze" mit Tausenden von Soldaten sowie Dutzenden von Schiffen und Flugzeugen aus 32 Ländern stattgefunden. Solche Manöver werden seit 1997 regelmäßig abgehalten, dieses jüngste aber war das bisher größte seiner Art. Kaum war es abgeschlossen, passierte Ende November der US-Zerstörer "Arleigh Burke" von der 6. Flotte den Bosporus und erreichte so das Schwarze Meer. Es handele sich um eine Routinepatrouille, so die offizielle Erklärung.

US-Präsenz im Schwarzen Meer

Zwar ist die Präsenz von Kriegsschiffen aus Ländern im Schwarzen Meer, die keine Anliegerstaaten sind, durch den Vertrag von Montreux aus dem Jahre 1936, das sogenannte Meerengen-Abkommen aufs Genaueste geregelt. Doch dieses Papier ist längst Makulatur. Die US-Kriegsmarine hält sich Abkommens-widrig nach Belieben im Schwarzen Meer auf, und wer sollte sie hindern? Den Zugang beherrscht der NATO-Partner Türkei, und die hat den USA gegenüber noch nie Anstalten gemacht, auf ihren Rechten aus dem Meerengen-Abkommen zu bestehen.

Zwar findet sie keine Beachtung, aber die Rechtslage ist klar, ebenso klar wie die Beweggründe der US-Einheiten zu Wasser und in der Luft. Im Schwarzen Meer geht es Washington um seinen Partner Ukraine und den Gegner Russland. Dabei spielt die Halbinsel Krim eine nicht nur symbolische, sondern auch eine strategische Rolle. Anfang Dezember hat US-Präsident Joe Biden einen, wie er sagte, "Komplex von Initiativen in Bezug auf die Ukraine und

Russland" entworfen. Sicherheitsberater Jake Sullivan und Außenminister Antony Blinken sind mit von der Partie.

Dieser Komplex von Initiativen habe zum Ziel, so wurde verlautbart, die Pläne des russischen Präsidenten Wladimir Putin zu konterkarieren. Diese, so Bidens These, sind es, in der Ukraine einzumarschieren, wobei der anhaltende Bürgerkrieg in diesem Land als glaubwürdige Erklärung herhalten soll. Das macht es notwendig, sich abseits von der gegenwärtigen Lage die Ursachen des Konflikts in Erinnerung zu rufen.

Die Ukraine kann jedenfalls auf die Hilfe der USA zählen

Im Jahr 2014 stürzte ein gewaltsamer Putsch den gewählten Präsidenten der Ukraine Viktor Janukowitsch, worauf dieser nach Russland floh. Der Putsch war begünstigt und - wie die damalige US-Staatssekretärin Victoria Nuland verkündete - durch die USA mit etlichen Milliarden US-Dollar finanziert. In Kiew etablierte sich eine rechtsnationalistische Regierung, die sich vom ersten Tag an gegen Moskau in Position brachte. Daher lehnten es die überwiegend russischen Einwohner der ukrainischen Ostprovinzen im Donbass ab, den Putsch anzuerkennen, und erklärten ihre Abspaltung. Als Russen hatten sie von der Regierung in Kiew nichts Gutes zu erwarten. Das Minsker Abkommen, das die Dinge regeln sollte, führt hauptsächlich deswegen zu keinem Erfolg, weil es Kiew ablehnt, so wie vereinbart und unterschrieben, direkte Gespräche mit den Insurgenten aufzunehmen.

Militärhilfe für die Ukraine

In der Lesart der NATO allerdings ist es Russland, welches das Abkommen hintertreibt. Ebenso wird Moskau vorgeworfen, kämpfende Einheiten im Donbass stehen zu haben, was angesichts des militärischen Patts einer erheblichen Fehleinschätzung der Möglichkeiten der russischen Streitkräfte gleichkommt.

Die Ukraine jedenfalls kann auf die Hilfe der USA zählen. Im März dieses Jahres sagte das Pentagon eine Militärhilfe im Wert von 104 Milliarden Dollar zu, wobei die Lieferung von zwei bewaffneten Schnellbooten eingeschlossen ist. Deren Verwendung erscheint allerdings rätselhaft, schließlich hat der Donbass keine Küste. John Kirby, Sprecher des US-Verteidigungsministeriums, sagte: "Dieses Vorgehen bekräftigt die Zusage der USA, der Ukraine Verteidigungswaffen bereitzustellen, um das Land in die Lage zu versetzen, sich wirkungsvoller gegen russische Aggressionen zu verteidigen."

NATO-Pläne für eine Erweiterung

Mitte Juni stockte das Pentagon seine Militärhilfe für die Ukraine auf. Dabei geht es um Munition, Funkgeräte, und nicht zuletzt Panzerabwehrraketen. Der Umfang der Hilfe beläuft sich auf rund 60 Millionen Dollar. Washington unterstütze die Ex-Sowjetrepublik angesichts der "russischen Aggression", erklärte die US-Botschaft in Kiew. Die Ukraine hat derzeit mit 125.000 Mann die Hälfte ihrer Streitkräfte im Donbass stehen.

Diese Militärhilfe für die Ukraine geht einher mit immer neuen Überlegungen, das Land in die NATO aufzunehmen. Doch das scheint derzeit sogar dem Bündnis zu gewagt, sodass man eine Zwischenlösung erwägt. Man könnte, so die Überlegung, von einer förmlichen Mitgliedschaft Kiews derzeit absehen, aber doch dauerhaft NATO-Truppen in der Ukraine stationieren. Für Russland bedeutet diese Finte strategisch nichts anderes als eine Vollmitgliedschaft. Daher verlangte der russische Präsident Putin Anfang Dezember die rechtsverbindliche Zusage, dass die NATO nicht weiter auf die russische Grenze vorrücken werde.

Offenbar um angesichts einer ohnehin schon gefährlichen Lage weiteres Öl ins Feuer zu gießen lässt der ukrainische Präsident Wladimir Selenskij einen Spitzenbeamten namens Alexej Arestowitsch verkünden: "Putin wird sehen, dass in absehbarer Zeit ukrainische Raketen auf Moskau gerichtet werden, und zwar aus dem einfachen Grund, weil wir an einem Raketenprogramm arbeiten." Und er schloss seinen verbalen Kraftakt mit der Drohung, ein Angriff auf die Ukraine würde "das Ende der russischen Armee und das Ende der Russischen Föderation" bedeuten.

• **Der Autor** ist ein christsoziales Urgestein und war lange Zeit Redakteur beim "Bayernkurier". KULTUR

Der märkische Walter Scott

Vor 150 Jahren starb im thüringischen Arnstadt der aus Breslau stammende Romanautor Willibald Alexis

VON HARALD TEWS

n diese Zeit fallen die runden Jahrestage zweier Autoren, welche die realistische Erzählliteratur mitgeprägt haben. In Frankreich feiert man am 12. Dezember den 200. Geburtstag von Gustave Flaubert. Und in Deutschland gedenkt man am 16. Dezember des 150. Todestags von Willibald Alexis.

Während Flaubert vor allem durch seinen Ehebruchroman "Madame Bovary" zum Dauerbrenner des Literaturbetriebes geworden ist, können die meisten mit dem Namen Willibald Alexis wenig anfangen, geschweige denn sich ein Werk des Autors ins Gedächtnis rufen. Selbst Buchhandlungen helfen da nicht weiter. Neuere Ausgaben von Alexis? Fehlanzeige. Man muss schon tief in Antiquariate eintauchen, um einen Roman von Alexis aufzustöbern. Dabei fällt auf, dass die zuletzt aufgelegten Werke aus DDR-Zeiten stammen. Ost-Verlage wie Rütten & Loening oder Das Neue Berlin haben Alexis bis in die 1980er Jahre hinein immer wieder in ihr Programm aufgenommen.

Weil er ein marxistischer Autor war? Sicher nicht! Da man aber in der DDR eine sozialistisch gefärbte literarische Traditionslinie konstruieren wollte, um sich vom Westen abzugrenzen, bot sich Alexis für diesen Kanon an. Denn mit seinen liberalen Ideen war er ein Opfer der preußischen Zensur und erwarb sich im Nachmärz wegen seiner Sympathien für die 48er-Revolutionäre den Ruf eines "roten Republikaners".

Den Ritterschlag bekam er posthum, als der marxistische Publizist Franz Mehring Alexis' Werke 1903 in einer Literaturkritik auf eine Stufe stellte mit denen Lessings und Kleists. Und 1973 adelte die DEFA einen der bekanntesten Alexis-Romane, "Die Hosen des Ritters von Bredow", mit einer Verfilmung, die für DDR-Verhältnisse Star-besetzt war. Rolf Hoppe spielte in der Komödie die Titelfigur, der



Mitbegründer des Historischen Romans in Deutschland: Willibald Alexis

ihre schutzbringende Lederhose abhandengekommen ist, und in der Rolle eines

Dekans war ein Schauspieler zu sehen, der später groß Karriere in Hollywood machen sollte: der aus Tilsit in Ostpreußen stammende Armin Mueller-Stahl.

Dass man aber Alexis im Westen des Landes völlig ausgeblendet hat, ist verwunderlich. Immerhin hätte man sich dort auf Fontane berufen können, der Alexis als den "märkischen Walter Scott" bezeichnete. Während der schottische Autor als Urvater des Historischen Romans Klassikerstatus erlangte, tat man sich mit Autor Thomas De Quincey das über türe Alexis endlich wieder näherkommen.

den deutschen Ebenbildern schwer. Dabei gilt Alexis - neben der heute ebenfalls in Vergessenheit geratenen Autorin Benedikte Naubert - als Mitbegründer des Historischen Romans in Deutschland.

Foto: pa

Seinen Debütroman "Walladmor" brachte er 1824 als "Übersetzung" mit der Bezeichnung "Frei nach dem Englischen des Walter Scott" heraus. Das Buch wurde ein Renner, auch deswegen, weil viele es fälschlich für ein Originalwerk des berühmten Schotten hielten. Der Erfolg zeigte sich auch darin, dass der britische 1000-seitige Werk in Englische "rückübersetzte". In der Folge schrieb Alexis zehn weitere voluminöse, die brandenburgisch-preußische Geschichte abdeckende "Vaterländische Romane" wie "Cabanis", "Der falsche Woldemar" oder das im Titel ein geflügeltes Wort von 1806 aufgreifende "Ruhe ist die erste Bürgerpflicht" sowie zwei Gegenwartsromane.

Einen Coup landete der 1798 in Breslau geborene Jurist, Redakteur, Feuilletonist sowie Gründer von Berliner Lesegesellschaften und Buchhandlungen mit dem "Neuen Pitaval". In dieser "Sammlung der interessantesten Criminalgeschichten aller Länder aus älterer und neuerer Zeit", die in der Nachfolge des französischen Juristen Gayot de Pitaval (1673-1743) erschien, trug Alexis ab 1842 allein mit der Beschreibung von 250 historischen Verbrechen zu 28 der bis 1890 insgesamt herausgegebenen 60 Bände bei.

Hätte Alexis ab 1856 nicht eine Reihe von Schlaganfällen erlitten, dann hätte der unermüdliche Autor weiter an seinem Ruhm stricken können. So siechte er bis zu seinem Tod im Jahr 1871 dahin, weshalb er in Vergessenheit geriet. Doch nur fast. Fontane erinnerte sich: "Wer damals, um die Sommerzeit, nach Arnstadt kam und an stillen Nachmittagen unter den Bäumen des Parks spazieren ging, der begegnete einem Wägelchen, drin ein Kranker langsam auf und ab gefahren wurde ... Dieser Kranke war Willibald Alexis."

In Heringsdorf auf Usedom erinnert man sich noch heute an Alexis, der eigentlich Georg Wilhelm Heinrich Häring hieß. Es geht die Legende, dass der aus hugenottischer Familie stammende Autor, der für seinen fischigen Namen das lateinische "allecis" als Künstlernamen wählte, Namensgeber des Ortes gewesen sein soll. Er besaß dort eine Villa und setzte der Gegend mit der Novelle "Meerschaumflocken" ein literarisches Denkmal. Vielleicht sollte man über diese Lek-

MELDUNGEN

Viel Neues im Kulturforum

Berlin - Vor 300 Jahren, am 23. Juli 1721, wurde mit Anna Dorothea Therbusch eine der bedeutendsten Künstlerinnen des 18. Jahrhunderts in Berlin geboren. Anlässlich des runden Jubiläums würdigt die Gemäldegalerie im Kulturforum am Matthäikirchplatz bis 10. April diese außergewöhnliche Künstlerin und Vorreiterin der Emanzipation mit einer fokussierten Sonderausstellung mit wichtigen Werken aus den eigenen Beständen der Staatlichen Museen zu Berlin. Im Kunstgewerbemuseum auf dem Kulturforum wird am 10. Dezember wiederum die Ausstellung "Illustre Gäste" eröffnet, die bis zum 10. Juli "Kostbarkeiten der Kunstkammer Würth" ausstellt. Bereits seit 2006 sind rund 30 Kleinkunstwerke als Dauerleihgaben aus der Sammlung Würth zu Gast bei den Staatlichen Museen zu Berlin. Im Rahmen der Sonderausstellung werden die erlesenen Werke in einem deutlich größeren Umfang präsentiert. Die Sammlung des schwäbischen Schraubenfabrikanten Reinhold Würth zählt zu den größten deutschen Privatsammlungen und hat ihren Schwerpunkt auf Werken der Moderne. Zeitfenstertickets online buchbar unter: www.smb.museum/tickets

Frühwerk von

München – Anlässlich des 20. Todestags Stefan Heyms am 16. Dezember ist bei C. Bertelsmann sein auf Deutsch bislang unveröffentlichter Kriegsroman "Flammender Frieden" (480 Seiten, 24 Euro) erschienen. In dem Buch, das Heym 1944 während seines Exils in den USA auf Englisch unter dem Titel "Of Smiling Peace" veröffentlichen ließ, geht es um eine Konfrontation dreier Soldaten aus Deutschland, den USA und Frankreich auf algerischem Boden. Auch in seiner Zeit in der DDR, in der Heym ab 1953 lebte, publizierte er teilweise weiter auf Englisch und übersetzte eigene Werke ins Deutsche. Nach 1990 engagierte er sich in der PDS und war 1994 Alterspräsident

Stefan Heym

des Bundestages.

SHMF gibt Adventskonzert

Lübeck - Nach einem Jahr Pause finden in diesem Jahr wieder die Adventskonzerte des Schleswig-Holstein-Musikfestivals statt. Nils Landgren, künstlerischer Leiter von Jazz-Baltica, präsentiert sein aktuelles und insgesamt siebtes "Christmas with my Friends"-Programm am 19. Dezember in der Musik- und Kongresshalle von Lübeck und am 21. Dezember in der ACO-Thormannhalle von Rendsburg-Büdelsdorf. Gemeinsam mit seinen Freunden Jonas Knutsson, Johan Norberg, Clas Lassbo und Eva Kruse sowie den vier Sängerinnen Jeanette Köhn, Ida Sand, Jessica Pilnäs und Sharon Dyall stimmt "Mr. Redhorn" mit Weihnachtsliedern aus Europa und den USA sowie mit skandinavischer Folklore auf das Fest ein. Karten und Programm: www.shmf.de H. Sch.

AUSSTELLUNG

Beim Malen kam man sich näher

Münchener Lenbachhaus zeigt Wassily Kandinsky und Gabriele Münter als Künstler-Liebespaar

Im Sommer 1902 kamen sich Wassily Kandinsky und seine Schülerin Gabriele Münter beim Malaufenthalt im oberbayerischen Kochel am See näher. Daraus resultierte eine problematische Beziehung. Denn Kandinsky war verheiratet. Das hielt ihn nicht davon ab, sich 1903 heimlich mit "Ella", wie er Münter nannte, zu verloben. Er schrieb an sie: "Dieser vorlegitime Zustand lässt sich auf Reisen am wenigsten spüren."

Ihre mit langen Aufenthalten in Holland, Tunis und Paris verbundene enge künstlerische und persönliche Beziehung der Jahre 1902 bis 1908 steht im Blickpunkt der sehenswerten Schau "Unterwegs mit Kandinsky und Münter" des Münchener Lenbachhauses. Sie präsentiert zahlreiche Ölskizzen des Künstlerpaares sowie hauptsächlich von Münter (1877-1962), aber auch von Kandinsky (1866–1944) aufgenommene Fotografien.

Den Sommer 1903 verbrachten Kandinsky und Münter in Kallmünz bei Regensburg. Sein Gemälde "Gabriele Münter beim Malen II" (1903) betont die Ernsthaftigkeit ihrer künstlerischen Ambitionen: Sie steht im Malkittel vor der Staffelei. Münters Antwort trägt den Bildtitel "Kandinsky beim Landschaftsmalen" (1903) und weist eine komische Note auf. Eine Ölskizze auf den Knien, sitzt Kandinsky auf einem Berg. Er war fest davon überzeugt, dass er der Kunstwelt großartige Neuerungen bescheren werde. An Mün-

ter schrieb er 1905: "Es hängt sehr viel von dir ab. Du allein kannst nicht alles, aber nur durch dich kann ich zu wirklich Großem kommen." Zu Großem kam er, nachdem er sich ab 1910 zum Pionier der abstrakten Malerei aufgeschwungen hatte.

Ausstellungskuratorin Sarah Louisa Henn urteilt: "Die gemeinsamen Reise-



Leicht komische Note: Gabriele Münters "Kandinsky beim Landschaftsmalen", 1903

jahre sind nicht als kurze, irrelevante Zwischenstation vor der großen Zeit des Blauen Reiters zu sehen, sondern als Zeit des Studiums und der Sensibilisierung." Unter dem Etikett "Der Blaue Reiter" firmieren von Kandinsky und Franz Marc initiierte Aktivitäten, die sie mit anderen Künstlern von 1911 an verwirklichten: Ausstellungen, einen Almanach und Bi-

belillustrationen. Die aktuelle Schau stimmt auf das nächstes Jahr von der "MuSeenLandschaft Expressionismus in Oberbayern" veranstaltete Ausstellungsprojekt "Avantgarde in Farbe" ein. An dem beteiligen sich neben dem Lenbachhaus das Franz-Marc-Museum in Kochel, das Schlossmuseum Murnau, das Buchheim-Museum in Bernried und das Museum Penzberg.

Unterwegs mit Kandinsky und Mün-

Veit-Mario Thiede

ter Bis 30. Januar im Lenbachhaus, Luisenstraße 33, München. Für den Eintritt gilt die Regel 2G+. www.lenbachhaus.de. Infos über "Avantgarde in Farbe": www.museenlandschaft-expressionismus.de

75 JAHRE "HÖRZU"

Die erste in Deutschland nach 1945

Der anspruchsvolle Rundfunkkonsument möchte nicht zappen, sondern gezielt das konsumieren, was ihn interessiert. Öffentlich-rechtliche Sender mit Sendungsbewusstsein kommen dem Wunsch heutzutage dadurch entgegen, dass sie den Internetnutzern eine Programmübersicht bieten und ein vom Sendetermin unabhängiges Angebot ausgestrahlter Sendungen in einer Mediathek.

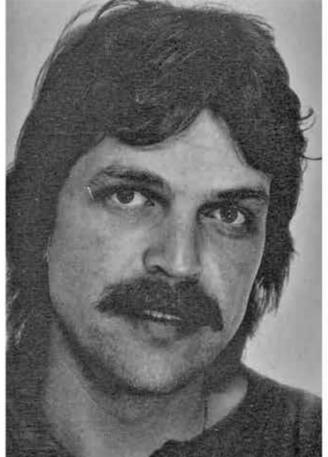
Vor einem Dreivierteljahrhundert gab es noch kein Internet. Die BBC, der öffentlich-rechtliche Sender Großbritanniens, bot seinen Zuhörern jedoch eine Art nicht-elektronische Mediathek an. "The Listener" (Der Hörer) war ein ab 1929 erschienenes Wochenmagazin, in dem Hörfunkbeiträge zum jederzeitigen Nachlesen abgedruckt wurden.

Nach dem Vorbild ihrer BBC schufen die Briten nach dem Zweiten Weltkrieg in ihrer nordwestdeutschen Besatzungszone den Nordwestdeutschen Rundfunk (NWDR). Und analog zu "The Listener" entstanden 1946 im Auftrag des NWDR die "Nordwestdeutschen Hefte". Gegründet und anfänglich herausgegeben wurden diese verschriftlichten Beiträge aus dem NWDR-Programm von den beiden NWDR-Chefredakteuren Axel Eggebrecht und Peter von Zahn. Als die britischen Besatzer in der Person des Chief Controller Hugh Greene aus Gründen der Machtteilung das Organ lieber in der Hand eines unabhängigen privaten Verlegers wissen wollten, sorgten Eggebrecht und von Zahn dafür, dass die Wahl auf den Hamburger Axel Springer fiel. Das Monopol, NWDR-Beiträge gegen einen vergleichsweise niedrigen Pauschalbetrag ansonsten kostenlos abdrucken zu dürfen, erlaubte Springer gute Gewinne.

Wie für die Auszüge aus dem NWDR-Programm gab es auch für eine Übersicht über das Programm des Senders einen Markt. Programmzeitschriften hatte es in Deutschland schon fast so lange gegeben wie den Rundfunk selbst und damit auch eine entsprechende Nachfrage. In der britischen Besatzungszone durfte dieser Markt jedoch anfänglich nicht bedient werden - bis Springer auch auf diesem Gebiet ein Monopol eingeräumt wurde. 1946 erhielt er nicht nur von den Besatzern die Lizenz, die erste deutsche Programmzeitschrift herauszugeben, sondern nutzte auch noch seine bewährt guten Kontakte zum NWDR, um sich von diesem das exklusive Recht zusichern zu lassen, dessen längerfristige Programmplanung über den einzelnen Tag hinaus abzudrucken. Auch ansonsten war diese Zeitschrift durch enge Kontakte mit dem NWDR privilegiert. Das relativiert die unternehmerische Leistung des Verlegers Springer, ohne sie deshalb in Frage zu stellen.

Vor 75 Jahren, am 11. Dezember 1946, erschien die erste Ausgabe der ersten deutschen Nachkriegsprogrammschrift. "Hör Zu!" war anfänglich ihr programmatischer Name. "Hörzu" heißt sie erst seit 1972. Die Auflage betrug anfänglich eine Viertelmillion. Heute beträgt sie mit rund 0,8 Millionen mehr als das Dreifache. Die besten Jahre scheint die alte Dame jedoch trotzdem hinter sich zu haben. Schließlich betrug die Auflage in den besten Zeiten über vier Millionen. Aber das Internet und unzählige meist billigere Konkurrenzprodukte setzen ihr zu. Aus der Programmzeitschrift ist eine geworden. Manuel Ruoff







Waren Sie Unbekannte Mitarbeiter der Staatssicherheit? Die ehemaligen RAF-Mitglieder Burkhard Garweg, Ernst-Volker Wilhelm Staub und Daniela Klette (v.l.)

Foto: pa

UNBEKANNTE MITARBEITER

Das Geheimste des Geheimen bei der Stasi

UMA waren selbst vielen Mitarbeitern des MfS unbekannt. Die Suche nach ihren Personalakten war bisher erfolglos. Offensichtlich wurden diese Akten rechtzeitig vernichtet, was auf die Brisanz dieser Personengruppe hinweist

VON HEIDRUN BUDDE

inen durchsetzbaren Rechtsanspruch auf Asyl gab es in der DDR nicht. Die Aufnahme von Ausländern richtete sich nach dem politischen Nutzen für die SED-Funktionäre. Die aufgenommenen Personen konnten in einem streng geheimen innerstaatlichen Untergrundsystem verschwinden, von dem selbst viele Mitarbeiter der Staatssicherheit nichts wissen durften. In der DDR gab es kein rechtsstaatliches Asvlverfahren. Der Öffentlichkeit blieb völlig verborgen, nach welchen Kriterien genehmigt oder abgelehnt wurde. Auch einen Klageweg gab es nicht. Heute zeigen die Akten auf, dass es eine zutiefst politisch geprägte Entscheidung war, denn die Abteilung Internationale Verbindungen beim Zentralkomitee (ZK) der SED hatte eine Schlüsselstellung in diesem Prozess. Daneben war immer das Ministerium für Staatssicherheit (MfS) eingebunden. Die Koordinierung der Abstimmung übernahm das Ministerium des Innern (MdI), denn Asylanträge wurden oft in den Volkspolizeikreisämtern (VPKA) gestellt.

Dass diese Entscheidungen innerhalb von wenigen Stunden getroffen wurden, belegt der Antrag des türkischen Staatsbürgers Hasan I. Am 8. April 1980 beantragte er beim VPKA Hagen für sich und seine Ehefrau politisches Asyl. Er war Mitglied des Progressiven Jugendvereins (IGD), einer Vorfeldorganisation der Kommunistischen Partei der Türkei (TKP), und gab zu Protokoll, politisch verfolgt zu sein. Um 9.45 Uhr informierte die Polizei die Abteilung Internationale Verbindungen beim ZK der SED in Berlin. Von dort kam die Anweisung, bis zur Rückäußerung nichts zu unternehmen. Um 15.50 Uhr desselben Tages teilte ein Mitarbeiter des ZK "kein Interesse" an der Aufnahme mit. Daneben wurde nur noch Kontakt mit dem Verbindungsoffizier der Staatssicherheit aufgenommen, der um 16.15 Uhr darüber informierte, dass ebenfalls die "Meinung auf Ablehnung" bestand. Damit war das Verfahren noch am Tag der Antragstellung beendet. Hasan I. musste wieder ausrei"... Ihre
Zugehörigkeit zum
MfS ist außerhalb
des MfS und
gegenüber anderen
Angehörigen des
MfS dauerhaft zu
legendieren ..."

U-Mitarbeiter-Ordnung Nr. 10/86 vom 22. April 1986

sen, aber man suggerierte ihm, dass er einen schriftlichen Antrag stellen könne und dass dann in einem ordentlichen Verfahren eine Entscheidung getroffen werde. Das war absolut gelogen, diente aber der Wahrung des internationalen Ansehens, was dem SED-Staat sehr wichtig war.

UMA waren MfS-Berufsoffiziere

Der Asylantrag von Hasan I. wurde so abgearbeitet, wie es Innenminister Friedrich Dickel in seiner Dienstvorschrift Nr. 041/77 vom 20. Dezember 1976 als vertrauliche Verschlusssache vorgegeben hatte. Hier heißt es unter Punkt 1.5.8.: "Erfolgt eine Ablehnung des Ersuchens, ist diese der Person nicht mitzuteilen. Sie ist aufzufordern, einen schriftlichen Antrag beim MdI zu stellen."

Besonders interessant ist diese Regelung in seiner Dienstvorschrift unter Punkt 2.1.: "Der Aufenthalt aus anderen politischen Gründen kann Personen gewährt werden, bei denen keine Asylgründe vorliegen, jedoch der Aufenthalt in der DDR wegen ihres Eintretens für den gesellschaftlichen Fortschritt erforderlich wird bzw. aus anderen politischen Gründen, die im staatlichen oder gesellschaftlichen Interesse der DDR oder anderer sozialistischer Staaten liegen."

Jeder international gesuchte Terrorist konnte in der DDR Unterschlupf fin-

den, wenn die SED-Funktionäre der Meinung waren, dass der "gesellschaftliche Fortschritt" die kriminellen Machenschaften rechtfertigte oder wenn das im "Interesse anderer sozialistischer Staaten" war. Die Aufnahmeentscheidung war absolut willkürlich.

Besonders brisante Personen konnten in einem innerstaatlichen Untergrundsystem verschwinden, in das nur wenige eingeweiht waren. Die Staatssicherheit verfügte über eine Struktureinheit, die als eine besondere Geheimgesellschaft innerhalb des Geheimdienstes bezeichnet werden kann. Aufgenommene Ausländer mit Spezialwissen, beispielsweise zu westlichen Waffensystemen und militärischen Strukturen, konnten als sogenannte Unbekannte Mitarbeiter (U-Mitarbeiter, UMA) der Staatssicherheit rekrutiert werden.

Diese hauptamtlich für die Staatssicherheit tätigen Personen unterlagen der höchsten Geheimhaltungsstufe, was sich aus einer erhalten gebliebenen U-Mitarbeiter-Ordnung Nr. 10/86 vom 22. April 1986 ergibt, die als geheime Verschlusssache erlassen wurde. Unter Punkt 2.1. ist zu lesen:

"U-Mitarbeiter sind Angehörige von Diensteinheiten der Abwehr und Aufklärung des MfS, die aufgrund der durch sie zu lösenden speziellen politisch-operativen bzw. operativ-technischen Aufgaben besonderen Anforderungen zur Gewährleistung der Konspiration und Geheimhaltung unterliegen. Ihre Zugehörigkeit zum MfS ist außerhalb des MfS und gegenüber anderen Angehörigen des MfS dauerhaft zu legendieren, wenn erforderlich durch ein Scheinarbeits- bzw. -dienstverhältnis."

U-Mitarbeiter führten ein gründlich abgesichertes Scheindasein in unterschiedlichen zivilen Berufen. Sie hatten sich strikt gegenüber dem sonstigen MfS-Apparat abzugrenzen, und es war ihnen streng untersagt, Gebäude der "offiziellen" Staatssicherheit ohne Genehmigung zu betreten. Sie lebten gemäß ihrer Identitätslegende völlig unauffällig mitten unter der DDR-Bevölkerung, und sie wurden dafür mit allen notwendigen Doku-

menten, wie Schul-/Studienabschlüsse, Sozialversicherungsausweise und Mitgliedsausweise für Partei und Gewerkschaft versorgt. Diese gefälschte Identität kann bis heute Bestand haben.

468 UMA im September 1986

Die Suche nach Personalakten von U-Mitarbeitern, die interessante Auskünfte zu deren Herkunft, Ausbildung und Verwendung hätten geben können, war bisher erfolglos. Offensichtlich wurden diese Akten rechtzeitig vernichtet, was auf die Brisanz dieser Personengruppe hinweist.

Die Forschung geht davon aus, dass U-Mitarbeiter für heimliche Beobachtungen eingesetzt wurden, aber was sich konkret hinter "speziellen politisch-operativen bzw. operativ-technischen Aufgaben" verbarg, ergibt sich aus den noch vorliegenden Akten nicht.

U-Mitarbeiter arbeiteten in "Unbekannten Objekten" (U-Objekten), die eine Deckbezeichnung für die Öffentlichkeit bekamen. Restakten weisen beispielsweise eine U-Basis "Gartenhaus" in der Berliner Chaussee 3 in Frankfurt an der Oder aus, legendiert als "Forschungsinstitut für die Erkundung und Förderung von Erdöl-Erdgas Außenstelle Kartographie", eine U-Basis "Waldesruh" in Müllrose-Landungen, abgedeckt als VEB Kombinat Baukema Arbeitsgruppe Marktforschung, und eine U-Basis "Kiefernhain" in Frankfurt an der Oder Güldendorf, abgedeckt als VEB Geophysik Leipzig Außenstelle III Gruppe Auswertung. Es war ein perfekt inszeniertes, streng geheimes Untergrundsystem.

Wenn ein aufgenommener Ausländer oder Bundesbürger international gesucht wurde und untertauchen musste, so war das U-System ein absolut sicherer Ort. Er bekam eine neue Identität, nur ausgewählte Angehörige des Geheimdienstes wussten, um welche Person es sich handelte, und man konnte ihnen Aufgaben im Verborgenen übertragen.

Wer diesen besonderen "Schutz" der Staatssicherheit bekam, ist völlig unbekannt. Wurden Aussteiger der RAF mit Hilfe dieses U-Systems versteckt? Einige wurden in der DDR enttarnt, doch nach Daniela Klette, Ernst-Volker Staub und Burkhard Garweg wird bis heute gefahndet. Falls diese RAF-Mitglieder mit einer Scheinidentität als U-Mitarbeiter im Untergrund der Staatssicherheit verschwanden, wird es sehr schwer werden, sie zu finden, denn alle Akten wurden offensichtlich rechtzeitig und gründlich vernichtet.

• **Dr. Heidrun Budde** (geboren 1954 in der DDR) war von 1992 bis März 2020 wissenschaftliche Mitarbeiterin an der Juristischen Fakultät der Universität Rostock. Zu ihren Büchern gehört "Verstorbene Babys in der DDR? Fragen ohne Antworten" (tredition 2020)

KULTURKAMPF

Otto von Bismarck gegen Pius IX.

Vor 150 Jahren war der Kanzelparagraph einer der ersten Schachzüge des deutschen Regierungschefs gegen den Papst

VON WOLFGANG KAUFMANN

or eineinhalb Jahrhunderten begann ein Machtkampf zwischen dem preußischen und deutschen Regierungschef Otto von Bismarck sowie dem Oberhaupt der katholischen Kirche von 1846 bis 1878, Pius IX. Es wäre jedoch mehr als oberflächlich, den sogenannten Kulturkampf auf einen Streit zwischen zwei alten weißen Männern zu reduzieren.

Als Folge von Humanismus und Aufklärung und verstärkt durch die Französische Revolution und die Herrschaft des Kaisers der Franzosen Napoleon I. über weite Teile Europas kam es auf dem Kontinent im 19. Jahrhundert parallel mit dem Aufstieg des Liberalismus, dessen Kind der Laizismus ist, zu einer Säkularisierung in Staat und Gesellschaft. Mit der zunehmenden Trennung zwischen Staat und Kirche ging in vielen europäischen Staaten ein Machtkampf zwischen Staat und Kirche einher, ein Abstecken der Claims, eine Teilung der Macht.

Erschwert wurde der Loslösungsprozess von Staat und Kirche durch die Radikalität des konservativen Papstes Pius IX. In dessen Pontifikat beanspruchte die katholische Kirche ein weitgehendes Mitspracherecht in vielen nichtkirchlichen Belangen, basierend auf dem im Jahre 1870 verkündeten Dogma von der Unfehlbarkeit des Papstes und einem sechs Jahre zuvor publizierten "Verzeichnis der Irrtümer" in geistlicher und weltlicher Hinsicht, denen sich jeder gläubige Katholik zu widersetzen habe.

Trennung von Kirche und Staat

Das wertete nicht nur der preußische und deutsche Regierungschef als Kriegserklärung an den modernen aufgeklärten säkularen Staat. In seinem Falle kam jedoch zweierlei erschwerend hinzu. Zum einen war Bismarck Protestant und Preußen noch mehr als das Reich protestantisch dominiert, während die beiden von Bismarck als feindlich und gefährlich eingestuften Nachbarnationen im Westen und im Osten, die Franzosen und die Polen, stark katholisch geprägt waren.

Zum anderen stützte sich Bismarck seit der Indemnitätsvorlage von 1866 auf die Nationalliberalen, und die Trennung zwischen dem Staat, der pluralistisch zu sein habe, auf der einen Seite sowie der Kirche und dem Glauben, der Privatsache



Bismarck und Pius IX. beim Schachspielen: Karikatur von Wilhelm Scholz aus dem "Kladderadatsch" vom 16. Mai 1875

sei, auf der anderen, ist vor allem ein Anliegen des Liberalismus. Es war denn auch mit Rudolf Virchow der Vorsitzende einer liberalen Partei, welcher der heftigen Auseinandersetzung mit der katholischen Kirche 1873 in einer Rede vor dem Preußischen Abgeordnetenhaus die Weihen eines "Kulturkampfes" verlieh.

Dessen Beginn markierte auf Seiten des deutschen Staates vor eineinhalb Jahrhunderten der sogenannte Kanzelparagraph 130a, der am 10. Dezember 1871 auf Beschluss des Reichstages in das Strafgesetzbuch für das Deutsche Reich eingefügt wurde: "Ein Geistlicher oder anderer Religionsdiener, welcher in Ausübung oder in Veranlassung der Ausübung seines Berufes öffentlich vor einer Menschenmenge, oder welcher in einer Kirche, oder an einem anderen zu religiösen Versammlungen bestimmten Orte vor Mehreren Angelegenheiten des Staates in einer den öffentlichen Frieden gefährdenden Weise zum Gegenstande einer Verkündigung oder Erörterung macht, wird mit Gefängniß oder Festungshaft bis zu zwei Jahren bestraft." Dem folgte 1876 eine Ergänzung, durch die auch das Ausfertigen oder Verbreiten von Schriften solcher Art durch Vertreter der Kirche mit derselben Strafe bedroht wurde.

Zu diesem Zeitpunkt hatte der Kulturkampf seinen Höhepunkt erreicht. Vorausgegangene Eskalationsstufen waren diverse weitere legislative Regelungen, die wie der Kanzelparagraph in erster Linie gegen die katholische Kirche zielten. Zu nennen sind hier aus dem Jahre 1872 das preußische Schulaufsichtsgesetz, mit dem der Staat den Religionsgemeinschaften die "Aufsicht über alle öffentlichen und Privat-Unterrichts- und Erziehungs-Anstalten" entzog, und das "Gesetz betreffend den Orden der Gesellschaft Jesu" aus dem Jahre 1875, das den Jesuiten verbot, sich in Deutschland zu betätigen, die reichsweite Einführung der obligatorischen Zivilehe im "Gesetz über die Beur-

kundung des Personenstandes und die Eheschließung" und das umgangssprachlich auch "Brotkorbgesetz" genannte "Gesetz, betreffend die Einstellung von Leistungen aus Staatsmitteln für die römischkatholischen Bistümer und Geistlichen" sowie aus den Jahren 1873, 1874 und 1875 die sogenannten Maigesetze, welche die Einstellung wie Ausbildung von Geistlichen und mögliche Zwangsmaßnahmen gegen diese regelten sowie die Auflösung weiterer Ordensniederlassungen verfügten. Während des Kulturkampfes wurden rund 1800 katholische Geistliche inhaftiert und Kircheneigentum im Wert von 16 Millionen Goldmark (rund 121 Millionen Euro) eingezogen.

Das harte Vorgehen gegen die Kirche erwies sich allerdings als kontraproduktiv. Zwar konnte der Staat sein weltliches Machtmonopol tatsächlich deutlich ausbauen, jedoch führten die Sanktionen und Diskriminierungen zu einem stärkeren Zusammenhalt unter der katholischen

Bevölkerung. Die katholische Zentrumspartei, die sich zu Beginn des Kulturkampfes bei der ersten Reichstagswahl seit der Reichsgründung vom 3. März 1871 noch mit 18,6 Prozent hinter Nationalliberalen und Konservativen mit Platz 3 hatte begnügen müssen, schob sich bei der nächsten Reichstagswahl vom 10. Januar 1874 mit 27,9 Prozent auf Platz zwei vor. Diesen zweiten Platz konnte der politisch organisierte Katholizismus bei der nächstfolgenden Wahl vom 10. Januar 1877 mit 24,8 Prozent halten.

Entscheidungsjahr 1878

Das nachfolgende Jahr war für den Kulturkampf gleich in doppelter Hinsicht von großer Bedeutung. Zum einen leitete Bismarck seine konservative Wende von 1878/79 ein. Statt mit den Nationalliberalen gegen das Zentrum ging es nun mit den Konservativen gegen die Sozialdemokratie. Zum anderen starb Papst Pius IX. Ihm folgte der ungleich konziliantere und liberalere "Arbeiterpapst" Leo XIII. Das waren gute Rahmenbedingungen für eine Beendigung des Kulturkampfes.

Dessen sukzessives Ende markierten die drei "Milderungsgesetze" von 1880, 1882 und 1883 sowie die beiden "Friedensgesetze" von 1886 und 1887, mit denen viele der Restriktionen wieder aufgehoben wurden. Daraufhin erklärte Leo XIII. am 23. Mai 1887, "der Kampf, welcher die Kirche schädigte und dem Staat nichts nützte", sei beendet.

Der Kanzelparagraph blieb allerdings vorerst weiterhin gültig wie auch das Verbot des Jesuitenordens und die Regelungen zur Schulaufsicht und Zivilehe. In der Folgezeit kam es jedoch zunächst zu keinen neuerlichen Verurteilungen wegen eines Verstoßes gegen diese Strafrechtsnorm. Das änderte sich erst mit der "Machtergreifung" der Nationalsozialisten. Nun mussten erneut Geistliche wegen ihrer Predigten ins Gefängnis.

Der Kanzelparagraph überlebte nach dem Kaiserreich und der Weimarer Republik auch das Dritte Reich. In der Bundesrepublik wurde er 1953 durch den Artikel 2 des Dritten Strafrechtsänderungsgesetzes aufgehoben, und in der DDR erst 1968 mit einer Strafrechtsreform ersatzlos aus dem Strafgesetzbuch gestrichen, nachdem vorher noch Prediger wie Georg Herche oder Reinhold George unter Verweis auf den Paragraphen ins Gefängnis gesteckt worden waren.

RICHARD SCHIRRMANN

Vater der Jugendherberge

Der in Ostpreußen geborene Mitbegründer des DJH starb vor 60 Jahren in Hessen

Richard Schirrmann kam vom Land. Bis zum 15. Lebensjahr ging er auf die von seinem Vater geleitete einklassige Schule des Dorfes Grunenfelde, Kreis Heiligenbeil, in dem er am 15. Mai 1874 zur Welt gekommen war. Danach besuchte er die von seinem Großvater geführte zweiklassige Schule des unweit gelegenen Dorfes Eisenberg. Wie Vater und Großvater wurde auch er Lehrer. Nach einer entsprechenden Ausbildung in Ostpreußen und ersten Einsätzen in zweiklassigen Dorfschulen in Königshöhe, Kreis Lötzen und Schrombenen, Kreis Preußisch-Eylau verschlug es ihn 1901 nach Gelsenkirchen. Das Landkind litt unter der Umweltverschmutzung des Ruhrpotts. "Als ich ein Bad in der Emscher nahm, kam ich wie ein geteerter Regenwurm wieder heraus", erzählte er später.

Ein Freund des Wanderns war der Lehrer schon vorher gewesen. Nun kam der Wunsch hinzu, den Industriestadt-kindern Erholung in einer gesunden Umgebung zu gönnen. Entsprechend viele Wandertage nahm er ins Schulprogramm. Das brachte ihm allerdings Probleme mit der Schulaufsicht ein, und er wurde 1903 nach Altena ins Sauerland versetzt.

Dort errichtete er 1907 probeweise im Lehrmittelraum einer Schule die erste Jugendherberge der Welt. In der Folge boten weitere Schulen in der Ferienzeit wandernden Jugendlichen Übernachtungsmöglichkeiten. Zu diesen Schulen kam 1912 die wiederhergestellte Burg Altena. Aus dieser weiteren Ferienherberge entstand 1914 die weltweit erste eigen-



Richard Schirrmann vermutlich in den 20er Jahren Foto: DJH-Hauptverband

ständige Jugendherberge. Und Schirrmann wurde ihr erster Herbergsvater.

Dem Preußen schwebte ein ganzes Netz von Jugendherbergen vor, die einen Tagesmarsch voneinander entfernt sein sollten, sodass der Jugendliche beim Reisen auf keine anderen Übernachtungsmöglichkeiten angewiesen war. Hierzu gründete er mit hochrangigen Funktionsträgern des Sauerländischen Gebirgsvereins das heute 2,38 Millionen Mitglieder zählende Deutsche Jugendherbergswerk (DJH).

Schirrmanns Idealismus zeigt sich auch darin, dass er als Freiwilliger am Ersten Weltkrieg teilnahm. Nach dem Krieg ließ er sich 1922 vom Schuldienst befreien und widmete sich ganz dem Aufbau eines Jugendherbergsnetzes. Und das auch über Deutschlands Grenzen hinaus. Nach

der Gründung eines internationalen Dachverbandes der nationalen Jugendherbergsverbände war Schirrmann 1933 bis 1936 dessen erster Präsident

Nach deren "Machtergreifung" versuchte Schirrmann sich mit den Nationalsozialisten zu arrangieren. Die nahmen ihm jedoch seine internationalen Aktivitäten übel und nötigten ihn, sich ins Privatleben zurückzuziehen.

Seine schlechte Behandlung durch die Nationalsozialisten und sein guter Ruf im Ausland erleichterten es Schirrmann nach dem Kriege, sein völkerverständigendes Werk in der Bundesrepublik fortzusetzen. Vielfach geehrt durch Staat und Gesellschaft starb Schirrmann am 14. Dezember 1961 im hessischen Grävenwiesbach.

Manuel Ruoff

MENSCH & ZEIT 12 Nr. 49 · 10. Dezember 2021 Preußische Allgemeine Zeitung

VON DAGMAR JESTRZEMSKI

erminlich genau abgestimmt, veröffentlichten Wissenschaftler des Forschungszentrums Jülich (FZJ) zwei Tage vor der Bekanntgabe des Koalitionsvertrags am 25. November eine noch von der alten Bundesregierung in Auftrag gegebene Kostenberechnung für den Umbau des Energiesystems hin zu Erneuerbaren Energien und einer "klimaneutralen" Energiewirtschaft. Nach dem Willen der alten wie auch der künftigen Bundesregierung soll Deutschland bis 2045 CO₂-neutral werden und damit fünf Jahre früher als EU-weit. Strom und Wasserstoff sollen komplett aus Erneuerbaren Energien erzeugt werden.

Laut der Simulationsanalyse der Jülich-Forscher wird die Energieversorgung durch den Aufbau der neuen Energieversorgungsstruktur für die Wirtschaft und die Stromverbraucher jährlich mindestens 40 Milliarden Euro teurer als unter den jetzt herrschenden Bedingungen. Der Kostenberechnung liegt ein Strommix aus Fotovoltaik, Biomasse, Geothermie und anderen Quellen mit der Windenergie als Säule der Energiewende zugrunde.

Für die Bürger ist es eine schlechte Nachricht, dass die Belastung durch hohe Strompreise bleibt und weiter zunehmen wird. Geschuldet ist dies den hohen Investitionskosten für immer mehr neue und "repowerte" Wind- und Solarstromanlagen mit vergleichsweise kurzer Lebensdauer. Bereits nach zehn Jahren geht der Wirkungsgrad von Windparks stetig zurück. Am teuersten ist der Offshore-Anteil am Windstrom, der von heute vier Prozent auf 25 Prozent steigen soll.

"Linke Tasche, rechte Tasche"

Die neuen Ausbauziele sind 20 Gigawatt (GW) Offshore-Anteil bis 2030 und 40 GW bis 2040. Seit dem Ende des EEG-Förderzeitraums 2020 werden die Erlöse, die der Windstrom erzielt, von den schwankenden Marktpreisen an der Strombörse bestimmt. Jetzt fordert die Offshore-Branche von der Bundesregierung eine neue Garantie für die Windparkbetreiber. Man bezieht sich dabei auf eine Einschätzung des Bundeswirtschaftsministeriums (BMWi), wonach "nicht in allen Fällen davon ausgegangen werden kann, dass eine wirtschaftliche Realisierung von Windenergieanlagen auf See ohne zusätzlichen Förderbedarf mög-

Unter Hinweis darauf verlangen die Branchennetzwerke vom BMWi die Zulassung sogenannter beidseitiger Differenzverträge im Bieterverfahren für Windkraftprojekte. Gleichzeitig schlagen sie vor, die EEG-Umlagekosten in einen steuerfinanzierten Fonds auszulagern.

Der Bundestag lehnte im vergangenen Jahr die Genehmigung von Differenzverträgen ab, "weil damit die Fördernotwendigkeit für erneuerbare Energien (und gegebenenfalls für andere neue Technologien im Strommarkt) dauerhaft manifestiert" werde. Sollte die neue Bundesregierung auf die Forderung der Windindustrie eingehen, müsste sie eine neue Kostenberechnung für den Umbau des Energiesystems erstellen. Die Kosten würden dann wegen bleibender externer Effekte sinken, die Stromkunden aber infolge der steigenden Systemkosten nach dem Prinzip "linke Tasche, rechte Tasche" nicht ent-, sondern erneut belastet werden.

Starker politischer Einfluss

Nun zum FZJ: Das Forschungszentrum finanziert seine Projekte und die Gehälter der 6800 Mitarbeiter im In- und Ausland zu mehr als 90 Prozent aus öffentlichen Geldern. Die Mittel kommen überwiegend vom Bund und zum kleineren Teil vom Land Nordrhein-Westfalen. Der Rest entsteht durch die Zusammenarbeit mit der Wirtschaft. Dementsprechend wird der Aufsichtsrat der Forschungszentrum



Wo die Rohstoffe für E-Auto-Batterien geschürft werden: Kupfer-Kobalt-Mine in der kongolesischen Region Katanga

Die wahren Kosten der Energiewende werden hemmungslos kleingerechnet

Eine Studie klammert die externen Belastungen durch den Ausbau der Solar- und Windkrafterzeugung einfach aus. Auch die ökologischen und gesundheitlichen Einschnitte werden ignoriert

Jülich GmbH von der Bundesregierung und vom Land NRW dominiert: Vier der metral entgegen. Flächenfraß und Land- sene individuelle Tötungsverbot von doch nicht, um die Auswirkungen auf die zwölf Posten besetzt der Bund und einen schaftszerstörung, Wertverlust von Im- Wildtieren zukünftig aus Gründen des Wind- und Wettersysteme besser zu verdas Land NRW. Als Aufsichtsratsvorsitzender fungiert ein Vertreter des Bundesministeriums für Bildung und Forschung. Ist also die kraft Grundgesetzartikel 5 Absatz 3 garantierte Freiheit der Forschung überhaupt noch denkbar?

Tunnelblick auf "Treibhausgas"

Im Dezember 2016 kritisierte der Bundesrechnungshof die Klimapolitik der Bundesregierung: Diese habe keinen Überblick über die finanziellen Auswirkungen der Energiewende. Fragen wie "Was kostet die Energiewende den Staat oder was sollte sie ihn kosten?" würden nicht gestellt und blieben somit unbeantwortet. Inzwischen liegt eine verspätete Kostenberechnung vor, jedoch ohne Erwähnung der externen Kosten der Energiewende, geschweige denn deren Bezifferung. Jedes solide privatwirtschaftliche Unternehmen erwartet, dass seine Berater die internen und externen Kosten miteinander verrechnen, damit der betriebliche Fortbestand gewährleistet ist - nicht so die alte Bundesregierung.

Die Ökobilanz von Strom aus Windkraft und Fotovoltaik ist verheerend, wird aber geschönt durch den ausschließlichen Blick des Umweltbundesamtes auf die "Treibhausgas"-Potentiale im Vergleich mit der konventionellen Stromerzeugung.

Weltweit zahlen die Bewohner der ländlichen Regionen einen hohen Preis für den Ausbau des angeblich "grünen" und "sauberen" Wind- und Solarstroms. Denn die Klimapolitik einer abgehobenen Elite steht unserem Nachhaltigkeitsziel wie auch dem Gebot der Verhältnismäßigkeiten in unserer Verfassung diamobilien, gesundheitliche Probleme zahlloser Menschen durch den Lärm der Windräder, Heimatentfremdung und Landflucht, Einbußen im Bereich des Tourismus sind bekannte, aber unzureichend dokumentierte Begleiterscheinungen der massiv ausgebauten Windund Solarenergie auch für die elektrifizierte Mobilität.

Ausgelagert aus der Kostenrechnung, verdrängt und abgespalten, nimmt auch weit entfernt von uns im globalen Süden die Zerstörung der Lebensräume von Menschen, Pflanzen und Tieren durch einen exzessiven Bergbau ihren Lauf. Unser maßloser Rohstoffhunger auf Metalle für den Bau von demnächst 300 Meter hohen Windrädern und immer größeren Batteriespeichern für unser Stromversorgungssystem wird rücksichtslos befriedigt.

"Die Bedeutung und die Vielfalt der Speicheranwendungen ist bereits hoch und nimmt weiter zu" (Bundesnetzagentur, März 2021) - und damit ein neuer Kolonialismus der Industrienationen, der wie sein historisches Vorbild auf Unrecht fußt. Der "Spiegel" veröffentlichte dazu vor einigen Wochen eine aufrüttelnde Reportage. Es fehlte jedoch die Stellungnahme: Das ist moralisch nicht zu rechtfertigen!

Umweltzerstörung hingenommen

Da seit 2020 immer mehr ausgediente Windräder zurückgebaut werden müssen, sind Probleme durch damit verbundene Materialschlachten unausweichlich. Externe Kosten fallen an, wenn das vom

Europäischen Gerichtshof im März erlas-"öffentlichen Interesses" missachtet werden sollte. Durch die Festlegung auf ein CO2-zentriertes Weltbild erhielt der Schutz der Biodiversität und damit unseres Lebens, so wie wir es kennen, fatalerweise eine nachrangige Bedeutung. Politiker, die "Fridays for Future"-Jugend und zahllose Medienleute nehmen Umweltzerstörung und den Tod ungezählter Vögel, Fledermäuse und Insekten als Preis für den Ausbau der Erneuerbaren Energien stillschweigend hin, wenn sie mehr "Klimaschutz" und die Elektrifizierung der Mobilität durch "grünen" Strom ein-

Einwände prallen an der Politik ab

Was nützt aber ein "vorbildliches, klimaneutrales" Deutschland seiner Bevölkerung und dem Rest der Welt, wenn es hier in 20 Jahren kaum noch Vögel auf den Feldern und zu wenig Insekten und damit keine Pflanzenbestäuber mehr gibt? Deutschland sollte sich bei der Verurteilung der Regenwaldrodung zurückhalten, da die Bedeutung der Wälder für das Klima im eigenen Land ohne Weiteres relativiert wird, wenn es um den Ausbau der Windkraft geht. Das gipfelt in der Anpreisung der angeblich klimaneutralen Holzverbrennung. Aufrufe von Wissenschaftlern zur Änderung dieser offenkundigen Fehlbewertung prallen an der obersten politischen Ebene ab.

Auch in diesem Jahr ließen Regierungen in aller Welt die regionale Abnahme der Windgeschwindigkeiten (die PAZ berichtete) infolge der fortschreitenden Abschöpfung von Strömungsenergie durch

wissenschaftliche Studien prüfen - jestehen, sondern um noch "freie Plätze" für eine gewinnträchtige Windausbeute ausfindig zu machen. Auf eine diesbezügliche Anfrage erteilte das Deutsche Luftund Raumfahrtzentrum die vielsagende Auskunft: "Die externen Kosten der Erneuerbaren Energien sind erst ansatzweise erforscht."

Aus einem Institut wie dem FZJ wird vermutlich keine abweichende Haltung oder Stellungnahme einzelner Wissenschaftler nach außen dringen. Etwa die Forderung, die Bundesregierung möge Milliarden Euro in die Entwicklung kleiner, moderner Reaktoren stecken wie Frankreich und immer mehr Länder weltweit. Bund und Länder investierten stattdessen Milliarden in die Windkraft-Forschung. Zerstörte Landschaften und Verwüstungen lassen sich aber nicht erneuern oder rückgängig machen.

Wundern über Deutschland

Auch China investiert in die Fotovoltaik und die Windkraft, baut aber zudem Kohle- und Gas- sowie Atomkraftwerke als Zwischenlösung, und forscht gleichzeitig massiv zur wahrscheinlichen Schlüsseltechnologie Kernfusion. Nicht nur in China dürfte erhebliche Verwunderung über Deutschlands eingleisiges Modell der Energieerzeugung herrschen, ein Modell, das mit einer schwankenden Stromerzeugung und externen Kosten in unverhältnismäßigem Umfang verbunden ist. Deren Berechnung verweigert die Regierung bisher. Es werden aber Forderungen nach finanzieller Entschädigung auf dem Tisch liegen und zu begleichen sein.

Nr. 49 · 10. Dezember 2021 Preußische Allgemeine Zeitung **Gegründet 1950**

KÖNIGSBERG

Schlossüberreste werden "gesichert"

Konservierung durch Verfüllung statt dem von Anton Alichanow angekündigten gläsernen Sarkophags

VON JURIJ TSCHERNYSCHEW

in "Sarkophag für Milliarden" werde benötigt, um die Ruinen des Königberger Schlosses in der Nähe des Hauses der Räte zu erhalten. Diese Aussage stammt von Jewgenij Maslow, dem Leiter des regionalen Denkmalschutzdienstes. "Sehen Sie, es gab eine Holzdecke zum Schutz der Ruinen, das Dach war mit Dachpappe gedeckt - das alles half nicht. Es ist notwendig, einen Sarkophag aus Kristall als Dornröschensarg für Milliarden herzustellen", so Maslow.

Einige Fragmente der Ziegelmauerreste, die während der Ausgrabungsarbeiten freigelegt worden waren, sind durch Umwelteinflüsse und natürlichen Bodendruck angegriffen worden. Dies hat zur weiteren Verrottung der ausgegrabenen Elemente des Schlossfundaments geführt. Um eine weitere Verschlechterung zu verhindern, wurde nun beschlossen, die Überreste zu konservieren. Die Arbeiten umfassen die Verstärkung der erhaltenen Elemente und die anschließende Verfüllung mit chemisch neutralem Boden. Die Konservierung durch die vorübergehende Verfüllung von dokumentierten Ausgrabungen ist eine gängige Methode der Archäologie. Damit sollen die entdeckten Ruinen von Beschädigungen oder Veränderungen verschont bleiben, bis eine Entscheidung über ihre weitere Verwendung gefällt ist.

Gängige Methode der Archäologen

Der Gouverneur des Königsberger Gebiets, Anton Alichanow, hatte die künftige Vorgehensweise bereits 2017 angekündigt: "Wir werden zuerst die Ausgrabungen einmotten, wir werden es wie in Griechenland machen. Wir werden einen



Augenblicklich ungeschützt Wind und Wetter ausgesetzt: Die kümmerlichen Reste des Schlossfundaments

Sarkophag aus Glas bauen, damit man sich diese Ruinen ansehen kann." Vor der Fußballweltmeisterschaft 2018 hatten die regionalen Behörden erkannt, dass die Ausgrabungsstätte eine Attraktion für Touristen sein könnte und nahmen einige Verbesserungen vor. Sie ließen den Bauzaun entfernen und installierten eine Beleuchtung. Doch nun kamen sie zu dem Schluss, dass es billiger und einfacher sei, die Reste des Fundaments zu

vergraben. Für die Konservierung der

Ruinen sollen umgerechnet knapp 60.000 Euro ausreichen.

Ausgrabungen 2001 begonnen

Auf dem kleinen Areal an der Stelle, an der das Königsschloss stand, wurden im Jahr 2001 mit Unterstützung des "Spiegel" archäologische Ausgrabungen in der Nähe des Rätehauses durchgeführt. Die Arbeiten wurden von Archäologen der Baltischen Expedition des Instituts für Archäologie der Russischen Akademie der Wissenschaften durchgeführt und vom "Spiegel" finanziert. Es wurde auch nach dem Bernsteinzimmer gesucht, das man in den Kellern der ehemaligen Weinstube Blutgericht vermutet hatte. Das Bernsteinzimmer wurde allerdings nicht gefunden. Dafür gab es viele andere interessante Funde: verschiedene Haushaltsgegenstände, Waffenteile und sogar Speerspitzen.

Ob die ausgegrabenen Überreste jemals wieder freigelegt werden, ist eine offene Frage.

MELDUNGEN

Igor Sarembo verstorben

Königsberg – Am 1. Dezember ist der bekannte Fotograf und seit 1993 Herausgeber des "Königsberger Express", Igor Sarembo, im Alter von 73 Jahren verstorben. Sarembo war nicht nur für die russischen Agenturen ITAR-TASS und RIA Novosti tätig, sondern auch für Ullstein, France-Press, EPA, Getty und andere. Besonderen Anklang fanden seine Fotoausstellungen zu Themen wie "Die Bäume Königsbergs", "Kurische Nehrung" oder "Meine Stadt". Unter anderem zeigte er seine Bilder in der Handelskammer Hamburg. Daneben gab Sarembo einen Bildband über die "Kurische Nehrung" sowie einen über "Stadt und Menschen" heraus. Gouverneur Anton Alichanow sprach auf Instgram sein Bedauern darüber aus, dass die Stadt einen talentierten Fotografen verloren habe. MRK

Trauer um Horst Zander

Hamburg - Am 29. November 2021 verstarb in seiner pommerschen Heimat der langjährige Redakteur des Ostpreußenblattes Horst Zander. Erst am 8. Oktober konnte unser Kollege auf seinem Hof in Schimmerwitz Wald [Siemirowice Pomorze] seinen 90. Geburtstag feiern (siehe die Würdigung in der PAZ 40/2021).

Horst Zander war von 1967 bis 1995 Redakteur dieser Zeitung und betreute vor allem die Heimat- und Kulturseiten. Damit war er vielen Lesern ein allwöchentlicher Begleiter. Die Nachricht von seinem Ableben erfüllt die Redaktion mit tiefer Trauer. Wir werden Horst Zander ein ehrendes Andenken bewahren. René Nehring

WOIWODSCHAFT ERMLAND UND MASUREN

Allenstein feiert den 103. Jahrestag der Unabhängigkeit Polens

Nach Corona-Pause im vergangenen Jahr herrschte nun auf dem Platz der Solidarität ein reges Treiben

Am 11. November findet in der Republik Polen der Unabhängigkeitstag mit Demonstrationszügen und verschiedenen Veranstaltungen statt. Da Massenveranstaltungen im Vorjahr wegen der Corona-Auflagen nicht stattfinden durften, freuten sich die Bürger Allensteins umso mehr, dass das 103. Jubiläum der Wiedererlangung der Unabhängigkeit Polens 1918.

An den Feierlichkeiten nehmen keine rechtsradikalen Gruppierungen teil, die wie in der Hauptstadt faschistische Sprüche skandieren oder Transparente mit rassistischen Slogans tragen. Noch nie kam es im südlichen Ostpreußen zu schockierenden Zwischenfällen wie in der Stadt Kalisch, wo Antisemiten auf dem Stadtmarkt auftraten und den Text des Statuts von Kalisch verbrannten, ein Toleranzprivileg für Juden, das im 13. Jahrhundert von Herzog Bolesław dem Frommen erlassen worden war.

Schätzungen zufolge nahmen mehrere tausend Einwohner der Regionshauptstadt an der Feier teil. Sie begann mit einer heiligen Messe in der Jakobskathedrale in Allenstein, der Erzbischof Józef Górzyński, Metropolitanerzbischof von Ermland, vorstand. Von dort aus marschierten die Teilnehmer, begleitet von Ehrenkompanien, zum Platz der Solidarität (Plac Solidarności). Durch die Straßen zogen Erwachsene, Jugendliche und Kinder. Viele hielten in ihren Händen weiß-rote Fahnen. Einige ließen sich mit Nationalfarben ihre Gesichter bemalen. Den Festzug eröffneten die aus unterschiedlichen Militäreinheiten bestehenden Soldatenkolonnen, daraufhin folgten

Ehrenformationen der Feuerwehr, der Polizei, des Zolls und der Pfadfinder. Dem Menschenzug folgte eine Eskorte von Oldtimern.

Auf dem Platz der Solidarität in der Kleebergerstraße begann die wichtigste Zeremonie. Am Denkmal für die Freiheit der Heimat wurden weiß-rote Blumenkränze niedergelegt. Traditionelle Bestandteile der Jubiläumsfeier sind das Abspielen der Nationalhymne, das His-

Fand großes Interesse: Panzer während der Feier zum Unabhängigkeitstag Foto: D.K.

sen der Flagge am Mast sowie eine Ehrensalve, nach der die Offiziellen ihre Reden hielten.

Der Woiwode Artur Chojecki ergriff das Wort als Erster und bezog sich auf die Bedeutung des Begriffs Patriotismus sowie auf die gespannte Situation an der polnisch-weißrussischen Grenze: "Patriotismus bedeutet nicht nur, Blut zu vergießen und sein Leben für die Verteidigung seines Heimatlandes zu geben. Wenn wir jedoch einen Blick in die Vergangenheit unseres Landes werfen, können wir feststellen, dass dies oft der Fall war. (...) Die letzten anderthalb Jahre waren ein Kampf gegen die Pandemie. Um den Auswirkungen von COVID-19 entgegenzuwirken, müssen wir alle eine ehrliche Staatsbürgerschaft und echten Patriotismus an den Tag legen, denn unsere Sorge gilt der Sicherheit der Polen. Der Schutz der Grenzen ist auch ein Indikator für die Sicherheit des Staates und der Nation. Wir alle wissen, was an der Ostgrenze Polens geschieht, die auch die Grenze der Europäischen Union und der NATO ist. Diese dramatischen Ereignisse zeigen, wie sich das Bild der modernen Welt verändert und dass die polnische

Souveränität vor unseren Augen bedroht wird." Der stellvertretende Marschall der Woiwodschaft Ermland-Masuren, Marcin Kuchciński, betonte den Wert der

Stadtpräsident Piotr Grzymowicz verwies hingegen in seinen Worten auf die berüchtigten Vorfälle der vergangenen Jahre in Warschau während der Feierlichkeiten zum 11. November: "Das kollektive Erinnern an die Ereignisse vor über hundert Jahren sollte uns zum Nachdenken anregen: Wo stehen wir heute als Land (...). Ich bin froh, dass wir zumindest in Allenstein zeigen können, dass man an diesem Tag eine Sprache sprechen und danach suchen kann, was uns verbindet (...)"

Ein wesentlicher Bestandteil der Feier auf dem Platz der Solidarität war die Präsentation von Militärausrüstung. Den größten Eindruck auf die Kinder machten ein Transportpanzer sowie ein Panzerwagen, auf die sie kletterten, um ins Innere der Militärfahrzeuge zu steigen. Auch Einsatzkräfte wie Polizei, Grenzschutz, Feuerwehr oder Straßenverkehrskontrolle zeigten ihre Fahrzeuge und Dawid Kazański Ausrüstung.

ANZEIGE

GLÜCKWÜNSCHE

Wir gratulieren...



ZUM 101. GEBURTSTAG

Brandstädter, Margarete, geb. Berkoben, aus Eydtkau, Kreis Ebenrode, am 16. Dezember

ZUM 100. GEBURTSTAG

Boy, Gertrud, geb. Wiertschoch, aus Borken, OT Niederhorst, Kreis Lyck, am 14. Dezember

Bradler, Richard, aus Groß Allendorf, Kreis Wehlau, am 16. Dezember

Holzapfel, Ursula, geb. Metauge, aus Groß Kuhren, Kreis Fischhausen, am 15. Dezember

ZUM 98. GEBURTSTAG

Gruber, Edeltraud, geb. Klipp, aus Bieberswalde, Kreis Wehlau, am 7. Dezember

Nissen, Ingrid, geb. Liedtke, aus Tawe, Kreis Elchniederung, am 10. Dezember

Pietrass, Frieda, aus Großkrösten, Kreis Lötzen, am 13. Dezember

Sallewsky, Christel, aus Lyck, Yorkplatz 4, am 14. Dezember

ZUM 97. GEBURTSTAG

Dauner, Hans, aus Tapiau, Kreis Wehlau, am 12. Dezember Leymann, Otto, aus Birkenwalde, Kreis Lyck, am 14. Dezember

Nagat, Frieda, aus Klein Friedrichsgraben, Kreis Elchniederung, am 15. Dezember

Sagorski, Irmgard, geb. Grytzo, aus Prostken, Kreis Lyck, am 12. Dezember

ZUM 96. GEBURTSTAG

Baumgardt, Resi, geb. Petrick, aus Altengilge, Kreis Elchniederung, am 11. Dezember

Brakensiek, Waltraut, geb. Prieur, aus Prostken, Kreis Lyck, am 13. Dezember

13. Dezember Fricke, Christel, aus Lyck, am

10. Dezember

Kern, Hiltraut, geb. Küchen, aus Wildwiese, Kreis Elchniederung, am 13. Dezember

Kristan, Silvia, aus Grabnick, Kreis Lyck, am 14. Dezember Zieglowski, Erhard, aus Lyck, am 16. Dezember

ZUM 95. GEBURTSTAG

Böhme, Christel, geb. Dous, aus Cranz, Kreis Fischhausen, am 15. Dezember

Drechsler, Irene, geb. Plaumann, aus Thomsdorf, Kreis Heiligenbeil, am 16. Dezember

Haecks, Monika, geb. Krajewski, aus Rummau, Kreis Ortelsburg, am 16. Dezember

Kais, Irmgard, geb. Mitzkatis, aus Kuckerneese, Kreis Elchniederung, am 13. Dezember

Kutz, Bruno, aus Lisken, Kreis Lyck, am 10. Dezember

Mitschke, Brigitte, aus Canditten, Kreis Preußisch Eylau, am 14. Dezember

Oestmann, Elfriede, geb. Mrotzek, aus Seedorf, Kreis Lyck, am 16. Dezember

Rang, Christine, geb. Kannenberg, aus Lyck, am 15. Dezember Schüssler, Frieda, geb. Neumann, aus Nareythen, Kreis Ortelsburg, am 16. Dezember

Wilk, Elfriede, aus Lyck, am 13. Dezember

ZUM 94. GEBURTSTAG

Ceranski, Kurt, aus Lindenort, Kreis Ortelsburg, am 16. Dezember Fabian, Helmut, aus Lübeckfelde, Kreis Lyck, am 11. Dezember

Kießling, Irmgard, geb. Borawski, aus Ehrenwalde, Kreis Lyck, am 11. Dezember

Kühl, Charlotte, geb. Possekel, aus Rauschen, Kreis Fischhausen, am 16. Dezember

Lenski, Kurt, aus Mensguth, Kreis Ortelsburg, am 10. Dezember Sakrzewski, Erwin, aus Waldburg, Kreis Ortelsburg, am 15. Dezember

Schwill, Harry, aus Klein Steegen, Kreis Preußisch Eylau, am 14. Dezember

Wohlgemuth, Margarete, geb. Herrnfeld, aus Rodenau, Kreis Lötzen, am 16. Dezember

ZUM 93. GEBURTSTAG

Grosmann, Hans-Joachim, aus Lötzen, am 16. Dezember Klocke, Gertrud, geb. Blädtke, aus Groß Hanswalde, Kreis Moh-

rungen, am 11. Dezember **Dogge**, **Kurt**, aus Mohrungen, am am 3. Dezember

> Kowalzik, Arnold, aus Moschnen, Kreis Treuburg, am 16. De-

Krupinski, Hildegard, geb. Sambill, aus Rauschenwalde, Kreis Lötzen, am 13. Dezember

Laskowski, Christel, aus Georgsfelde, Kreis Lyck, am 10. Dezember Leibiger, Marga, geb. Feuersänger, aus Steilberg, Kreis Elchniederung, am 14. Dezember

Schülke, Renate, geb. Odenbach, aus Gedwangen, Kreis Neidenburg, am 14. Dezember

Seeger, Heinz, aus Fuchshügel, Kreis Wehlau, am 15. Dezember

Steinbrücker, Klaus, aus Allenburg, Kreis Wehlau, am 8. Dezember

Ulrich, Luise, geb. Poewe, aus Weißensee, Kreis Wehlau, am 12. Dezember

Weber, Alfred, aus Groß Trakehnen, Kreis Ebenrode, am 13. Dezember

Wermke, Alfred, aus Ebenrode, am 14. Dezember

ZUM 92. GEBURTSTAG

Czerwinski, Ernst, aus Lyck, am 16. Dezember

Lojewski, Rosemarie, aus Grabnick, Kreis Lyck, am 13. Dezember Lüders, Erna, aus Gudden, Kreis Pogegen, am 13. Dezember

Powilleit, Ruth, geb. Mosdzen, aus Grünflur, Kreis Ortelsburg, am 16. Dezember

Przykopp, Edith, geb. Marchut, aus Garbassen, Kreis Treuburg, am 14. Dezember

Schröder, Hildegard, geb. Hering, aus Rosenheide, Kreis Lyck, am 13. Dezember

Späth, Margarete, geb. Wawrzyn, aus Steinberg, Kreis Lyck, am 13. Dezember

ANZEIGE



ZUM 91. GEBURTSTAG

Dietz, Helga, geb. Tolksdorf, aus Rauterskirch, Kreis Elchniederung, am 10. Dezember

Gottowski, Horst, aus Eydtkau, Kreis Ebenrode, am 11. Dezember

Herrmann, Helmut, aus Satticken, Kreis Treuburg, am 15. Dezember

Kruska, Horst, aus Gellen, Kreis Ortelsburg, am 10. Dezember Möbus, Christel, geb. Hufenbach, aus Neu Trakehnen, Kreis

Ebenrode, am 12. Dezember Klönner, Hermann, aus Wehlau, Mrotzek, Horst, aus Altenkir- 12. Dezember zember

Neckritz, Gerhard, aus Groß Wilmsdorf, Kreis Mohrungen, am 16. Dezember

Nohdurft, Gerda, geb. Knopp, aus Treuburg, am 16. Dezember Pallasch, Willi, aus Kaspersguth, Kreis Ortelsburg, am 14. De-

Reisen, Ella, geb. Dams, aus Rauerskirch, Kreis Elchniederung, am 16. Dezember

Reiß, Willi, aus Ebenrode, am 10. Dezember Scheffler, Ulrich, aus Genslack,

Kreis Wehlau, am 16. Dezember

Ziegner, Elfriede, geb. Dwojakowski, aus Deutscheck, Kreis Treuburg, am 11. Dezember

Schöneburg, Wolfgang, aus Pa-

terswalde, Kreis Wehlau, am 4. De-

Vierte Auflage, 267 S.,

13,90 EUR (portofrei)

ZUM 90. GEBURTSTAG

Breiksch, Horst, aus Paterswalde, Kreis Wehlau, am 11. Dezember Butter, Hildegard, geb. Vetter, aus Eydtkau, Kreis Ebenrode, am 16. Dezember

David, Johann, aus Großheidenau, Kreis Ortelsburg, am 15. Dezember

Galler, Eitel, aus Kuckerneese, Kreis Elchniederung, am 10. De-

Gonner, Helga, geb. Weichler, aus Hagenau, Kreis Mohrungen, am 16. Dezember

Grunau, Paul, aus Mohrungen, am 10. Dezember

Jonashoff, Inge, geb. Penellies, aus Altginnendorf, Kreis Elchnie-

derung, am 14. Dezember Käsch, Christel, geb. Kotowski, aus Wittenwalde, Kreis Lyck, am 16. Dezember

Linnemann, Ruth Elisabeth, geb. Wengelnik, aus Roggen, Kreis Neidenburg, am 12. Dezember

Reimer, Elsa, geb. Marquardt, aus Tapiau, Kreis Wehlau, am 3. Dezember

Samsel, Christel, geb. Stobbe, aus Loye, Kreis Elchniederung, am

chen, Kreis Ortelsburg, am 14. De- Schmidt, Ursula, geb. Mikat, aus Kuckerneese, Kreis Elchniederung, am 12. Dezember Szillies, Egon, aus Kleinerlenro-

de. Kreis Elchniederung, am 11. Dezember

ZUM 85. GEBURTSTAG

Bandowski, Herbert, aus Reipen, Kreis Wehlau, am 10. Dezember

Bellgardt, Alfred, aus Britannien, Kreis Elchniederung, am 16. Dezember

Blaurock, Herbert, aus Luckau, Kreis Ortelsburg, am 12. Dezember

Bornhold, Eberhard, aus Ha- Voss, Marianne, geb. Bartdrichhausen, Kreis Neidenburg, am 10. Dezember

(47.000 Tonnen Gold) zahlen. Weitere Reparationsleistungen ruinierten das Land.

Dies gelang mit einer groß angelegten Intrige, die im zweiten Teil beschrieben wird.

Bestellung unter: intrige@freenet.de

wollten, musste Deutschland dazu gebracht werden, den Krieg zu erklären.

DIE GROSSE INTRIGE Von Wilfried Schaudienst

Zweiter Weltkrieg, Kalter Krieg und jetzt die Konfrontation mit Russland haben ihre Wurzeln in den Ursachen

und Folgen des Ersten Weltkrieges. Deutschland war 1919 gezwungen worden, zu erklären, dass es mit

seinen Verbündeten die alleinige Schuld am Ausbruch des Ersten Weltkrieges hat, was in jüngster Zeit von

Historikern verneint wird. Es verlor 13% seines vorherigen Gebietes und musste 132 Milliarden Goldmark

Die Verbündeten Großbritannien, Frankreich und Russland hatten mit ihrer gewaltigen militärischen Übermacht nur in einem Krieg die Möglichkeit gesehen, die sensationelle Entwicklung des Deutschen Reiches,

die im ersten Teil des Buches beschrieben wird, zu stoppen. Da sie nicht als Aggressoren verurteilt werden

Dawidowski, Ewald, aus Lyck, am 10. Dezember

Girnus, Bruno, aus Groß Nuhr, Kreis Wehlau, am 7. Dezember Hermann, Ruth, geb. Liedtke, aus Uderhöhe, Kreis Wehlau, am 5. Dezember

Jeromin, Reinhold, aus Grabenhof, Kreis Sensburg, am 16. Dezember

Jung, Renate, geb. Gaebel, aus Plibischken, Kreis Wehlau, am 6. Dezember

Kaminski, Ursula, geb. Cyrkel, aus Saberau, Kreis Neidenburg, am 12. Dezember

Kroll, Gerda, aus Neu Keykuth, Kreis Ortelsburg, am 11. Dezember Lewerenz, Armin, aus Poppen-

dorf, Kreis Wehlau, am 7. Dezember Männel, Rolf, aus Moptau, Kreis

Wehlau, am 13. Dezember Müller, Ingrid, geb. Kussin, aus

Tapiau, Kreis Wehlau, am 16. De-

Neitzel, Christel, geb. Bandilla, aus Eichensee, Kreis Lyck, am

11. Dezember Radmacher, Irmtraud, geb. Strasdat, aus Plauen, Kreis Wehlau, am 5. Dezember

Rau, Christel, geb. Stadie, aus Adlig Lehmbruch, Kreis Post Brittanien und Elchniederung, am 14. Dezember

Reinke, Gerda, geb. Niekerke, aus Groß Nuhr, Kreis Wehlau, am zember 6. Dezember

Sander, Waltraud, geb. Wittösch, aus Stucken, Kreis Elchniederung, am 16. Dezember Schalwat, Günther, aus Kum-

meln, Kreis Ebenrode, am 10. Dezember Schubert, Edith, geb. Sylla, aus

Neumalken, Kreis Lyck, am 11. Dezember

Lyck, am 15. Dezember Thurm, Dorothea, geb. Ligies, aus Tilsit, Kreis Tilsit-Ragnit, am

schat, aus Neidenburg, am 16. Dezember

ZUM 80. GEBURTSTAG

Brem, Adelheid, geb. Wroblewski, aus Tapiau, Kreis Wehlau, am 5. Dezember

Danowski, Heinz, aus Erlental, Kreis Treuburg, am 14. De-

Hanst, Helga, geb. Pusch, aus Schirrau, Kreis Wehlau, am 7. Dezember Hensel, Hans-Joachim, aus Groß

Keylau, Kreis Wehlau, am 13. De-Möller, Ernst, aus Köllmisch Damerau, Kreis Wehlau, am 16. De-

Naujokat, Manfred, aus Wehlau, am 3. Dezember

Finke, Christel, geb. Gerull, aus Neulinkuhnen, Kreis Elchniederung, am 14. Dezember

Gaufer, Gabriele, geb. Kasch, aus Georgenswalde, Kreis Fischhausen, am 16. Dezember

Riemann, Dieter, aus Gauleden, Kreis Wehlau, am 5. De-Sporer, Erika, geb. Dagott, aus

Polennen, Kreis Fischhausen, am 12. Dezember Thaden, Gisela von, geb. Kautz,

aus Nickelsdorf, Kreis Wehlau, am 6. Dezember Wenzel, Alfred, aus Wildwiese, Kreis Elchniederung, am 11. De-

Wiechmann, Gerhard, aus Reinlacken, Kreis Wehlau, am 13. De-

ZUM 75. GEBURTSTAG

Greben, Heinz-Dieter, aus Nußdorf, Kreis Treuburg, am 15. Dezember

Müller, Klaus, aus Tapiau, Stoll, Christel, aus Keipern, Kreis Kreis Wehlau, am 8. Dezember

> Schäfer, Waltraud, geb. Jakobeit, aus Goldbach, Kreis Wehlau, am 4. Dezember

Hinweis

Alle auf den Seiten "Glückwünsche" und "Heimat" abgedruckten Glückwünsche, Berichte und Ankündigungen werden auch ins Internet gestellt. Der Veröffentlichung können Sie jederzeit widerspre-

Landsmannschaft Ostpreu-

E-Mail: info@ostpreussen.de

ßen e.V., Buchtstraße 4,

22087 Hamburg,

Kontakt

Angela Selke Telefon (040) 4140080, E-Mail: selke@paz.de

Zusendungen für die Ausgabe 51/2021

Bitte senden Sie Ihre Texte und Bilder für die Heimat-Seiten der Ausgabe 51/2021 (Erstverkaufstag 24. Dezember) bis spätestens Dienstag, den 14. Dezember, an die Redaktion der PAZ: E-Mail: rinser@paz.de, Fax: (040) 41400850 oder postalisch: Preußische Allgemeine Zeitung, Buchtstraße 4, 22087 Hamburg

Werden Sie persönliches Mitglied der Landsmannschaft Ostpreußen

14. Dezember

Ostpreußen benötigt eine starke Gemeinschaft, jetzt und auch in Zukunft.

Die persönlichen Mitglieder kommen wenigstens alle drei Jahre zur Wahl eines Delegierten zur Ostpreußischen

Landesvertretung (OLV), der Mitgliederversammlung der Landsmannschaft Ostpreußen, zusammen. Jedes Mitglied hat das Recht, die Einrichtungen der Landsmannschaft und ihre

Unterstützung in Anspruch zu nehmen. Sie werden regelmäßig über die

schaft Ostpreußen e.V. informiert und erhalten Einladungen zu Veranstaltungen und Seminaren der LO. Ihre Betreuung erfolgt direkt durch die Bundesgeschäftsstelle in Hamburg.

Aktivitäten der Landsmann-

Der Jahresbeitrag beträgt zurzeit 60,- Euro. Den Aufnahmeantrag können Sie bequem auf der Internetseite der Landsmannschaft - www.ostpreussen.de – herunterladen. Bitte schicken Sie diesen per Post an:

Landsmannschaft Ostpreußen Herrn Bundesgeschäftsführer Dr. Sebastian Husen Buchtstraße 4 22087 Hamburg

Auskünfte erhalten Sie unter Telefon (040) 41400826, E-Mail: info@ostpreussen.de



Aus den Landesgruppen und Heimatkreisen der Landsmannschaft Ostpreußen e.V.



Bayern

Vorsitzender: Christoph Stabe, Ringstraße 51a, App. 315, 85540 Haar, Tel.: (089)23147021 stabe@ low-bayern.de, www.low-bayern.de

Bericht

Hof – Hat's geschmeckt? – Ja! Bist du satt? – Ja! Willst du mehr? – Ja! Mit diesem alltäglichen Frage- und Antwortspiel in ostpreußischen Familien begrüßte Vorsitzender Christian Joachim die Mitglieder in der Altdeutschen Bierstube zur Monatsversammlung und dem gemeinsamen Essen der, vom Wirt Johannes Enden zubereiteten, Königsberger Klopse.

Ostpreußen bot die besten Voraussetzungen für einen reich gedeckten Tisch. Berühmt waren die Nikolaikener Maränen. Bei der Zubereitung dieses Kochfischgerichtes durfte Dill nicht fehlen. Gänsebraten und Gänseklein kamen nicht nur zu Weihnachten auf den Tisch. Neben den Königsberger Klopsen, auch saure Klopse genannt, galt Königsberger Fleck, eine mit Majoran gekochte Kuttelsuppe, als Leckerbissen. Noch heute ist das Königsberger Marzipan berühmt. Neben dem Tilsiter Käse erinnerte Joachim noch an viele Quarkgerichte (ostpreußisch Glumse), die Erinnerungen an die Kindheit weckten. Zum Schluss wünschte der Vorsitzende allen guten Appetit.



Berlin

Vorsitzender: Rüdiger Jakesch, Geschäftsstelle: Forckenbeckstraße 1, 14199, Berlin, Telefon (030) 2547345, E-Mail: info@bdvbln.de, Internet: www.ostpreussen-berlin.de

Memellandgruppe

Berlin - Mittwoch, 15. Dezember 13 bis 16 Uhr, Restaurant Ännchen (2-G-Regel): Adventstreffen.



Vorsitzender: Ulrich Bonk Stellv. Vorsitzender:: Gerhard Schröder, Engelmühlenweg 3, 64367 Mühltal, Tel. (06151) 148788

Weitere Treffen abgesagt

Darmstadt-Dieburg - Am 13. November erlaubte es Corona, dass wir uns zu einem gemütlichen Nachmittag mit Mitgliedern und Gästen, treffen konnten. Wie immer war in Darmstadt-Kranichstein unser Treffpunkt.

Nach den Begrüßungsworten durch Gerhard Schröder und Christian Keller und einer Gedenkminute an unser verstorbenes Mitglied Reinhard Kröhnert, war ein Vortrag durch Schröder über das im Juni eröffnete Dokumentationszentrum vorgesehen. Doch es kam anders. Durch die schwindende Mitgliederzahl und eingeschränkte Mobilität der einzelnen Personen ist die Anmietung eines Veranstaltungsraumes zu kostspielig, und eine Bewirtung und Übernahme der entsprechenden Arbeiten durch angemietetes Personal in Zeiten von Corona nicht möglich.

Es wurden Vorschläge unterbreitet, wie und wo man sich in der Zukunft treffen könnte. Vorgeschlagen wurde ein Zusammenschluss mit den Insterburgern und das Treffen gemeinsam in deren Treffpunkt im Bürgermeister- Pohl Haus in Darmstadt-Wixhausen abzuhalten. Auch die Gaststätte Ziegelbusch als Treffpunkt, wechselseitig mit den Insterburgern, war ein Vorschlag. Hier soll ein separater Raum zur Verfügung stehen, aber ohne Bewirtung. Ein Taxi-Fahrdienst für unsere betagten Mitglieder war im Gespräch.

Diese Diskussionen nahmen so viel Zeit in Anspruch, dass für den Vortrag von Schröder keine Zeit mehr blieb.

Unsere geplante Weihnachts-

Planungen müssen leider Corona bedingt abgesagt werden.

Ein adventlicher Gruß gilt allen Mitgliedern. Mit gesonderter Post werden weitere Informationen bekannt gegeben. Christian Keller

Adventstreffen

Kassel - Sonntag, 12. Dezember, 15 Uhr, Landhaus Meister, Kassel, Fuldatalstraße 140: Advents- und Vorweihnachtstreffen.

BdV Wetzlar

Aßlar - Manfred Hüber ist das Gesicht des Kreisverbandes Wetzlar des BdVs. Seit Jahrzehnten engagiert er sich gemeinsam mit seinem Vorstandsteam um Belange, Aufgaben und Anliegen dieser Organisation, unter deren Dach die Landsmannschaften, der vor nun 75 Jahren in Folge des Zweiten Weltkrieges aus ihrer jeweiligen Heimat im Osten vertriebenen Deutschen, zusammengeschlossen sind. Beim Verbandstag des BdV-Kreisverbandes (BdV-KV) Wetzlar in der Stadthalle Aßlar wurde der 1938 in Karlsbad im Egerland geborene Leuner, wo er viele Jahre kommunalpolitisch aktiv und auch Vorsitzender der Stadtverordnetenversammlung war, einstimmig für zwei weitere Jahre im Amt des Kreisvorsitzenden wiedergewählt. Dieses hat er seit 1990 inne. Seit 1962, also fast sechs Jahrzehnte, engagiert sich Hüber in der Kreisgruppe Wetzlar der Sudentendeutschen Landsmannschaft, der er

gleichfalls seit 31 Jahren als Kreisobmann vorsteht, und auch in dieser Funktion wurde er in Aßlar einstimmig bestätigt. Wie auch alle anderen Vorstandsmitglieder der BdV-Kreisgruppe Wetzlar, der sich vor Jahresfrist nach einem etwas längeren, aber harmonisch und zielgerichtet abgewickelten Vorlauf ganz offiziell auch die ehemalige BdV-Kreisgruppe Gießen mit dem Ziel einer Stärkung der nun vergrößerten Organisation angeschlossen hat.

Die beiden Stellvertreter Hübers als BdV-Kreisgruppenvorsitzende sind Michael Hundertmark (Nauborn) und Roland Jankofsky (Klein-Linden), Schatzmeister und zugleich Kulturreferent des Kreisverbandes ist Kuno Kutz aus Hüttenberg, der als langjähriger Weggefährte und unermüdlicher Mitstreiter als die rechte Hand Hübers und gleichfalls prägende Persönlichkeit im BdV-KV angesehen werden darf. Die Aufgaben der Schriftführung hat weiterhin Gabriele Eichenauer aus Wetzlar übernommen, zugleich auch das Amt der stellvertretenden Schatzmeisterin. Stellvertretender Kulturreferent ist Manfred Drexler aus Gießen. Sieben Beisitzer komplettieren den BdV-Kreisverbands-Vorstand: Uwe Bergmann, Dieter Feiler und Josef Roth (alle Ehringshausen), Lydia Kiefel (Dorlar), Christa Kutz (Hüttenberg), Paul Zimmermann (Klein-Linden) und Frank Steinraths (Wetzlar).



feier am 11. Dezember und weitere Wetzlar: Der neue Vorstand des BdV-Kreisverbandes Wetzlar Foto: Ewert

Ostpreußisches Landesmuseum

Absage aller Veranstaltun-

gen und Führungen

Aufgrund der explodierenden Infektionszahlen, der neuen Corona-Variante und unter Berücksichtigung der mahnenden Stimmen aller Fachexperten haben wir uns schweren Herzens entschlossen, alle Führungen, Veranstaltungen und sonstigen museumspädagogischen Aktivitäten bis mindestens 31. Dezember abzusagen. Da ab sofort die sogenannte 2Gplus-Regel für jeden Museumsbesuch gilt, müssen auch Geimpfte einen aktuellen zertifizierten Test vorweisen können, wenn sie unsere Ausstellungen besuchen wollen.

Das Museum verkürzt die Öffnungszeiten. Diese sind Donnerstag bis Sonntag von jeweils 11 bis 16 Uhr.

Wir bedauern diese Entwicklung sehr. Im Sommer und Herbst konnten wir wieder viele

Museumsgäste mit unseren Ausstellungen und Vorträgen begeistern, und endlich durften auch Schulklassen unsere Angebote wieder buchen. Der Schutz unserer Gäste und unseres Teams hat für uns allerdings höchste Priorität.

Auf der Internetseite des Ostpreußischen Landesmuseums mit Deutschbaltischer Abteilung werden wir Sie laufend über weitere Entwicklungen informieren und auf unserem Facebook- und Instagramaccount sowie unserem Youtube-Kanal und Blog Einblicke in unsere Museumsarbeit geben. Wir bitten alle Besucherinnen und Besucher um Verständnis.

Ostpreußisches Landesmuseum mit Deutschbaltischer Abteilung, Heiligengeiststraße 38, 21335 Lüneburg, Telefon (04131) 759950,E-Mail: info@ ol-lg.de, Internet: www.ostpreussisches-landesmuseum.de

Aus gesundheitlichen Gründen hat sich Hüber beim 73. Landesverbandstag des BdVs Mitte Oktober in Wiesbaden nicht mehr zur Wahl als stellvertretender Landesvorsitzender gestellt. Dem BdV-Landesvorstand Hessen gehörte er seit 1994 an. Seine Funktion als desvertriebenenbeirates Hessen und darin als stellvertretender Vorsitzender des Kulturausschusses behält Hüber dagegen bei.

Hessen ist übrigens das einzige deutsche Bundesland, in dem seit 1950 ein solches Gremium mit der heutigen offiziellen Bezeichnung Landesbeirat für Vertriebenen-, Flüchtlings- und Spätaussiedlerfragen ohne Unterbrechung und für jeweils vier Jahre berufen wird.

Und Hessen war auch mit der Ernennung eines oder einer Landesbeauftragten für Heimatvertriebene und Spätaussiedler bundesweit Vorreiter in Anerkennung und Unterstützung der berechtigten Anliegen der Heimatvertriebenen.

Auf der Basis der bis heute in stellvertretendes Mitglied im Lan- ihren Zielen und aktuellen Charta der Heimatvertriebenen von 1950 setzt sich der BdV insgesamt und auch der KV Wetzlar mit seinem Vorsitzenden für die Verwirklichung des Selbstbestimmungsrechtes, des Rechtes auf die Heimat, der allgemeinen Menschenrechte und für eine gerechte Ordnung zwischen Staaten und Völkern ein. Und wer wollte bestrei-

Fortsetzung auf Seite 16

ANZEIGE

Preußische Allgemeine Verschenken Sie Lesefreude

Zeitung für Deutschland · Das Ostpreußenblatt

☐ **Ja, ich verschenke** für ein Jahr befristet die PAZ zum Preis von z. Zt. 168 Euro (inkl. Versand im Inland) und erhalte als Prämie 40 Euro auf mein Konto überwiesen.

Name:

Straße/Nr.: PLZ/Ort:

Telefon:

IBAN:

Datum, Unterschrift:

Zahlung per: ☐ Lastschrift ☐ Rechnung

Empfänger des Abos ist:

Name:

Straße/Nr.: PLZ/Ort:

Der **Geschenkgutschein** soll geschickt werden an: ☐ den Schenkenden ☐ den Empfänger des Abos

Bitte den Bestellschein einsenden an:

Preußische Allgemeine Zeitung, Buchtstraße 4, 22087 Hamburg









040-41 40 08 51 oder online www.paz.de/abo bestellen!







Landesgruppen

Fortsetzung von Seite 15

ten, dass dies aktuell auch in Gegenwart und jüngster Vergangenheit mit ihren Flüchtlingsbewegungen mehr als nötig ist.

Gerade die politisch Verantwortlichen im Bundesland Hessen sehen in den Organisationen, Vereinen, Verbänden und Landsmannschaften der Vertriebenen wichtige Partner. Deshalb unterstützen Landesregierung und Parlamentsmehrheit die Aktivitäten des BdV und seiner Gliederungen.

Heimatmuseen stärken

Hüber sieht die aktuelle Notwendigkeit, sich besonders um die vielen kleinen im Land Hessen verteilten Museen zu kümmern, die sich aus unterschiedlichen Perspektiven mit der Geschichte und dem Ergehen der Heimatvertriebenen befassen. Es sei wichtig, diese Museen für die nächsten Generationen zu erhalten und attraktiv zu gestalten.

Angesichts der demografischen Entwicklung und der damit einhergehenden personellen Probleme in vielen BdV-Kreisverbänden sieht Hüber die Notwendigkeit, dass zunehmend mehr Kommunen die Verantwortung für Unterhaltung und Betrieb der kleinen Heimatmuseen übernehmen oder zumindest mit übernehmen müssten. Auch der BdV-Landesverband reagiere auf diese unvermeidliche demografische Entwicklung und werde "aus Gründen der Praktikabilität" eine zentrale Geschäftsstelle für sämtliche Landsmannschaften einrichten.

Im Nachbarland Tschechien ist festzustellen, dass sich Teile der jungen Generation für das Thema Flucht, Vertreibung und deren Folgen interessiert und dazu wissenschaftlich arbeitet. Auch in diesem Zusammenhang seien die Erlebnisberichte der Vertriebenen von besonderer Wichtigkeit.

Die Anliegen der Heimatvertriebenen seien "nicht von gestern", sondern weiterhin aktuell und die damit zusammenhängenden Aufgabe noch nicht abgeschlossen.

BdV-KV Wetzlar



Ein starkes Team für die OG Ebstorf: Sabine und Rainer Schartner und Manfred Karp Foto: F. Ewert

Niedersachsen

Vorsitzende: Dr. Barbara Loeffke, Alter Hessenweg 13, 21335 Lüneburg, Tel.: (04131)42684, Schriftführer und Schatzmeister: Hilde Pottschien, Volgerstraße 38, 21335 Lüneburg, Tel.: (04131)7684391. Bezirksgruppe Lüneburg: Heinz Kutzinski, Im Wiesengrund 15, 29574 Ebsdorf, Tel.: (05822)5465.

Bezirksgruppe Braunschweig: Fritz Folger, Sommerlust 26, 38118 Braunschweig, Tel.: (0531)

2509377. Bezirksgruppe Weser-Ems: Otto v. Below, Neuen Kamp 22, 49584 Fürstenau, Tel.: (05901)

Neue Strukturen

Ebstorf – Am 21. Oktober fand die erste Jahreshauptversammlung der LO Ortsgruppe Ebstorf seit Corona statt. Nach fast zwei Jahren ohne Zusammenkunft in dieser Form waren 33 gutgelaunte Mitglieder anwesend. Nach einstimmenden Liedern, der Eröffnung von Manfred Karp und Rainer Schartner sowie den Grußworten des Bürgermeisters, ging es über zum traditionellen und sehr leckeren Grützwurstessen. Der formale Teil folgte, und die angedachte Satzungsänderung wurde beschlossen. Ohne das starre Gewand eines Vereins wird sich ein Team, bestehend aus Sabine und Rainer Schartner sowie Karp, um die Geschicke der LO in Ebstorf kümmern und somit auch den Fortbestand sichern, sogar ein neues Mitglied konnte begrüßt werden. Damit fand der Abend einen harmonischen und fröhlichen Ausklang.

Nordrhein-Westfalen

Erster Vorsitzender: Jürgen Zauner, Stellv. Vorsitzende: Klaus-Arno Lemke und Dr. Bärbel Beutner, Schriftführerin: Dr. Bärbel Beutner, Geschäftsstelle: Buchenring 21, 59929 Brilon, **Telefon** (02964) 1037, **Fax** (02964) 945459, **E-Mail**: Geschaeft@Ostpreussen-NRW.de, Internet: Ostpreussen-NRW.de

Advent-Nachmittag

Bielefeld – Montag, 13. Dezember, 14.30 Uhr, Gasthaus Bültmannshof Das Wirtshaus 1802, Kurt-Schumacher-Straße 17a, 33615 Bielefeld: Advent-Nachmittag

Advents- und Weihnachtsfeier

Essen - Freitag, 10. Dezember, 15 Uhr, Gastronomie St. Elisabeth, Dollendorfstraße 51, 45144 Essen: Treffen der Ost- und Westpreußen zur Advents- und Weihnachts-



Vorsitzender: Edmund Ferner, Julius-Wichmann-Weg 19, 23769 Burg auf Fehmarn, Tel.: (04371) 8888939, E-Mail: birgit@kreil.info

Adventsfeier fällt aus

Burg auf Fehmarn - Dienstag, 14. Dezember: Coronabedingt müssen wir leider die Adventsfeier der Landsmannschaft Ost-, Westpreußen und Danzig absagen.

Vereinigte Landsmannschaften Flensburg e.V.

zufrieden, trotz deutlich gestiegener Inzidenzen unsere Gedenkfeier zum Totensonntag mit einem Gottesdienst am Friedenshügel beginnen zu können. Vor der Kapelle stimmte der Bläserchor unter der Leitung von Jens Wischmeyer auf den Gedenktag ein, drinnen begrüßte unser 1. Vorsitzender Hans Legies die diesmal etwas kleinere Zahl der Mitglieder und Gäste, allen voran Flensburgs Oberbürgermeisterin Simone Lange. Sie hatte es sich nicht nehmen lassen, persönlich an der Gedenkstunde teilzunehmen und den Kranz der Stadt am Ehrenhain niederzulegen.

"Von guten Mächten wunderbar geborgen erwarten wir getrost, was kommen mag. Gott ist bei uns am Abend und am Morgen, und ganz gewiß an jedem neuen Tag." Unter diesen Satz des Theologen und Widerstandskämpfers Dietrich Bonhoeffers stellte Pastorin Silke Wierk aus Harrislee, die uns seit Jahren an diesem Tage begleitet, ihre Predigt und spannte einen weiten Bogen über Heimat, Tod und Erinnerung. Sie ließ, im Westen der alten Bundesrepublik geboren und im Norden Deutschlands aufgewachsen, auch persönliche Erfahrungen einfließen, die stammenden Großeltern gewonnen hatte. Es war eine zu Herzen gehende Predigt an einem grauen Novembertag.

Für den Gang mit den Kränzen von der Kapelle bis zum Ehrenhain hatte Petrus ein Einsehen und unterbrach den leichten Re-

gen, der sonst für die Tränen der Trauernden stand. Auch am Eh-Flensburg - Wir waren alle sehr renhain spielte der Bläserchor und untermalte so die Niederlegung der Kränze der Stadt und unserer Vereinigten Landsmannschaften.

Nach einer kurzen Einführung, die Legies mit dem Hinweis auf die restaurierten Steine - den großen Stein des Ostens der Stadt wie kleinen Steine der einzelnen Landsmannschaften – gab, sprach die Oberbürgermeisterin.

Sie kam über den Totensonntag als letzten Sonntag des Kirchenjahres, seinem traditionellen Gedenken der Verstorbenen und der Trauer als Bestandteil unserer Kultur im Allgemeinen zur Tradition der Landsmannschaften, am Totensonntag Kränze für Flüchtlinge und Vertriebene aus Ostdeutschland niederzulegen.

Sie sprach von der besonderen Bedeutung dieses Ortes, weil er die eigene Identität zu bewahren und weiterzuentwickeln hilft, indem er die Verbundenheit mit der Heimat zu erhalten und Brücken in die neue Heimat zu schlagen ermöglicht. Sie wies darauf hin, dass der Brückenschlag gelungen sei und die zahlreichen aus dem Osten Vertriebenen in Flensburg nicht nur ansässig geworden seien, sondern auch eine neue Heimat gefunden hätten. Abschliesie durch ihre aus dem Osten ßend sagte sie, die aktive Beteiligung, sich eine neue Heimat in Flensburg zu schaffen, sei an vielen Orten im Stadtbild sicht- und greifbar.

> Mit einem segnenden Schlusswort von Pastorin Wierck endete eine würdige Veranstaltung. Bleiben Sie alle gesund. Michael Weber

Rätsel

		·			Dreiheit		Ū	mergut		land			verui	sitten		Fürsten					Gegnern
Zehn- iuß- krebs	•							Behaup- tung, Leitsatz	•	•				kleine Zeit- einheit	•						
>					Beste, Siegerin	-					Licht- brecher (Optik)	•						Angehöri- ger eines Bantu- stammes		waage- recht absetzen, platzieren	
chen- en; eichen			eine der Mahl- zeiten	-										Juck-, Lachreiz auslösen	•			•			
•					fried- licher Zustand			Gottes Gunst			Getreide- art	Strom in Ostasien	•				gasförm. Kohlen- wasser- stoff		schöner Jüngling d. griech. Sage		
riff; tängel	Europ. Fußball- verband (Abk.)		Hast	-				Staat in West- afrika	\					kleines, ärm- liches Haus		Mühsal, Qual	-				
innen- taat 1 Ost- frika	•						Papst- name	-								Gruppe von Säuge- tieren	•				
>				Abkür- zung für Euer Ehren			Offi- ziers- rang			eine Klima- zone		Über- bringerin	Kraft- fahrzeug, Wagen	-				nieder- sächsi- scher Hafen			Zwangs- lage, Dilemma
bge- renzter eil des artens			engl. Popstar: John	-					Hühner- produkt	unter- stützende Experten- runde	\		•							heiße Quelle in vulkan. Gebieten	
isch- ang- jerät	•					durch- triebene Person (ugs.)	-			•		Nomi- nierung; Erwäh- nung			Harn- stoff (latei- nisch)	Freund (spa- nisch)	•				
	terie,	тА .2 ,8	idıəuX	.1 : 1.3 iiges	igaM rie .8	 								Fecht- waffe	norweg. Schrift- stellerin (Sigrid)	*					
_	billard	вск, 7. ј	e. Best	schsel,	sənX	wider- spenstig		Stadt in Kali- fornien (USA)	Feld- frucht		Fluss in Schles- wig- Holstein	-					Ost- slawe		Heraus- geber		
'uəss	orq2 .£	uəpu;	, 3. Spe	strowi sindus	2. Erl	älteste Pariser Univer- sität	-	(334)	•						Vorname Heming- ways	-	•		▼		
	기 ^기 임 를		Z I	7 (0 D	<u> </u>				Sinnes- organ	lang- schwän- ziger Papagei		ein Farbton	-				Durch- sichts- bild (Kzw.)	-		
	∃ I	9 O	BE O [K	8 8 T 8	9 A 1	Verkehrs- stockung	Beschäf- tigung, Tätigkeit			Eingang; Vor- speise (franz.)	•				ein Back- werk	obere Gesichts- partie	•				
			:	elrätse	Schüt	lächer- lich, kindisch	-			V			die Acker- krume lockern		•	Haupt- stadt von Nigeria		Addi- tions- ergebnis		Fluss zur Weich- sel	
ا ا ا	AMI					_							_	Ver-							Drama
А Я О Я М В М М Т Э	8 О Я Я О Т А С И	E H W E B N C B N C C C C C C C C C C C C C C C	E D E L	d C - 3	- 4.9 _									nunft, Einsicht							von Ibsen
Л П Т Т Т Т Т Т Т Т Т Т Т Т Т Т Т Т Т Т	G R A U B S N B A E R O B	ы И В U В В В В В В В В В	X E B I B I B I B I B I B I B I B I B I B	So i		Boden- ent- wässe-			schmal; begrenzt		Zeit- messer	derb, rau	>				radio- aktives Schwer- metall	-			
20 M G G M G M M M M M	A B B B B B B B B B B B B B B B B B B B	2	B B B B B B B B B B	So i	ntig:	Boden- ent-			schmal; begrenzt			derb, rau	•				aktives		Kfz- Zeichen Rosen- heim	•	
G G G G G G G G G G	A B B B B B B B B B B B B B B B B B B B	2	B B B B B B B B B B	So i	ntig:	Boden- ent- wässe- rung		mit der Hand greifen, fassen	schmal; begrenzt			derb, rau	>	hohes	Weh-klage		aktives Schwer-		Zeichen Rosen-	-	

Schüttelrätsel

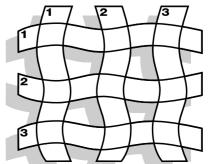
In diesem ungewöhnlichen Kreuzworträtsel stehen anstelle der Fragen die Buchstaben der gesuchten Wörter alphabetisch geordnet in den Fragefeldern. Zur Lösung beginnen Sie am besten mit den kurzen Wörtern (Achtung: ORT kann z. B. ORT, TOR oder auch ROT heißen).

AEGIL OORST	BNOS	\	ILLST	B0ST	▼	EEIKL	AAGG	EGIL	AELR
-				•			•	V	•
BEINO	-					AAG	•		
ABEL OT			EEGI RS	•					
•						ALL	•		

Mittelworträtsel

Erweitern Sie die linken und rechten Wörter jeweils durch ein gemeinsames Wort im Mittelblock. Auf der Mittelachse ergibt sich als Lösung eine andere Bezeichnung für die Nase des Elefanten.

			 	\mathbf{T}			
1	LEICHT			•			HEMD
2	START						SCHEIN
3	GELD						конто
4	BOHNEN						WAND
5	OEL						BAD
6	FISCH						KORB
7	POOL						TUCH



Magisch

Schreiben Sie waagerecht und senkrecht dieselben Wörter in das Diagramm.

- 1 Gartenfrucht
- 2 Schlagader
- 3 manches

Heimatkreisgemeinschaften



Heiligenbeil

Kreisvertreterin: Viola Reyentanz, Großenhainer Straße 5, 04932 Hirschfeld, Telefon (035343) 433, reyvio@web.de. 1. Stellvertreterin: Brunhilde Schulz, Zum Rothenstein 22, 58540 Meinerzhagen, Telefon (02354) 4408, brschulz@dokom.net; 2. Stellvertreterin: Heidi Pomowski, Heinegras 42, 31840 Hess. Oldendorf, Telefon (05158) 2841, heidi.pomowski@t-online.de; Kassenwart: Arnold Hesse, Amselstraße 6, 26847 Detern, Telefon (04957) 575, Arnold. Hesse@ewetel.net; Internet: www.kreisgemeinschaft-heiligenbeil.de

Eisenbahnen

Lüneburg – 10. Januar, ev.ref. Kirche, Am Schierbrunnen 4, 21337 Lüneburg: Jörg Petzold spricht für den Verein "Freunde der Eisenbahn e.V." über Eisenbahnen in Ostpreußen. Der Fachmann beschäftigt sich seit 1987 mit der Geschichte der ostpreußischen Kleinbahnen und Privatbah-

Anmeldung per E-Mail: leo. demuth@web.de.

Dittchenbühne

Elmshorn - Für das Weihnachtsmärchen "Vom Fischer und seiner Frau" gibt es noch Eintrittskarten. Es gelten die 2-G-Regeln.

"Forum Baltikum - Dittchenbühne", Hermann-Sudermann-Allee 50, 25335 Elmshorn, Telefon (04121) 89710; E-Mail: buero@dittchenbuehne.de, Internet: www.dittchenbuehne.de, Preise: 7 Euro pro Kind, 13 Euro pro Erwachsenen

Kulturzentrum Ostpreußen

Das Kulturzentrum Ostpreußen präsentiert die Ausstellung "Bedeutende Ostpreußen jüdischen Glaubens" bis zum 24. April 2022.

Seit dem Jahr 321 ist jüdisches Leben im deutschen Kulturraum dokumentiert. Das Land zwischen Weichsel und Memel war seit seiner Frühzeit im 13. Jahrhundert Siedlungs- und Zufluchtsstätte für Menschen verschiedener Herkunftsländer. Auch Juden sahen in Ostpreu-

ßen ein tolerantes Land. Eine erste jüdische Gemeinde lässt sich in Königsberg ab etwa 1700 nachweisen. Doch ihre religiösen, ethnischen und kulturellen Besonderheiten riefen immer wieder Vorurteile hervor.

Diese Dokumentation im Gedenkjahr "1700 Jahre jüdisches Leben in Deutschland" präsentiert zahlreiche illustrierte Lebensläufe bekannter Personen jüdischen Glaubens, die aus Ostpreußen stammen oder dort

wirkungsvoll tätig waren. Sie symbolisieren die Bedeutung dieser Bevölkerungsgruppe für die deutsche und europäische Geschichte und Kultur.

Kulturzentrum Ostpreußen

Schloßstraße 9, 91792 Ellingen / Bayern, Telefon (09141) 8644-0, E-Mail: info@kulturzentrum-ostpreussen.de, Internet: www.kulturzentrum-ostpreussen.de

Öffnungszeiten: Dienstag bis Sonntag 10 bis 12 und 13 bis 16 Uhr

ANZEIGEN

Weihnachtsheft

Die Heimatkreisgemeinschaft Heiligenbeil hat einen wunderschönen Heimatbrief zu Weihnachten herausgegeben. Wer auch gerne ein solches Exemplar gegen eine Spende zugeschickt bekommen möchte, melde sich bitte bei Brunhilde Schulz (Kontakt siehe oben).



Insterburg-Stadt / Land

Kreisvertreter: Andreas Heiser, Schlicker Weg 27, 42659 Solingen, Telefon (0212) 811013, andreasheiser@arcor.de. Gst.: Kreisgemeinschaft Insterburg Stadt und Land e.V., Am Marktplatz 10, 47829 Krefeld, Tel. (02151) 48991, Fax (02151) 491141, info@insterburger.de, www.insterburger.de, Bürozeiten: Montag-Freitag von 8 bis 12 Uhr

Ortsgruppe

Zwickau - Sonnabend, 11. Dezember, 12 Uhr, DRK-Begegnungsstätte, Eschenweg 60, 08060 Zwickau OT Marienthal: Weihnachtsfeier



Rößel

Kreisvertreter: Egbert Neubauer, Nordparkweg 29, 41462 Neuss, Telefon (02131) 569408. E-Mail: Kreisgemeinschaft-Roessel@gmx. de. Stellv. Kreisvertreter: Ernst Grünheidt, Schatzmeister: Siegfried Schrade, Schriftführerin: Waltraud Wiemer, Archivarin/ Karteiführerin: Ursula Schlempe

Mitgliederversammlung

Neuss - Sonnabend, 11. Dezember, 14 Uhr, Berufsbildungszentrum, R.A003/Haupteingang, Hammfelddamm 2, 41460 Neuss: Mitgliederversammlung

Stadtschreiber

Ausschreibung: Für fünf Monate mit dem Stadtschreiber-Stipendium des Deutschen Kulturforums östliches Europa in Zusammenarbeit mit der Öffentlichen leva-Simonaitytė-Bezirksbibliothek Klaipėda nach Memel. Die Bewerbungsfrist endet am 15. Dezember 2021. Weitere Informationen im Internet unter:

www.kulturforum.info

Das kostbare Vermächtnis eines Menschen ist die Spur, die seine Liebe in unserem Herz zurückgelassen hat.

Plötzlich und unerwartet verstarb mein geliebter Mann, unser lieber Vater und Großvater

August Heinrich von Finck

* 11. März 1930 in München

† 29. November 2021 in London

Träger des Bayerischen Verdienstordens Träger des großen goldenen Ehrenzeichens des Landes Steiermark

> In tiefer Trauer Francine von Finck geb. von Saint-Paul mit allen Familienangehörigen

Die Trauerfeier hat im engsten Kreis stattgefunden.



Charlotte Schöffel

* 20. November 1927 Tawellenbruch Kreis Elchniederung

† 19. November 2021 Paul-Gerhardt-Haus Wahlstedt, Schleswig-Holstein

Nach Flucht und Vertreibung aus ihrer geliebten Heimat in Tawellenbruch am Fluss Gilge im Kreis Elchniederung kam sie in ihre zweite Heimat in Trappenkamp in Schleswig-Holstein. Dort war sie unserem Vater eine hingebungsvolle Ehefrau und uns Kindern eine geliebte Mutter und der ganzen Familie Anlaufstelle.

> Es trauern die Familie Schöffel die Kinder Roland, Peter, Thomas und Karin nebst Angehörigen

Kondolenzanschrift: Dr. R. Schöffel, Swidmuthstraße 5, 85301 Schweitenkirchen Die Beerdigung fand am 25. November in der Trauerhalle am Friedhof in Trappenkamp im engsten Familienkreis statt.

Wenn die Kraft zu Ende geht, ist der Tod eine Erlösung.

Wir nehmen Abschied von meiner lieben Frau, unserer herzensguten Mutter und Schwiegermutter, unserer liebevollen Oma y Amiga

Irmgard Grohmann geb. Küßner * 27. Januar 1935 † 13. November 2021



Rastenburg/Ostpreußen

In Liebe und Dankbarkeit

Dein Peter Hans-Diether und Kirstin mit Jördis Annekatrin und Ingo mit Keno und Kaja Carsten und Ana mit Yago, Luis und Berta und Familie Küßner

Man sieht die Sonne langsam untergehen

und erschrickt doch, wenn es plötzlich dunkel ist.

Die Trauerfeier hat im Familien- und Freundeskreis stattgefunden.





Wir haben hier keine bleibende Stadt, sondern die zukünftige suchen wir. (Hebr. 13, 14)



Horst Zander

* 8. Oktober 1931 † 29. November 2021

Schimmerwitz Wald Siemirowice Pomorze

In stiller Trauer

Lydia Zander, geb. Krzemtek und Familie

Klaus und Gerlind Weigelt, als Freunde

Die Beerdigung hat im Familienkreise stattgefunden.

Kondolenzanschrift:

Lydia Zander, Pieski 40, PL 84-313 Siemirowice Pomorze



In Trauer und Dankbarkeit nehmen wir Abschied von



Margarete Ritter

geb. Krupke

* 1. September 1928 in Bielauken/Bielken/Berghöfen Kreis Labiau

† 15. November 2021 in Bad Frankenhausen

Die Verstorbene war als Schriftführerin langjähriges Mitglied des Vorstandes der Landesgruppe Thüringen der Landsmannschaft Ostpreußen.

Wir werden ihr ein ehrendes Andenken bewahren.

Der Bundesvorstand der Landsmannschaft Ostpreußen

Hans-Jörg Froese Stelly. Sprecher

Stephan Grigat Sprecher

Friedrich-Wilhelm Böld Schatzmeister

Der richtige Weg, anderen vom Tode eines lieben Menschen Kenntnis zu geben, ist eine Traueranzeige.

Preußische Allgemeine

Buchtstraße 4 · 22087 Hamburg Telefon 0 40 / 41 40 08 32 · Fax 0 40 / 41 40 08 50 www.paz.de

ÖSTLICH VON ODER UND NEISSE

Heimweh, solange eine Aufgabe wartete

Waltraud Simon wurde Ehrenbürgerin ihrer Heimatstadt Jauer – Stiftung rettete Kulturgüter in Schlesien

VON CHRIS W. WAGNER

ie 84-jährige Waltraud Simon wurde am Sankt-Martins-Tag – St. Martin ist Schutzpatron von Jauer [Jawor] – zur Ehrenbürgerin ihrer Heimatstadt. Die Ehrenbürgerschaft wurde Simon für ihr Engagement als Vorsitzende der Erika-Simon-Stiftung zum Erhalt der Friedenskirche in Jauer verliehen. Das zum UNESCO-Weltkulturerbe zählende evangelische Gotteshaus gehört zu den drei Schlesischen Friedenskirchen Jauer, Schweidnitz [Świdnica] und Glogau [Głogów]. Letztere überdauerte nicht in unsere Zeit.

Die Schlesischen Friedenskirchen sind die drei einzigen evangelischen Kirchen, die im Westfälischen Frieden von 1648 nach der Rekatholisierung Schlesiens vom Habsburger Kaiser Ferdinand III. den Protestanten zugestanden wurden. Sie durften jedoch nicht aus Steinen und Ziegeln gebaut werden, sondern nur aus Holz, Lehm und Stroh. Dass es heute überhaupt noch zwei Friedenskirchen gibt, ist nicht zuletzt Menschen wie Simon zu verdanken, die viel Geld in die Sanierung der Kirchen pumpte. In Jauer wurden aus Geldern der Erika-Simon-Stiftung die Taufkapelle, der große Altar und die Kanzel saniert. Simon hat auch die Glocken und die Umgestaltung des Gemeindehauses mitfinanziert.

Erhalt der Friedenskirche Jauer

"Ich konnte nicht nach vorne gucken, habe immer rückwärts geschaut. Alles war mir egal, ich wollte wieder nach Hause. Aber es ging ja nicht. Jetzt weiß ich auch, warum ich so viel Heimweh hatte: Weil ich noch eine Aufgabe zu erledigen hatte", begründet sie ihr Handeln. Diese Aufgabe war das Engagement in der Heimat, eine Leidenschaft, die sie mit ihrem zweiten Ehemann Gerhard Simon teilte. Der im Waldenburger Bergland geborene



Freudestrahlend nahm sie die Ernennung zur Ehrenbürgerin ihrer Heimatstadt Jauer entgegen: Waltraud Simon

Foto: Wagner

Unternehmer hatte 1947 in Rinteln an der Weser die Firma "Schlesische Glashütte & Glasschleiferei" gegründet. Nachdem er im Ruhestand das erfolgreiche Unternehmen verkaufte, gründete er aus dem Erlös die Erika-Simon-Stiftung. Mit dem Stiftungsgeld wollte er das deutsche Kulturerbe in Schlesien bewahren und zur Aussöhnung zwischen Deutschen und Polen beitragen. Diese Stiftung ist nach Simons erster Ehefrau Erika benannt und trägt die heilige Hedwig, die Schutzpatronin Schlesiens, im Logo. Seit seinem Tod 2008 leitet Waltraud Simon die Stiftung. Und jetzt tut sie es vom niederschlesischen und zugleich deutschen Görlitz aus, wohin sie ihren Alterssitz verlegte.

Neben Jauer engagiert sich Simon nahezu in ganz Schlesien, etwa bei der Sanierung der "Eichendorffmühle" im Geburtsort des Romantikers im oberschlesischen Lubowitz [Łubowice]. Sie unterstützt die deutsch-polnische Schule des Vereins Pro Liberis Silesiae in Goslawitz [Gosławice] bei Oppeln oder finanzierte die Rettung der Engler-Orgel in der Klosterkirche Grüssau [Krzeszów]. "Ich lebe sehr viel alleine und muss genau überlegen, was ist jetzt wichtig, was ist jetzt das Nächste an Gebäuden, an Sprache, an Begegnungen. Das motiviert mich", so Simon.

Weitere Projekte der Stiftung

Simon greift auch Wissenschaftlern und Übersetzern unter die Arme, die das Wissen um die Geschichte ihrer Heimat verbreiten. 2014 wurde die Stiftung mit dem Kulturpreis Schlesien des Landes Niedersachsen ausgezeichnet. Waltraud Simon durfte die Auszeichnung in der Aula Leopoldina der Universität Breslau entgegennehmen, was sie glücklich machte, denn: "Für mich ist Breslau und ganz besonders die Leopoldina das Herzstück aller Schlesier, deutscher und polnischer", sagte sie.

Es war damals bereits ein überwältigender Moment für sie, der nur noch von einem getoppt werden konnte, der Ehrenbürgerschaft in Jauer, der Stadt, aus der sie 1946 vertrieben wurde und in der sie nach 75 Jahren am größten polnischen Nationalfeiertag, dem Unabhängigkeitstag, aus den Händen des Jauerer Bürgermeisters Emilian Bera die Urkunde der Ehrenbürgerschaft entgegennahm.

WEIHNACHTSBÄCKEREI

Mohnstriezel wie daheim

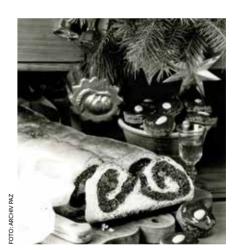
Für den Teig benötigt man: 500 g Hefe, 125 ml Milch, 1 TL Salz, 100 g Zucker, 80 g Butter, 1 Ei, 1/2 abgeriebene Zitrone

Für die Füllung: 250 g gemahlener Mohn, 125 ml Milch, 100 g Zucker, etwas Zimt, 2 Eier, 1 EL Rum, 100 g gehackte Mandeln, eine Packung Zitronat, nach Bedarf Rosenwasser

Zubereitung: Mehl mit Zucker, Salz und Zitronenschale vermischen, Hefe mit lauwarmer Milch ansetzen. Die Butter schmelzen, anschließend Butter mit dem Hefevorteig ins Mehl geben und alles zu einem glatten Teig kneten. Den Teig zwei Stunden lang gehen lassen.

Für die Füllung den fein gemahlenen Mohn mit der zuvor aufgekochten Milch übergießen und abkühlen lassen. Dann Zucker, Eier, Zimt, Rum, gehackte Mandeln und Zitronat unterheben.

Anschließend den Teig auf einer bemehlten Arbeitsfläche ausrollen und die Füllung darauf verteilen. Beachten, dass an jeder Seite ein Rand von zwei Zentimetern bleibt. Die Ränder einklappen und den Teig von vorne und von hinten zur Mitte aufrollen und zuklappen. Den Striezel im vorgeheizten Ofen bei 175 Grad Celsius backen, bis er eine bräunliche Farbe annimmt. Den abgekühlten Striezel mit Puderzucker bestreuen.



Traditionell: Mohnstriezel

BDV BAYERN

Der Landesverband lud zur Kulturpreisverleihung ein

Die Volkstanzgruppe Hof erhielt den Hauptpreis, Manfred Kittel und der Seniorenchor der Banater Schwaben Ehrenpreise

Der Bund der Vertriebenen in Bayern hat im Rahmen einer Feierstunde im Sudetendeutschen Haus seinen diesjährigen Kulturpreis vergeben und zwei mit ihm verbundene Ehrengaben ausgereicht. Der mit 2000 Euro dotierte Hauptpreis ging an die Volkstanzgruppe im BdV-Kreisverband Hof, Ehrengaben im Wert von jeweils 500 Euro an den Gründungsdirektor der Stiftung Flucht, Vertreibung, Versöhnung, Professor Manfred Kittel, und an den Seniorenchor der Banater Schwaben in Augsburg.

Brückenbauer zur Völkerverständigung

Als "ausgesprochen bedauerlich" bezeichnete BdV-Landesvorsitzender Christian Knauer, dass ein Großteil der Volkstanzgruppe aus Hof wegen eines "Personenschadens" auf der Zugstrecke es nicht schafften, an der Festveranstaltung teilzunehmen. In seiner Laudatio würdigte er den Kulturpreisträger als "ausgesprochen leistungsstarke Gruppe, die sich durch eine generationenübergreifende Pflege der ostdeutschen Kultur auszeichnet". Hervorgegangen aus der Schlesischen Volkstanzgruppe Rehau, begeistern die Mitwirkenden ihr Publikum nicht nur in

der Heimatregion, sondern auch im Inund Ausland.

Mit der Auszeichnung würdigte der BdV nicht nur das seit über 40 Jahren gezeigte Engagement der Leiterin, Jutta Starosta, sondern auch die Arbeit der Jugendleiter. Durch Auftritte in den östlichen Nachbarstaaten und die Begegnungen leisteten sie einen wichtigen Beitrag als "Brückenbauer" zur Verständigung der Völker und der Schaffung "eines rechtsstaatlichen und freiheitlichen geeinten Europas".

Die erste Ehrengabe überreichten Knauer und der Amtschef des Bayerischen Sozialministeriums, Markus Gruber, an den Berliner Wissenschaftler Kittel. Dieser wurde vor allem für seine Forschungsarbeiten und Publikationen zur Vertreibung und Eingliederung der Heimatvertriebenen nach dem Zweiten Weltkrieg geehrt. Laudator Paul Hansel würdigte den habilitier-

ten Geschichts- und Politikkenner als "hochkompetenten, intellektuell überzeugenden und wissenschaftlich ausgewiesenen Mitstreiter an der Seite der Landsmannschaften". Obwohl er selbst keinen Vertriebenenhintergrund habe, hätten ihn, die für den BdV einschlägigen Fragen, sein ganzes bisheriges Berufsleben nicht mehr losgelassen.

2009 konnte Kittel für das vom Bund der Vertriebenen unter Erika Steinbach

seit Langem geforderte und von Peter Glotz und anderen unterstützte Projekt eines Dokumentationszentrums für Flucht und Vertreibung der deutschen Heimatvertriebenen als Gründungsdirektor gewonnen werden.

Der Seniorenchor der Banater Schwaben in Augsburg war Empfänger der weiteren Ehrengabe. Mit der Gründung dieses Chores im Jahr 1985 habe die dortige Kreisgruppe der Landsmannschaft "ein nachahmenswertes und ausgesprochen erfolgreiches Projekt als Beispiel für die Einbeziehung aller Generationen in die Verbandsarbeit geschaffen", so die Ehrenvorsitzende der Siebenbürger Sachsen, Herta Daniel.

Mit vielen Auftritten in gesellschaftlichen, kirchlichen und lokalen Veranstaltungen bereitet der Seniorenchor mit rund 25 älteren Sängerinnen und Sängern seinen Zuhörern viel Freude. Mit dem beim Bundestreffen der Banater Chöre 2015 in Gersthofen neuen Konzept, dem "Singen in der Spinnstube", begann ein von Erfolg gekrönter Abschnitt im Werdegang des Chores. Mit der Ehrengabe wurden auch die Verdienste seiner Chorleiter Werner Zippel und Aniko Oster gewürdigt.



BdV-Kulturpreisträger geehrt: Mit Urkunde von links Prof. Manfred Kittel, Jutta Starosta, Hof, und Anika Oster, Augsburg. In der Mitte Altlandrat und BdV-Landesvorsitzender Christian Knauer, ganz rechts Ministerialdirektor Dr. Markus Gruber

Koserow - Von Salzhütten und mehr ...

Seebad auf Usedom mit interessanter Geschichte und zauberhafter Natur

VON ERWIN ROSENTHAL

oserow, seit 1853 Seebad, gilt als Perle unter den Usedomer Ostseebädern. Belegt wird das auch durch die Zahl der Badegäste. Der Ort mit seinen 1700 Einwohnern kann pro Jahr auf mehr als eine halbe Million Gäste-Übernachtungen verweisen (2019). Dabei gibt es in Koserow - im Unterschied zu den Kaiserbädern und Zinnowitz - keine Promenade und keine prachtvolle Bäderarchitektur. Turmhohe Hotels wie in Swinemünde oder in Misdroy auf der Nachbarinsel Wollin fehlen ebenfalls.

Worin besteht also der Reiz des Ostseebades an der schmalsten Stelle der Insel Usedom? Was hat Koserow, was die anderen Bäder nicht haben?

Da ist zunächst der schier endlose, breite und feinsandige Koserower Strand zu nennen, der zu den schönsten Stränden der Insel zählt. Auch wer einen einsamen Strand liebt, findet ihn hier. Gekrönt wird der Strand im Osten vom 58 Meter hohen Streckelsberg, dem dritthöchsten Berg der Insel, in dessen Schutz Koserow liegt. Wind und Wellen setzen dem bewaldeten Berg, auf dem im Frühjahr Buschwindröschen und Leberblümchen blühen, immer wieder zu.

Noch vor 300 Jahren ragte er 250 Meter weiter in die See hinein. Die hier vorherrschende Ostströmung transportiert den Sand von der Mitte der Insel nach Ahlbeck und Swinemünde, wo sich der Strand seit Jahrhunderten verbreitert. Auch an Höhe hat der Berg verloren. Vor Zeiten war er der Primus unter den Hügeln der Insel. Wellenbrecher, Buhnen,

eine Schutzmauer und künstlich aufgespülter Sand vermindern heute seine

Der Gipfel des Berges bietet einen weiten Blick auf die See. Im Westen taucht das Hügelland der Halbinsel Mönchgut (Insel Rügen) auf und in nordwestlicher Blickrichtung die Greifswalder Oie. Bei Dunkelheit beeindruckt dieses kleine Eiland mit dem lichtstärksten Leuchtturm an der pommerschen Küste. In südöstliche Richtung ist die Steilküste der Nachbarinsel Wollin zu erkennen.

Historische Salzhütten

Am früheren Fischerstrand, am Fuße der neuesten und originellsten Seebrücke der Insel, befinden sich die historischen Salzhütten, deren Geschichte bis ins Jahr 1820 zurückgeht. Der Preußenkönig Friedrich Wilhelm III. hatte angeordnet, an der pommerschen Küste Heringspackereien zum Einsalzen der Heringe zu schaffen. In den Salzhütten lagerte das hierzu erforderliche, für die Fischer kostenlose Salz. Bereits am Strand erfolgte die Konservierung der Heringe. Die Fässer erhielten einen Stempel und wurden an die Kolonialwarenläden geliefert. "Pelltüften un Hiring" war in dieser Zeit ein gängiges Mittagessen. Und es gab viel Hering! Hans Werner Richter ("Deutschland deine Pommern"), dessen Vater in Bansin Fischer war, schreibt, dass man kaum die Ruder ins Wasser tauchen konnte, wenn die Heringsschwärme da waren.

"Taille" der Insel wird die sturmflutgefährdete Landzunge zwischen der Ostsee und dem Achterwasser genannt, sie ist an ihrer schmalsten Stelle lediglich 300 Meter breit. Die Überquerung der "Insel-



Die Salzhütten sind denkmalgeschützt, heute werden dort Gäste bewirtet

Taille" dauert lediglich fünf Minuten. Noch im 18. Jahrhundert riss das Sturmhochwasser die Insel an dieser Stelle fünfmal in zwei Teile. Im Jahre 1792 durchbrach der Sturm die Landenge gar auf einer Breite von mehr als zwei Kilometern.

Im November 1872 wurde das Vorwerk Damerow zerstört, 1904 und 1913 kam es erneut zu Dammbrüchen. "Käppen, ick glöw wi führn över Bööm", soll der Moses gesagt haben, als der Nordoststurm ein Schiff von der Ostsee ins Achterwasser trieb. An der Straße erinnert ein Gedenkstein an die Sturmfluten von 1872 und 1874. Heute verhindert ein Deich ähnliche Katastrophen.

Auch kulturhistorisch ist Koserow interessant. Bei Lütten-Ort, ebenfalls auf der schmalen Landzunge gelegen, lädt das Atelier des bekannten Malers Otto Niemeyer-Holstein (1896-1984) zu einem Besuch ein. In seinem Testament hatte er verfügt, dass Lüttenort so erhalten bleiben soll, wie es zu seinen Lebzeiten war.

Die Koserower Kirche, ein 750 Jahre alter, frühgotischer, einschiffiger Backsteinbau, wird im Sommer als Spielstätte für die Aufführung anspruchsvoller klassischer Werke wie Goethes "Faust", Brechts "Galileo Galilei" und Lessings "Nathan" genutzt. Ein früherer Pfarrer der Kirche, Wilhelm Meinhold, hatte seinerzeit nach alten Kirchenbüchern den 1843 veröffentlichten Roman "Die Bernsteinhexe" geschrieben. Die Publikation versteht sich als getreue Widerspiegelung der hiesigen Verhältnisse im Dreißigjährigen Krieg. Und schließlich darf in keinem Ort an der pommerschen Ostseeküste er fehlen: Der gefürchtete, von den Armen verehrte Seeräuber Klaus Störtebeker. Er soll in den Höhlen des Streckelsberges seinen Schlupfwinkel gehabt haben.

Sagenumwoben: Vineta

Den größten - weit über Pommern hinausreichenden - Bekanntheitsgrad erhielt Koserow durch eine alte Sage. Etwa einen Kilometer vor der Küste des Vorwerks Damerow befindet sich das Vinetariff (auch Vinetabank), dessen Steine früher aus dem Wasser ragten. Diese Bank soll der Standort der vor mehr als 1000 Jahren versunkenen, überaus reichen Stadt Vineta gewesen sein. Jeden Abend könnte man hier tief unter den Wellen die silbernen Glocken der Stadt hören, heißt es.

Am Ostermorgen würde Vineta als warnendes Schattenbild, zur Strafe für die Abgötterei und Üppigkeit ihrer Bewohner, mit allen Häusern, Kirchen, Toren, Brücken und Trümmern deutlich sichtbar aus dem Wasser auftauchen. Der Glockenturm auf der neuen Seebrücke knüpft an diese Sage an. Anfang des 19. Jahrhunderts wurden Steine des Riffs für den Molenbau in Swinemünde "herausgezangt". Trotz eifrigen Suchens fand man jedoch keinen einzigen bearbeiteten Stein.

Eine weitere Attraktion und ein Magnet für Einwohner und Gäste in Koserow ist Karls Erlebnis-Dorf mit zahlreichen Angeboten für Kinder und Erwachsene. Aktuell: "Erlebnis Winter".



Der Kodex

kehrt zurück

In den Regalen des Lübecker Stadtar-

chives ist seit 1945 eine Lücke. Und es fehlt ausgerechnet das für die Hanse im Mittelalter zentrale Rechtsdoku-

ment - die offizielle Handschrift des

"Lübischen Rechts", in Lübeck ver-

fasst und für zahllose andere Städte

rund um die Ostsee und im Norden

ein Vorbild. Wismar, Rostock, Stral-

sund, Plön, Kiel, Reval, Tondern, Now-

gorod: Alle nutzten das Lübische

Recht. An manchen Orten galt dieses

Regelwerk bis 1900, bevor es dann

vom BGB abgelöst wurde. Offizielle

Fassung des Lübischen Rechts in Lübeck war der "Bardewiksche Kodex",

finanziert 1294 vom reichen Tuch-

händler Albert von Bardewik, der 1308

Bürgermeister wurde. Diese uner-

messlich wertvolle Prunkhandschrift wurde im Zweiten Weltkrieg ausgela-

gert und geriet so in die Sowjetunion.

Erst 2014 wurde sie in einer Kleinstadt

an der Wolga wiederentdeckt. Durch

eine Zusammenarbeit von Wissen-

schaftlern aus Deutschland, Russland,

Großbritannien und den USA er-

scheint jetzt ein aufwendiges Faksimi-

le des alten Kodex zusammen mit ei-

nem Band voller Erläuterungen und

neuer Forschungen. Die Lücke im Re-

gal des Lübecker Archivs kann nun ge-

schlossen werden. Nicht mit dem Ori-

ginal - aber mit vielen neuen Erkennt-

Quelle: NDR

nissen.

Kodex

Albert von Bardewik ließ diese wichtige Arbeit im 13. Jahrhundert ausführen

Albert von Bardewik, aus einer seit 1188 in Lübeck als "rathssässig" genannten Familie, erscheint gegen Ende des 13. Jahrhunderts in der hervorragenden Stellung eines Kanzlers der Stadt. Als solcher hat er für die Geschichte und das Recht Lübecks wichtige Arbeiten ausführen lassen: 1294 einen noch erhaltenen, glänzend ausgestatteten Rechtskodex, 1299 eine Redaktion der seerechtlichen Bestimmungen für die Fahrt nach Flandern, beide in niedersächsischer Sprache. Die letztere ist in ein ebenfalls von ihm 1298 angelegtes Registrum (Copiar) der städtischen Urkunden eingetragen, in welchem sich auch die älteste niedersächsische chronikalische Aufzeichnung Lübecks findet, anknüpfend an die Anlage des Buchs und aus gleichzeitigen Quellen zusammengetragen. Alberts Tod erfolgte erst 1333, doch wird er in städtischen Angelegenheiten nach 1300 nicht weiter erwähnt, sondern nur als Priester oder Magister genannt.

Quelle: Deutsche Biographie

• **Info** Die Städte mit lübischem Stadtrecht ziehen sich wie eine Perlenschnur auch durch Hinterpommern. Das Original des Kodex verbleibt übrigens in Russland



Die Salzhütten in Koserow 1942, geduckt sind sie in die Dünenlandschaft eingebettet

JUBILÄUM

70 Jahre Pommersche Landsmannschaft Hessen

"Landsmannschaft steht für vielfältige Kulturarbeit"

Der hessische Innenminister Peter Beuth hat der Pommerschen Landsmannschaft Hessen zum 70. Jahrestag ihres Bestehens gratuliert. Anlässlich des Jubiläums hat er die Pommerschen Landsmannschaft Landesgruppe Hessen und Kreisgruppe Wiesbaden besucht und dabei die Bedeutung einer lebendigen Erinnerungskultur hervorgehoben.

"Für die Hessische Landesregierung ist die Unterstützung der Gedenk- und Kulturarbeit eine Herzensangelegenheit. Was die Verbände und Landsmannschaften leisten, nötigt uns großen Respekt und tiefe Bewunderung ab. Denn auch mehr als 70 Jahre nach Flucht und Vertreibung hat das Thema eine große gesellschaftliche Bedeutung.

Schließlich wurde mit den Aussiedlern und Spätaussiedlern unser Bundesland für 1,8 Millionen Deutsche zur neuen Heimat. Damit hat nahezu ein Drittel der hessischen Bürger selbst oder über die familiäre Abstammung ein Vertreibungs- oder Aussiedlerschicksal.

Die Pommersche Landsmannschaft steht seit 70 Jahren für eine vielfältige, lebendige Erinnerungs- und Kulturarbeit. Ihre Geschichte ist Teil unserer Geschichte geworden, ihre Kultur ist heute Teil der Kultur des ganzen Landes. Ich danke den Mitgliedern der Pommerschen Landsmannschaft für den ausdauernden und treuen Einsatz", so Beuth.

Die Hessische Landesregierung schätzt die Arbeit der Pommerschen Landsmannschaft und wird ihr Engagement auch zukünftig ideell und materiell unterstützen. Grundsätzlich steht die Hessische Landesregierung in der 20. Le-

gislaturperiode im Bereich der Vertriebenenpolitik für Kontinuität und Aufbruch. Wie der Hessische Innenminister hervorhob, wurden gerade erst im Jahr 2020 die jährlichen Fördermittel für die Erinnerungs- und Kulturarbeit nach Paragraph 96 Bundesvertriebenengesetz (BVFG) um 50 Prozent erhöht.

REDE DER LANDESBEAUFTRAGTEN

Landesbeauftragte Margarete Ziegler-Raschdorf, die an der Jubiläumsveranstaltung in Wiesbaden ebenfalls teilnahm, erklärte: "Die Pommersche Landsmannschaft entstand im Jahr 1948 in Westdeutschland unter ihrem Sprecher Herbert von Bismarck, einem Großneffen Otto von Bismarcks. Ein Jahr später (1949) wurde die Landesgruppe Hessen der Pommerschen Landsmannschaft ge-

gründet und ein weiteres Jahr später (1950) die Kreisgruppe Wiesbaden. Sie alle können auf 70 Jahre ihres Bestehens zurückblicken. Dazu gratuliere auch ich sehr herzlich."

Seit Juli 2019 ist der Bereich Heimatvertriebene und Spätaussiedler durch Kabinettsbeschluss dem Hessischen Ministerium des Innern und für Sport zugeordnet. Mit der Einrichtung einer eigenen Stabsstelle der Landesbeauftragten Margarete Ziegler-Raschdorf hat die Hessische Landesregierung die institutionellen, organisatorischen und personellen Voraussetzungen im Innenministerium dafür geschaffen, die Geschichte und Kultur der Vertreibungsgebiete zu vermitteln und zu erhalten.

> Hessisches Ministerium des Innern und für Sport

"Urteil des BVerfG zeigt Linientreue zur Regierung"

Leserstimmen zu den zurückliegenden Ausgaben



"Man schätzt Ihre Zeitung als freies Medium, das auch eine Meinung jenseits der allgemeinen, öffentlichen Meinung vertreten kann"

Dr. med. Bernhard Sturn, Kitzingen



Ausgabe Nr. 47

VERSCHOSSENES ZINS-PULVER

ZU: DER UNTERSCHÄTZTE TREIB-SATZ DER INFLATION (NR. 48)

Von der Schweiz lernen, heißt siegen lernen? Wieso haben wir in der EU-27 eine Inflationsrate von 4,4 Prozent (Stand Oktober), in der Schweiz sind es aber – als Nicht-EU-Land – nur 1,3 Prozent? Da die Schweiz auch mit Corona, Verknappung von Zuliefermaterial, steigenden Energieund Verbraucherpreisen zu kämpfen hat, muss es wohl an einem strukturellen Systemfehler innerhalb der Europäischen Union liegen.

Die Europäische Zentralbank (EZB) hat ihr Pulver verschossen, der Instrumentenkoffer ist leer und die Wiedereinführung eines positiven Zinssatzes wäre für die massiv überschuldeten europäischen Südländer Griechenland, Italien, Portugal und auch Spanien ein "Worst Case Szenario". Das sind auch die Spätfolgen der nachlässigen Handhabung der Kopenhagener Kriterien (Beitritt zur Europäischen Union) und der Maastrichter Kriterien (Beitritt zum Euro).

Und was ist mit dem Stabilitäts- und Wachstumspakt, der eine übermäßige Verschuldung der Euro-Staaten verhindern und eine Angleichung der wirtschaftlichen Entwicklung in der Euro-Zone erreichen sollte? All das war doch der EZB bekannt. Und was wurde erreicht? Ohne ein längeres Konzept wurde immer nur auf Sicht bis zum heutigen Ergebnis gefahren. Mario Draghi war und Christine Lagarde ist eine EZB-Fehlbesetzung.

Dr. Hans-Dieter Seul, Berlin-Lichterfelde

KOMPLIZE DES KAPITALS

ZU: GRETCHENFRAGE IMPFPFLICHT (NR. 47)

Es ist erstaunlich, wie schnell die Politik das Thema Impfpflicht aufgreift und vorantreibt. Hier sind nahezu alle Mann an Deck, die sich für (in-)kompetente Aussagen berufen fühlen. Die Lauterbachs und Montgomerys dieser Republik malen mit dem neuen Omikron-Virus aus Afrika im Falle von Impfverweigerungen die schwärzesten Zukunftsvisionen an die Wand, sodass die Ungeimpften nur noch mit gesenktem Haupt durchs Leben gehen, weil ihretwegen die Intensivbetten in allen Krankenhäusern überbelegt sind. So jedenfalls klingt das die Bevölkerung spaltende Narrativ.

Erstaunlich ist bei allen in der Sache entscheidenden Politikern auch der Umstand, dass bei mittlerweile feststehender Tatsache, dass Geimpfte und Ungeimpfte die gleiche Viruslast tragen, nur die Ungeimpften die Verursacher der Verbreitung der Coronaviren sein sollen. Bislang hat sich aber noch kein Politiker die Mühe gemacht, die Entstehung des Corman-Drosten-PCR-Tests zu hinterfragen, der innerhalb von 27 Stunden das sogenannte Peer-Review-Verfahren durchlaufen haben soll (faktisch unmöglich), oder nach dem Stand einer Isolation des Coronavirus nachzufragen.

Überhaupt findet eine wissenschaftliche Auseinandersetzung mit diesem Krankheitsbild zwischen anerkannten Wissenschaftlern, die ein Für oder Wider diskutieren könnten, nicht statt. Bei dieser Impfpropaganda wird nun bei zahlreichen Experten der Rechtswissenschaften erkennbar, dass sie mit einer Impfpflicht kein Problem haben, zumal das jüngste Urteil des Bundesverfassungsgerichts (BVerfG) Linientreue zur Regierung zeigt.

Das BVerfG hat durch Besetzung in seiner Spitze mit einem Parteigänger eine merk(e)liche Veränderung erfahren. Offenbar fehlt dieser Instanz der nötige Abstand zur Politik, wie auch die jüngsten Vorgaben im Urteil in Sachen Klima und Umwelt belegen. In Sachen Corona hätte diese Instanz die wissenschaftliche Evidenz für die von der Politik getroffenen Entscheidungen (Schulschließungen) deutlicher hinterfragen müssen, aber auch hier findet der wissenschaftliche Beweis (Corona-Erkrankungen bei Kindern eher die Ausnahme) nur eine ungenügende Beachtung, sodass Corona letztlich bestenfalls als politische Konstruktion eine Bewertung erfährt.

Die Nähe von Politik und Rechtsprechung hat Olaf Scholz in einem politischen Strategiepapier aus den 1980er Jahren bereits dahingehend analysiert, dass der Staat als "Instrument des Kapitals zur Durchsetzung seiner Interessen" diente. Mit seiner aktuellen Äußerung, er halte die Impfpflicht heute für erforderlich, gewinnt seine Analyse wieder an Aktualität.

War bei Karl Marx der Staat nur der Reparaturbetrieb des Kapitals, ist er heute mit dieser Politik zum Komplizen geworden, dem demokratische Grundsätze wie auch die körperliche Unversehrtheit dem Profit und anderen politischen Zielen bedenkenlos geopfert werden können.

Rudolf Neumann, Ahrensburg

VERGESSENER KODEX

ZU: GRETCHENFRAGE IMPFPFLICHT (NR. 47)

Es gibt den Nürnberger Kodex von 1947, der besagt, dass Menschen nie wieder zu einer medizinischen Behandlung gezwungen oder genötigt werden dürfen. In der Deklaration von Helsinki (Ethische Grundsätze des Weltärztebundes für die medizinische Forschung am Menschen) ist der Nürnberger Kodex in das ärztliche Berufsrecht eingegangen. Wo stehen wir heute mit der angedrohten Impfpflicht?

PARALLELEN ZU DUNKLER ZEIT

Heike Fischer, Rostock

ZU: DER UMGANG MIT KIMMICH: EIN ALARMRUF (NR. 47)

Zu den Ausführungen im letzten Satz des Artikels, "Hier fällt auf, wie weit die historische Erinnerung an Machtmissbrauch bereits aus dem Gedächtnis vieler Deutscher verschwunden ist", gibt es für mich zwei Erklärungsversuche: Entweder haben die vielen immer wiederkehrenden Mahnungen deutscher Politiker über NSDeutschland und das "Nie wieder" nichts gefruchtet, oder aber die meisten Menschen können oder wollen über den eigenen Tellerrand nicht hinaussehen und die Parallelen zu einem dunklen Kapitel der deutschen Geschichte nicht erkennen. Beides wäre fatal.

aı. Sabine Preißler, Wiesbaden

TEUFELSKREIS DURCHBRECHEN

ZU: IMMER SCHNELLER MIT DEM MESSER (NR. 47)

Im deutschen wie im europäischen Raum wird die zunehmende Jugendgewalt mit Sorge registriert. Als wesentliche Ursache werden psychologische Probleme und Leistungsdruck ausgewiesen. Besonders Jugendliche aus bildungsfernen Schichten sehen keine Chance, die Schule oder eine Lehre erfolgreich abzuschließen. Sie greifen zu Drogen und Alkohol, was ihr Dilemma noch verschärft.

Anstatt ihnen Harz IV anzubieten und sie damit für alle Zeit ins Abseits zu stellen, sollte man ihnen professionelle Hilfe anbieten, auch Zwangsmaßnahmen, wenn es sein muss, um den Teufelskreis zu durchbrechen. Ich denke da an erfolgreiche Pädagogen, August Hermann Francke in Halle oder Johann Heinrich Pestalozzi (18. Jahrhundert). Es gibt heute das Deutsche Kinderhilfswerk. Glaubt man wirklich, durch Freigabe von Drogen Positives zu bewirken? Man darf wohl berechtigte Zweifel an dieser Art Hilfe hegen.

Bärbel Ballhorn, Aschersleben

BLUTLEERER PATRIOTISMUS

ZU: LIBERALKONSERVATIVE SINNSUCHE (NR. 45)

Der Autor Herr Professor Patzelt schreibt, dass die Werteunion, der er meines Wissens selbst angehört, von ihren Parteigenossen unter anderem die Pflege eines "aufgeklärten Patriotismus" fordere, und er meint, dass die CDU gut daran täte, künftig neben anderen politischen Tugenden auch einen "aufgeklärten Patriotismus" vorzuleben. Leider hat Patzelt vergessen, diesen Begriff näher zu beschreiben und zu zeigen, wie dieser Patriotismus sich äußert.

Es beschleicht einen die Vermutung, dass in der mit altem Personal erneuerten CDU ein aufgeklärter Patriotismus nicht mehr bedeutet als die blutleere Formel vom Verfassungspatriotismus. Oder wird gar nur unter einem neuen Terminus der gewohnte "Merkel-Patriotismus" weitergepflegt, der das eigene Volk klassifiziert als diejenigen, "die schon länger hier sind"? Vom "Steinmeier-Patriotismus" soll gar nicht erst die Rede sein.

Man kann sich überhaupt des Eindrucks nicht erwehren, dass, wenn Politiker von Patriotismus reden, sie ein politisch korrektes Verhalten meinen. Patriotismus und Patriot sind bekanntlich abgeleitet vom lateinischen patria, das Vaterland. Aber wer will denn schon den echten Patrioten, der sein Vaterland achtet, zu ihm steht, zu seiner Tradition, seiner Sprache, Kultur und Geschichte und notfalls auch dafür eintritt, wohl wissend, dass diese Geschichte auch dunkle Seiten hat? Ein Patriot ist jedenfalls nicht mit dem politisch korrekten Duckmäuser gleichzusetzen.

Edelbert Breu, Sulzbach-Rosenberg

SELBSTMORD AUF RATEN

ZU: "ERKENNT IHR NICHT, WIE GEFÄHRLICH DAS IST?" (NR. 45)

Es gibt keine stichhaltige Begründung, nach der wir die "Gäste" Lukaschenkos in unser Land aufnehmen sollten. Wir sind nicht verantwortlich für die Skrupellosigkeit des Diktators und noch weniger für die Dummheit seiner Opfer. Wenn die jetzt an der Grenze zu Polen festsitzen, sollen sie das mit sich selbst und ihrem "Gönner" abmachen.

Die brutalen Attacken der Migranten beweisen, dass sie geltendes Recht nicht respektieren. Folglich gilt für sie auch nicht das humanitäre Völkerrecht. Die im Fernsehen gezeigten Aktionen sind nach deutschem Recht mindestens schwerer Landfriedensbruch. Wer den Grenzübertritt mit Gewalt bandenmäßig erzwingen will, ist ein Krimineller, und Leute, die sich wie gewisse NGOs mit Kriminellen solidarisieren, stehen außerhalb der Rechtsordnung demokratischer Staaten. Was ist da an Pushbacks falsch? Die polnische Polizei hat das Recht, im Interesse der Sicherheit ihres Landes Straftäter sofort abzuschieben.

Angesichts rasant steigender Staatsschulden und immer neuer Corona-Wel-

len können wir uns die enormen Kosten des bisherigen Asylwesens nicht länger leisten. Dieses verschlingt jährlich etwa 80 Milliarden Euro, nach einer Studie der Universität Leipzig sogar 100 Milliarden pro Jahr. So hätscheln wir fast 350.000 ausreisepflichtige Fremde, die ohne Druck nicht gehen werden. Es gibt über 40.000 unbegleitete Minderjährige, die pro Person den Steuerzahler 101.332 Euro pro Jahr, also mehr als vier Milliarden Euro per anno kosten.

Die Liste der Aufwendungen für die ungebetenen Gäste ist lang und jede Zahl ist eine Provokation. Der größte Posten sind fast 40 Milliarden Euro für Wohnungsneubau zugunsten von 700.000 anerkannten Asylbewerbern. Jedes Jahr kommen aber rund 200.000 Immigranten hinzu, und wenn es nach dem Programm der Grünen ginge, noch sehr viel mehr mit sofortigem Anspruch auf sämtliche Sozialleistungen, für die ein Deutscher ein Leben lang arbeitet und einzahlt.

Natürlich werden die Armen, Gescheiterten und Unproduktiven der Welt unser Sozialparadies unter allen Umständen zu erreichen suchen. Doch die ökonomischen, demographischen und sozialpolitischen Folgen der Masseneinwanderung werden fatal sein. Mit seiner Asylpolitik begeht Deutschland Selbstmord auf Raten.

Adolf Frerk, Geldern

CHINESISCHE KOHLE-STRATEGIE

ZU: DIE NÄCHSTE HIOBS-BOTSCHAFT AUS ASIEN (NR. 45)

Der Artikel enthält eine Reihe gut recherchierter Punkte zum Thema Kohle-Verstromung in Ostasien, mein Kompliment.

Allerdings fehlt das Aufzeigen der eigentlichen Ursache, nämlich des chinesischen Boykotts der Australien-Kohle auf Grund einer Verärgerung über Australien. Es könnte übrigens sein, dass diese Verärgerung nur vorgeschoben ist, weil Indien und China einen PE-Eigenversorgungsdeal einfädeln und damit die beiden Player Rio Tinto und BHP außer Gefecht setzen wollen, was übrigens Australien bis ins Mark treffen würde – aber das ist wie gesagt reine Spekulation. Die begründe ich aber damit, dass die chinesische Regierung durchaus rationale Entscheidungen trifft und sich ansonsten nicht ohne Grund hier selbst Nachteile einhandeln würde. Heinrich Duepmann, Gütersloh

GRÜNE MENSCHENVERACHTUNG

ZU: DER WAHRE FEIND (NR. 40)

Unglaublich! Der letzte Abschnitt, in dem sich die Blase zur Stahlkugel härtet, zeigt die harmlose Seite der Jungen Grünen.

Am 14. Oktober war in der "SHZ" zu lesen, dass deren Sprecherin Sarah-Lee Heinrich meint, sie lebt in einer "ekligen weißen Mehrheitsgesellschaft". Also in einem Land, dass ihr soziale Sicherheit und gute Ausbildung beschert hat. Sie spielte verbal mit dem Hitlergruß, wollte jemanden aufhängen und ihn mit dem Messer malträtieren. Also einfach abartig.

Sie ist dunkelhäutig. Eine 20-Jährige, die so viel Menschenverachtung und Hass entwickelt, sollte man unter permanenter Beobachtung stellen. Dieselben Worte von einem AfDler gesprochen, hätten eine Überwachung garantiert.

Noch viel schlimmer ist es, so eine Person als Sprecherin im Bundestag dulden zu wollen. Ich frage mich: Was spielt sich noch alles hinter verschlossenen Türen der Jungen Grünen ab? Was sagen ein Habeck und eine Baerbock zu so einer Volkshetze? Peter Karstens, Eckernförde

Leserbriefe an: PAZ-Leserforum, Buchtstraße 4, 22087 Hamburg, Fax (040) 41400850 oder per E-Mail an redaktion@ preussische-allgemeine.de

Leserbriefe geben die Meinung der Verfasser wieder, die sich nicht mit der der Redaktion decken muss. Von den an uns gerichteten Briefen können wir nicht alle, und viele nur in Auszügen, veröffentlichen. Alle abgedruckten Leserbriefe werden auch ins Internet gestellt.

DENKSPORT

Das Spiel der Wunderkinder

Bei der Schach-WM will der Norweger Magnus Carlson seinen Titel verteidigen – Ein junger Deutscher sitzt schon in den Startlöchern

VON STEPHANIE SIECKMANN

ie Weltmeisterschaften der Sportart Schach werden in diesen Tagen im Exhibition Center in Dubai ausgetragen. Alle Augen richten sich dabei auf den Titelverteidiger Magnus Carlsen, der seit 2013 den Titel Weltmeister trägt und diesen seitdem mit schöner Regelmäßigkeit verteidigt hat. Der Norweger, der bereits mit 13 Jahren den Titel Großmeister tragen durfte, ist seit mehr als zehn Jahren das Maß der Dinge im Schach. Doch die souveräne Überlegenheit des Schach-Königs bröckelt.

Carlsen galt vor zehn Jahren als Schach-Wunderkind. Doch er ist nicht der einzige talentierte Schachspieler, der schon in jungen Jahren für Aufsehen am Schachbrett gesorgt hat. Der Norweger verteidigt seinen WM-Titel in diesem Jahr gegen den Russen Jan Nepomnjaschtschi. Die beiden Männer kennen sich gut. Beide sind inzwischen 31 Jahre alt, haben bereits im Alter von zwölf Jahren bei Europameisterschaften gegeneinander gespielt.

Auch der russische Gegner bei der diesjährigen WM ist ein Schach-Wunderkind gewesen. Die ersten fünf Runden beim diesjährigen WM-Wettstreit sind mit einem Remis ausgegangen. Mit Remis wird beim Schach eine Partie bezeichnet, deren Ausgang ein Unentschieden ist.

Wettstreit der Strategien

Insgesamt 14 klassische Partien werden gespielt. Sollten alle Runden mit einem Remis enden, wird es dazu kommen, dass die beiden Gegner in mindestens vier Schnellschach-Partien gegeneinander antreten. Auch das wäre nicht neu. Die letzten beiden WM-Titel sind ebenfalls in einem solchen Tiebreak-Finale ermittelt worden. Sollte es danach noch Remis stehen, gibt es eine Blitzschach-Partie mit noch geringerer Bedenkzeit. Eine sogenannte Armageddon-Partie, bei der ein Losentscheid den Sieg-bringenden Vorteil ausmachen kann, ist das letzte Mittel, um einen Gewinner zu bestimmen.



Der Titelverteidiger ist am Zug: Carlsen (r.) will in Dubai seinen WM-Titel gegen Nepomnjaschtschi behaupten

Foto: pa

Carlsen bestreitet in diesem Jahr seine fünfte WM. Beim letzten Wettstreit im Jahr 2018 trat er gegen den US-Amerikaner Fabiano Caruana an, der zu diesem Zeitpunkt die Nummer zwei der Weltrangliste hinter Carlsen war. Auch er galt als Schach-Wunderkind. Die Strategie von Caruana war geprägt von Wissenschaftlichkeit und kühler Analyse und stand damit im krassen Gegensatz zum Spiel von Magnus Carlsen, der gerne auf Überraschungseffekte setzt und sich auf seine Improvisationsfähigkeit verlässt.

Für die Wertung bedeutet ein Remis, dass beide Spieler für die Partie je einen halben Punkt erhalten. Für einen Sieg erhält der Spieler einen ganzen Punkt. Der Schachspieler, der zuerst 7,5 Punkte erzielt, geht als Sieger aus dem Wettkampf uusforderer Sergej Karjakin in New York obwohl der Russe auf bewährte Strategien

hervor. Während den Spielern in den klassischen Partien in den ersten 40 Zügen 120 Minuten und für die folgenden 20 Züge 60 Minuten Bedenkzeit zur Verfügung stehen, setzt der Tiebreak die Spieler mit dem Faktor Zeit unter Druck.

Vier Partien Schnellschach, bei denen 25 Minuten Bedenkzeit und zehn Sekunden Zugabe je Zug angesetzt sind, fordern schnelle Entscheidungen. Ein Format, das Carlsen, dem ein phänomenales Gedächtnis nachgesagt wird, liegt. Das bewies er zuletzt bei der WM 2018, als er damit den Herausforderer Caruana so gewaltig unter Druck setzte, dass er klar siegte.

Auch im Jahr 2016 trafen zwei Schach-Wunderkinder aufeinander. Damals saßen sich Carlsen und sein russischer Heram Schachbrett gegenüber. Bei diesem Match standen sich zwei Spieler gegenüber, die für Nervenstärke stehen. Auch in dieser Begegnung gab es zehn Partien, die mit Remis endeten. Nach den insgesamt zwölf Partien gab es Punktegleichstand - auch hier fiel die Entscheidung im anschließenden Schnellschach.

Match auf Augenhöhe

Bislang ist die diesjährige WM-Partie zwischen Magnus Carlsen und Jan Nepomnjaschtschi ausgewogen. Eine Computerauswertung der ersten Partien ergab, dass dies bislang die korrekteste Weltmeisterschaftspartie der Schach-Geschichte ist, gemessen an den vom Computer für gut befundenen Zügen. Und das,

wie die russische und die spanische Eröffnung setzte, der norwegische Titelverteidiger dagegen hier und da mit Zügen reagierte, die in keinem Lehrbuch stehen. Für diese Spiel-Strategie ist Carlsen, der auch als Mozart des Schach bezeichnet wird, bekannt. Nicht nur seine extravagante Art des Spiels, auch seine Launen sollen an das Musik-Genie erinnern.

Sein Herausforderer Nepomnjaschtschi hat Carlsen bereits einmal schlagen können - im Jahr 2002 bei der EM der unter Zwölfjährigen. Er gilt als Schachgenie und hat durchaus das Potential, der 17. Schachweltmeister zu werden.

Abseits des großen Duells steht ein weiteres Schach-Genie in den Startlöchern. So wie es aktuell aussieht, ist es nur eine Frage der Zeit, bis der jetzt 16-jährige Vincent Keymer nach Emanuel Lasker der zweite deutsche Weltmeister werden könnte. Der aus der preußischen Provinz Brandenburg stammende Lasker behauptete 27 Jahre lang, von 1894 bis 1921, den WM-Titel.

Carlsen hat sich mit Keymer bereits ein sieben Stunden dauerndes Match geliefert und war anschließend voll des Lobes für seinen Gegner, der mit 14 Jahren jüngster Deutscher Großmeister aller Zeiten geworden ist. Er trainiert zehn Stunden täglich und hat ein großes Ziel: irgendwann den WM-Thron zu erringen.

Das Können von Schachspielern wird mit Hilfe der ELO-Zahlen ermittelt. Im Jahr 2019 wurde für Keymer aufgrund seiner Strategien ein ELO-Wert von 2795 ermittelt. Eine herausragende Leistung, die noch nie zuvor von einem Schachspieler der Altersklasse U14 erzielt worden war. Bei der Europameisterschaft der Vereine 2021 konnte er mit einer Leistung von 2812 ELO zum Erfolg seines Vereins beitragen. Im Vergleich dazu wurde im April 2021 für Carlsen ein ELO-Wert von 2855 ausgewiesen. Für Karakin, WM-Gegner von Carlsen im Jahr 2016, waren zu diesem Zeitpunkt 2782 notiert. Caruana, WM-Herausforderer im Jahr 2018, rangierte mit einem ELO-Wert von 2791 auf Platz zwei hinter Carlsen.

Die Praline des kleinen Mannes

Süße Sünden zu Weihnachten - Vor 85 Jahren erfand ein Dresdener Chocolatier die essbaren Dominosteine

Dominosteine gehören genauso zu Weihnachten wie der Dresdner Christstollen. Während letzterer jedoch bereits im Jahr 1474 urkundlich erwähnt wurde und besonders durch den sächsischen Kurfürsten August den Starken im 18. Jahrhundert berühmt wurde, ist die Geschichte der süßen Dominosteine noch nicht ganz so lang. 1936 vom Dresdner Chocolatier Herbert Wendler erfunden, gibt es die Schichtpralinen erst seit 85 Jahren.

Wendler, Hersteller von Luxuspralinen, wollte auch die weniger betuchten Bürger der Stadt mit Leckereien versorgen. Seine Idee war es, eine in Massen industriell fertigbare und damit preiswerte Praline für jedermann zu kreieren. Im Alter von 24 Jahren entwickelte er 1936 nach vielen Versuchen die Dresdner Dominosteine. Sie bestehen aus drei Schichten mit braunem Lebkuchenteig, Kirschsaftgelee und feinstem Marzipan, umhüllt von dunkler Schokolade.

Sie waren schmackhaft, optisch ansprechend und deutlich günstiger als seine übrigen Pralinen. Die Dominosteine wurden rasch in Dresden und darüber hinaus populär und besonders in der Weihnachtszeit verzehrt. In den dann folgenden Mangeljahren schafften sie den Durchbruch in ganz Deutschland.

Besonders in Kriegszeiten waren die essbaren Quader als haltbare und leckere

"Notpraline" begehrt, was den Absatz beflügelte, da sich weite Bevölkerungskreise keine echten Pralinen leisten konnten. Angeblich wurden sie sogar den deutschen Soldaten mit an die Front gegeben. Statt Marzipan kam in Zeiten der Lebens-



Unverzichtbar zur Weihnachtskaffeezeit: Dresdner Christstollen und Dominosteine

mittelknappheit oft das günstigere Persipan zum Einsatz, das aus Aprikosenkernen gewonnen wird.

Nach Kriegsende baute Wendler 1952 im vormaligen Ballhaus Alberthöhe in Dresden-Klotzsche seine im Krieg zerstörte Schokoladenfabrik wieder auf und produzierte unter der Firmierung "Süßwarenfabrik Herbert Wendler KG" weiter Dresdner Dominosteine. Zu DDR-Zeiten wurde die leckere Schichtpraline als "Bückware" unter der Ladentheke gehandelt, avancierte aber auch zum Exportschlager in den Westen. 1972 wurde Wendlers Firma enteignet und dem VEB Elite Dauerbackwaren eingegliedert, die Wendler bis zur friedlichen Revolution von 1989 führte.

Kurz danach startete er im Alter von fast 80 Jahren seinen eigenen Betrieb wieder neu. Der Konkurs war dennoch nicht abzuwenden. 1996 meldete Wendler Insolvenz an. Zwei Jahre später starb er. Doch die Geschichte seiner Dominosteine ist damit nicht vorbei: Parallel zu Wendlers wechselhafter Geschichte entwickelte der Ingenieur Hartmut Quendt

eine Maschine, die eine andere Ost-Spezialität, Russisch Brot, in industriellen Stückzahlen fertigen konnte und gründete sein eigenes Unternehmen. Die "Dr. Quendt Backwaren GmbH" übernahm 1999 die Produktion und stellt bis heute im Dresdner Stadtteil Coschütz "Feinste Dominosteine" nach Wendlers Originalrezept her.

Im schlichten Fabrikbau lockt heute ein Werksverkauf: Süßes in Knistertüten, reduzierte Ware mit Schönheitsfehlern sowie Neukreationen zum Geschmackstest. Natürlich sind auch "Dresdner feinste Dominosteine" erhältlich.

Der Name "Feinste Dominosteine" ist geschützt - so dürfen die süßen Würfel nur heißen, wenn sie mit echtem Marzipan gefüllt sind. Heute sind Dominosteine ein populäres Saisonprodukt, das von Discount-günstig bis zu Konditorei-kalkuliert auf jeden bunten Teller in der Vorweihnachtszeit gehört. Andreas Guballa

• Dr. Quendt Offenburger Straße 1, Gewerbegebiet Coschütz, 01189 Dresden, Telefon (0351) 436160, www.dr-quendt.de

FÜR SIE GELESEN

Tiere feiern Weihnachten

Zum Verlieben niedlich ist die kleine Luchsin, die neugierig durch den Wald stapft, um zu erfahren, was Weihnachten ist. Mit aufgestellten Pinselohren und blauen Augen lässt die Autorin Karolina Benz im Bilderbuch "Im Wald, da steht ein Weihnachtsbaum" das Tier im Schnee spazieren gehen. "Was ist denn Weihnachten?", fragt sich die Samtpfote und trifft auf alle Tiere des Waldes, wie Hirsche, Rehe, Wildschweine, Vögel und viele mehr, die alle damit beschäftigt sind, Weihnachten vorzubereiten. Die Waldbewohner schmücken einen geheimnisvollen Baum im Wald auf ihre Weise. Diesen soll die Luchsin suchen, weist sie ein Hirsch an, dann wüsste sie, was Weihnachten sei. Natürlich wird der Weihnachtsbaum am Ende gefunden und strahlt schöner als der Mond. Alle können nun gemeinsam feiern.

Auch Zweijährigen wird dieses Bilder- und Vorlesebuch sicher schon sehr gefallen. Die Bilder sind anheimelnd und vermitteln Weihnachtsfreude. Der stabile, feste Karton hält auch kleinen Händen stand.



Karolina Benz: "Im Wald da steht ein Weihnachtsbaum", Penguin Verlag, München 2021, gebunden, 12 Euro

Ein wohlfeiles Pamphlet

2019 hatte der damalige SPD-Bürgermeister der mittelsächsischen 4500-Seelen-Gemeinde Augustusburg, Dirk Neubauer, in seinem Buch "Das Problem sind wir" für mehr politisches Engagement der Bürger geworben, parallel aber auch heftig gegen die AfD und deren Anhänger polemisiert.

Mittlerweile ist er aus der SPD ausgetreten, weil die Mitgestaltung dort wohl doch nicht so funktionierte. Insofern liest sich sein neues Buch "Rettet die Demokratie!" etwas nostalgisch. Denn es entstand noch vor dem Eklat. Gleichzeitig bietet Neubauer aber kaum Neues. Vielmehr liefert er wiederum wohlfeile – manche würden jetzt genüsslich schreiben "populistische" – Floskeln zu den Themen Diskrepanz zwischen Stadt und Land, Parteiensystem, Finanzpolitik und Bürokratie: "Dieses komplexe, überregulierte, paragraphenreitende und oftmals autokratisch gelenkte Land braucht einen Neustart!" Und zwar unbedingt unter Beteiligung "mündiger Bürgerinnen und Bürger" vor Ort. Aber um Himmels Willen nicht solcher, die auf "vermeintliche Heilsbringer" hören, welche sich als Alternative anbieten, jedoch nur "Seelenfänger" seien.

Manchmal ergibt eine Wiederholung von Aussagen mit anderen Worten einen besseren Sinn, manchmal nicht. Im Falle von Neubauers zweitem Pamphlet trifft ganz klar das Letztere Wolfgang Kaufmann



Dirk Neubauer: "Rettet die Demokratie! Eine überfällige Streitschrift", Rowohlt Taschenbuch Verlag, Hamburg 2021. broschiert, 191 Seiten,

WEIHNACHTSBUCH DER WOCHE



Besinnlich und heiter soll die Advents- und Weihnachtszeit sein. Besonders in diesen krisengeschüttelten Zeiten mit Kontaktbeschränkungen mag sich das jeder wünschen. Die Rückbesinnung auf alte Traditionen wie Basteln, Backen und Singen in der Vorweihnachtszeit hilft dabei, sich die Zeit in den eigenen vier Wänden zu verschönern.

Der Diogenes-Verlag hat 21 Weihnachtslieder aus Tomi Ungerers großem Liederbuch in einem kleinen bibliophilen Band neu zusammengestellt, mit Zeichnungen des 2019 verstorbenen Künstlers Ungerer versehen. Bei einigen Liedern sind neben den Texten die Noten auch mit Klaviersatz enthalten. Das Buch ist ein Kleinod, das in keiner Sammlung fehlen darf.



"Das Weihnachtsliederbuch. Mit Zeichnungen von Tomi Ungerer", Diogenes Verlag, Zürich 2021, gebunden, 23 Seiten, 14 Euro

Erfolgreich in allen Lebensbereichen

Wie der britische Journalist John Kampfner die Bundesrepublik im Vergleich zu England sieht

VON KARLHEINZ LAU

ohn Kampfner ist ein bekannter britischer Journalist mit internationaler Erfahrung. Sein Hauptinteresse gilt Deutschland vor und nach der friedlichen Revolution. Viele Jahre war er Korrespondent in dem damaligen Regierungssitz Bonn. Der Untertitel seines Buches "Warum Deutschland es besser macht" lautet: "Ein bewundernder Blick von außen".

Es ist durchaus keine Jubelarie, sondern eine differenzierende, kritische und an den dargestellten Fakten orientierte Darstellung. Überwiegend die Verhältnisse in Großbritannien bilden das Material, das mit der Bundesrepublik Deutschland verglichen wird, aber auch Hinweise auf einzelne Mitglieder der EU werden einbezogen. Der Leser muss beachten, dass alle Aussagen von Kampfner seine persönliche Meinung sind, die keineswegs identisch mit dem ist, was in Großbritannien über Deutschland oder Angela Merkel geurteilt und gedacht wird.

An Fakten orientierte Darstellung

Die Darstellung wird neben einer Einleitung und dem Ergebnis in sechs Kapitel gegliedert. Diese folgen der Chronologie, das heißt vom Ende des Zweiten Weltkrieges bis in das Jahr 2021. Der Autor behandelt die nach seiner Ansicht prägenden und wichtigen Ereignisse und Vorgänge der Entwicklung Deutschlands von der Stunde Null bis in unsere Gegenwart. Bis 1989 steht allerdings überwiegend Westdeutschland im Mittelpunkt. In diesem zeitlichen Rahmen setzt er die Vergleiche mit England an. Es ist also eine

dem Blickwinkel eines britischen Journa- schen noch lange tragen müssen.

In den ersten Abschnitten seines Buches behandelt Kampfner die Frage, wie in Deutschland und Europa aus dem Chaos der in weiten Teilen des Kontinents völlig zerstörten Infrastruktur und mentalen Verzweiflung und Erschöpfung der Menschen eine Aufbruchstimmung entstehen konnte, aus den Ruinen und Trümmern herauszukommen.

Bezugsgröße Britisches Empire

In England und Deutschland entwickelten sich sehr bald unterschiedliche Ansichten über die Gestaltung eines vereinten Europas, das noch 1946 von Winston Churchill als politische Hauptaufgabe der europäischen Einzelstaaten bezeichnet und gefordert wurde. Wie die Entwicklungen bis 2021 zeigen, saßen Deutschland und England in verschiedenen Booten. Nach Kampfners Ansicht ist England nicht richtig mit der EU warm geworden, was letztlich der Brexit zeigt.

Die historische Bezugsgröße für viele Engländer sei nach wie vor das weltumspannende Britische Empire, die Siegermacht des Ersten und Zweiten Weltkrieges. Es ist also ein traditionelles Bewusstsein in dem Sinne, dass Großbritannien sich immer noch als eine souveräne und eigenständige Großmacht sieht. Dies erklärt die Leitlinien der englischen Politik.

Und dies im Gegensatz zu Deutschland, das zumindest im Rückblick der letzten Jahrhunderte über keine glanzvolle Traditionslinie verfügt: zwei verlorene Weltkriege, die Verbrechen der nationalsozialistischen Schreckensherr-

Diese Auseinandersetzung mit der eigenen Geschichte begann nicht sofort nach 1945, in jenen Jahren standen die Beseitigung der Trümmer und der Notlagen der Menschen im Vordergrund und die beginnende Phase des Wiederaufbaus, die im Wirtschaftswunder ihre Fortsetzung fand. Erst zögernd begann die Beschäftigung mit der jüngsten Vergangenheit, mit der Zeit des Nationalsozialismus und dem Holocaust. Sie hält bis heute an und wird auch in Zukunft die innere Verfasstheit der deutschen Demokratie bestimmen.

Beispielhaft für die Ernsthaftigkeit der Auseinandersetzung mit der eigenen Vergangenheit nennt der Autor den Warschauer Kniefall von Willy Brandt im Dezember 1970 und die berühmte Rede des früheren Bundespräsidenten Richard von Weizsäcker vom 8. Mai 1945 zum 40. Jahrestag der Beendigung des Krieges in Europa. Ein strategischer Unterschied wird auch deutlich im Bereich der Außenbeziehungen im Bezug zu Europa: die deutschen Bemühungen um Stabilisierung der EU und die britische Politik der Befreiung aus dem Korsett der EU mit den bekannten Folgen, die wir heute sehen.

Bedeutung von USA und China

Kampfner warnt allerdings beide Seiten, die Bedeutung Chinas und der USA nicht zu unterschätzen. Deshalb fordert er, sie neu zu bewerten. Er spricht von einer langfristigen Verlagerung der amerikanischen Interessen weg von Europa und hin nach Asien. Der Schutzschild USA für Europa, so besonders im Kalten Krieg,

Art Geschichte der Bundesrepublik aus schaft sind die Last, welche die Deut- gilt nicht mehr wie gewohnt. Das muss sich besonders Deutschland sagen. Der deutsche Weg in der Wirtschafts- und Finanzpolitik, in der Asyl- und Migrationspolitik, in der Arbeitsmarktpolitik, in der Energie- und Klimapolitik, in der Bekämpfung der Pandemie, aber auch die Stabilität der Demokratie und ihrer Institutionen, werden vom Autor im Vergleich zu den Nachbarstaaten gelobt, in Einzelpunkten aber durchaus kritisch ge-

Deutschlands Stabilität

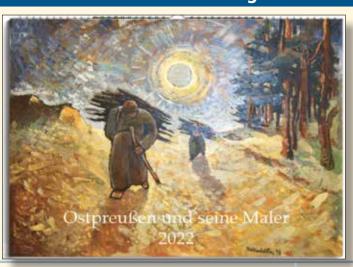
Als aktuelles Beispiel kann Nord Stream 2 genannt werden. Am Schluss seines Buches kommt der Autor zu folgendem Ergebnis: Sein Heimatland sei "ein klassisches Beispiel für Größenwahn, Inkompetenz - und Leid" gepaart mit Selbsttäuschung - ein wahrlich hartes Urteil. Deutschland ist nach seiner Meinung seit dem Ende des Krieges eine erstaunliche Erfolgsstory und die Geschichte einer bemerkenswerten Stabilität in allen Lebensbereichen.

Es ist ein interessantes, aspektreiches und sehr lesenswertes Buch, das durch die persönlichen Kenntnisse und Erfahrungen des Autors an Authentizität gewinnt.



John Kampfner: "Warum Deutschland es besser macht", Rowohlt Verlag, Hamburg 2021, gebunden, 207 Seiten, 12 Euro

Flechsig Medienvertrieb



und seine Maler 2022 Ostpreußen hatte bis 1945 eine bedeutende Künstlerschaft und Kunstzentren mit der Königsberger Kunstakademie und der Künst lerkolonie in Nidden. Die hier gezeigten Bilder ostpreußischer Maler beschäftigen sich mit dem Thema "Alltag in Ostpreußen" Format 50 x 35 cm Spiralbindung Nr. P A1732 25,50 € ohne Batterie



Nr. P A0445 11,95 €



Nr. P 5666

A. v. Berg Großmutters gemeinnützige Rezepte und erprobte Hausmittel Alt, wirksam, selten und manchmal gefährlich 1. Fleckenreinigung; 2. Das Waschen verschiedener Stoffe; 3. Rezepte

verschiedener Art; 4. Über das Färben; 5. Gesundheitspflege sowie 6. Witterungsregeln. 104 Seiten., Reprint von 1903 Nr. P A1725 Kartoniert 9.95 €

Großmutters

Rezepte

Hausmittel



Hist. Karte: Deutsches Reich - Deutschland 1903 Nr. P A1551 **Gefaltete Karte**

19,80 €

Nr. P A1708

Farbenprächtiger Nachdruck. **Deutsches Reich nebst** Deusch-Österreich und der Schweiz. Deutschland, um 1903. Außenformat 65 x 81 cm Grenz-und flächenkolorierte Karte. Kartograph: Friedrich Handtke (1815-1879). Bearbeitet und ergänzt im kartographischen Institut der Verlagsbuchhandlung. Reprint. Maßstab 1:1825 000. Darstellung 6 % verkleinert zum Original.

Die verschiedenen Gebiete

wurden koloriert.

KATRARINA ELLIGER Und tief in der Seele das Ferne Katharina Elliger Und tief in der Seele das Ferne

Die Geschichte einer Vertreibung aus Schlesien Ende 1944 werden die Nachrichten über die heranrückende Rote Armee immer bedrohlicher. Katharina und ihre Mutter schließen sich einem Flüchtlingstreck an, kehren jedoch bald in ihre Stadt zurück. Die

Besatzungszeit ist grausam. Doch schlimmer trifft sie ein Jahr später die Vertreibung unter unmenschlichen Bedingungen. 256 Seiten. Nr. P A1502 6,95€ Gebunden



Solange der Vorrat reicht 4 Königsberger Marzipanherzen Schwermer Marzipanherzen einzeln in Cellophanfolie verpackt 4 x 25 Gramm geflämmtes Marzipan mit Zuckerguss in der Mitte. Nr. P 5659 4 x Marzipanherzen 9,99 €



Kalender Ostpreußen in alten Ansichten 2022 Mit 12 historischen S/W-Motiven aus Ostpreußen. Spiralbindung. Wandkalender. Format 29 x 32 cm

Kalende

Kaffeebecher mit Wappenrand Steingutbecher mit dem Wappenrand der

Fritz Blankenhorn Wappen der Ostgebiete des Deutschen Reiches. Nr. P A0785 12,95 €

ohne Wiederkehr

FRITZ BLANKENHORN

... und fahr'n wir

. und fahr'n wir ohne Wiederkehr Von Ostpreußen nach Sibirien 1944-1949 Blankenhorn kommt 1944 mit 22 Jahren an die Ostfront. Er gerät in das eingeschlossene Königsberg, wo er in Gefangenschaft gerät. Es folgen vier unerbittliche Jahre in Lagern diesseits und jenseits des Urals. Fritz Blankenhorn hat seine Erlebnisse ohne Pathos und doch ergreifend beschrieben. Ein Buch, das unter die Haut geht. 288 Seiten. Nr. P A1725 Gebunden 7,95 €

Der "Knigge" ist auch heute

noch ein hochinteressanter

Meilenstein über die prakti-

sche Kunst des Umgangs mit

Menschen. Erschienen 1788 - im

gleichen Jahr wie Kants "Kritik

der praktischen Vernunft" –

befasst sich Knigge mit der

Durchsetzung von Moral und

gibt überzeugende und vor allem

Fragen menschlichen Zusammen-

lebens. "Die Kunst des Umgangs

mit Menschen besteht darin, sich

bemerken, geltend und geachtet

zu machen, ohne beneidet zu

werden." (Adolph Freiherr von

praktikable Antworten auf die



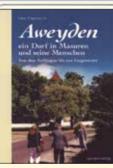
Landsmannschaftsfahne Ostpreußen mit Elchschaufel-Wappen Die Fahne ist bedingt wetterfest. Format 150 cm x 90 cm Nr. P 9905 12,50€



Deutscher Schulatlas Reprint der Berliner Originalausgabe von 1910 Nr. P 9965 Gebunden 9,99 €

Dieser ursprünglich im Jahre 1910 erschienene Schulatlas beruht auf der 50. Auflage des Deutschen Schulatlasses. Er bietet mit über 121 Haupt- und Nebenkarten einen umfassenden Überblick über Deutschland und die Welt zum Zeitpunkt des Erscheines des Atlasses im Jahr 1910. Große Deutschlandkarten, Karten zu Deutschlands Kolonien, Europa und verschiedene Weltkarten vermitteln einen übersichtlichen Eindruck der Welt vor dem 1. Weltkrieg. Ergänzt wird der Atlas durch einen Schulplan Berlins im Maßstab 1:20.000. Format 25 x 30 cm. 48 Seiten

15,90 €



Irene Piepenbrink Aweyden Ein Dorf in Masuren und seine Menschen Von den Anfängen bis zur 192 Seiten, 200 farb. und s/w-Abb. Nr. P A1625 Geb. 26.80 € Die Autorin Irene Piepenbrink hat durch jahrelange Recherchen nicht nur die Geschichte des Ritterdorfes und ältesten Beutnerdorfes Aweyden im Kreis Sensburg in Masuren zu Papier gebracht. Sie hat auch eine interessante und ergreifende Dokumentation der Ereignisse durch Jahrhunderte hinweg erstellt, in deren Mittelpunkt die Menschen und ihre Schicksale im romantischen Aweyden von den Anfängen bis zur Gegenwart geschildert werden. Irene Piepenbrink, geb. Bierfreund ist 1940 in Sensburg/Ostpreußen geboren, aufgewachsen in Aweyden. 1958 erhielt sie die Genehmigung als Spätaussiedlerin auszureisen. Ihr Herz gehört

ihrer Heimat Masuren!



Adolph Freiherr von Knigge Über den Umgang mit

368 Seiten Nr. P A1366 Gebunden 8,00 €



Fahne Sudetenland Die Fahne ist bedingt wetterfest. Format 150 cm x 90 cm Nr. P A0587

12.50 €



Kalender Schlesien in alten Ansichten 2022 Mit 12 historischen S/W-Motiven aus Schlesien. Spiralbindung Wandkalender. Format 29 x 32 cm Nr. P A1709 15,90 €



Hans-Joachim Schoeps Preußen **Geschichte eines Staates** 400 Seiten/Gebunden Nr. P A1478

Preußen als historische Größe des alten Europa ist heute versunken. Seine Staatsidee und sein Stil sind nur noch Reminiszenz. Der 1980 verstorbene Ordinarius für Religions- und Geistesaeschichte an der Universität Erlangen, Hans-Joachim Schoeps, hat sich mit seiner Geschichte Preußens nachdrücklich für eine historische Rechtfertigung dieses Staates eingesetzt. Die Gesamtdarstellung der Geschichte Preußens wird durch einen Anhang ergänzt, der die wichtigsten Zeugnisse preußischen Geistes in charakteristischen Ausschnitten vorführt.



Kalender Pommern in alten Ansichten 2022 Mit 12 historischen S/W-Motiven aus Pommern. Spiralbindung. Wandkalender. Format 29 x 32 cm Nr. P A1710 15,90 €



Fahne Königreich Preußen Die Fahne ist bedingt wetterfest. Format 150 cm x 90 cm Nr. P 9981 **Fahne**

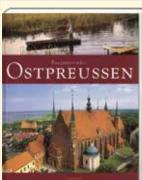
ab einem Bestellwert von 80,00 € ist die Lieferung versandkostenfrei* (*nur gültig bei Versand

innerhalb Deutschlands). Auslandslieferung gegen Vorkasse. Dabei werden die tatsächlich

entstehenden Portogebühren berechnet. DVDs und CDs sind vom Umtausch ausgeschlossen.

12,50 € Lieferung erfolgt gegen Rechnung. Achtung, die Versandkostenpauschale beträgt nur € 4,90*,

Preis €



Wolfgang Korall/ **Ernst-Otto Luthardt** Faszinierendes Ostpreußen 117 Abbildungen, Format 24 x 29 cm 96 Seiten/Gebunden Nr. P 575725

Immer mehr Menschen zieht es in jene faszinierende Gegend, in der einst die Wiege des preußischen Staates gestanden hat. Gerade die Masurische Seenplatte - nebst Ostseeküste - birgt nicht nur eine relativ unversehrte Natur, sondern auch eine Vielzahl historischer Städte und Dörfer, berühmte Gotteshäuser und Wallfahrtsorte sowie die Wehrbauten des Deutschen Ordens. Sehenswert sind jedoch nicht nur jene heute zu Polen gehörenden Gebiete Ostpreußens, sondern auch die alte Hauptstadt Königsberg – das heute russische Kaliningrad – oder die bekannten Badeorte Rauschen an der samländischen Küste und Nidden auf dem litauischen Teil der weitere Facetten zeigen die zahlrei- schlesischer Städte uvm. 9,95 € chen herrlichen Fotografien.

Postkartenblock mit ca. 35 Postkarten mit den Kurischen Nehrung. Solche und viele Stadtwappen ost- u. westpreußischer, pommerscher und

Nr. P A1606 Postkarten 97076 Würzburg Telefon 09 31/45 26 50 35 Telefax 09 31/ 45 26 50 36 Email flechsigmedien@web.de Internet www.flechsigmedien.de Lieferung und Rechnung von

VDM Heinz Nickel, Zweibrücken

FLECHSIG

Bitte Bestellcoupon ausfüllen und

absenden, faxen oder Bestellung

einfach telefonisch durchgeben:

Flechsig Medienvertrieb

Katrin Glesius

Heisenbergstr. 10

Anzahl Bestell-Nr. Titel

Vorname Name Straße/Nr. Telefon PLZ/Ort Datum Unterschrift

BÜCHER ◆ KARTEN ◆ KALENDER ◆ FAHNEN/PINS ◆ DVD/CD ◆ SPIRITUOSEN ◆ MARZIPAN Achtung: Neue Telefon- u. Faxnummer Telefon 09 31 / 45 26 50 35 • Telefax 09 31 / 45 26 50 36 Telefonische Erreichbarkeit: Montags bis Freitags von 9.00 Uhr – 12.00 Uhr und 13.00 – 17.00 Uhr

AUFGESCHNAPPT

Das Turmblasen, vor allem im Advent, hat Tradition. Posaunenchöre stimmen von den Kirchtürmen auf das bevorstehende Weihnachtsfest ein. Viele wissen diese Klänge zu schätzen, sei es, weil sie eine religiöse Botschaft damit verbinden, sei es, weil das Ganze einfach nur schön ist. So war es einst. Inzwischen wird das Turmblasen oftmals abgesagt, eine der unzähligen "Corona-Maßnahmen". Was ist der offizielle Grund für das Schweigen der Posaunen? Geht es um die Musiker auf dem Turm? Versprühen sie von ihrer erhöhten Position aus Aerosole über die Menschheit? Nein. Man will keinen Anlass für größere Menschenaufläufe geben, um gegenseitigen Infektionen vorzubeugen. Es ist eine der "Maßnahmen", bei denen die Freude am Verbot erkennbar und der Sinn kaum vermittelbar ist – denn zum einen sind beim Turmblasen nicht tausende, lange eng beieinanderstehende Zuhörer zu erwarten, zum anderen gilt es als gesichert, dass Ansteckungen unter freiem Himmel vergleichsweise unwahrscheinlich sind. E.L.



DER WOCHENRÜCKBLICK

Lasst es brodeln!

Warum gerade unsinnige Maßnahmen so stark wirken, und was Herr Müller alles merkt

VON HANS HECKEL

eim Niederringen der Opposition sind Phantasie und Einfallsreichtum keine Grenzen mehr gesetzt. Lasst hundert Blumen blühen, wie schon der gute alte Mao wusste! Für Sie haben wir eine besonders hübsche Blume gepflückt: Im NDR-Radio hat Johannes Kiess, Soziologe am Institut für Demokratieforschung der Uni Leipzig, die wahre Triebfeder jener Unholde gefunden, die vermehrt gegen die Corona-Maßnahmen der Regierenden auf die Straße gehen.

In den Köpfen jener Kritiker der immer umfassenderen obrigkeitlichen Restriktionen herrscht laut Kiess ein tiefes "Misstrauen gegen die Politik". Und worauf deutet das hin? Sie werden staunen, was er herausgefunden hat! Dieses Misstrauen ist laut dem Experten ein Zeichen für den "Autoritarismus", von dem diese Leute durchdrungen seien.

Kritik an den Mächtigen und ihren Entscheidungen ist demnach "Autoritarismus", im unkritischen Strammstehen vor den Anordnungen von oben erblicken wir demgegenüber vermutlich den Ausdruck von "kritischem Bewusstsein", wenn nicht gar von regelrechter demokratischer Aufmüpfigkeit. Rückstandsfreier kann man die Wirklichkeit nicht auf den Kopf stellen.

Der Soziologe hat schon im Blick, wie sich die Oppositionsbewegung gegen die Corona-Maßnahmen weiterentwickelt. Weil sich "einfach auch Einzelpersonen so an die Wand gestellt fühlen, so an die Wand gedrängt fühlen, dass sie keinen anderen Ausweg mehr sehen, als Gewalt anzuwenden", werde es "sicherlich auch Versuche von Tötungen geben". Daher helfe nur noch ein "klares Durchgreifen der Polizei", so Autoritarismus-Gegner Kiess.

Wie wär's stattdessen mit einem Dialog über die Lagergrenzen hinweg, um der ständigen Aufheizung entgegenzuwirken? "Das ist schon zu spät, die Radikalisierung findet eh schon statt", diagnostiziert der Soziologe düster. Oder voller Erwartung – wir wissen es nicht. Wäre ihm eine nicht mehr eindämmbare Radikalisierung womöglich sogar recht, da er sich schon so sehr auf das "klare Durchgreifen" eingeschossen hat?

Keine Ahnung. Allerdings fragen wir uns doch ständig aufs Neue, warum jeden Tag neue Verschärfungen "diskutiert" werden, selbst wenn die Inzidenz stagniert oder rückläufig ist. Und obwohl noch niemand einen

Beleg dafür vorweisen konnte, dass das seit dem Frühjahr 2020 aufgezogene deutsche Maßnahmen-Regime überhaupt eine wesentliche Wirkung auf die Pandemie-Entwicklung gezeitigt hat.

"Diskutiert" werden die Verschärfungen ja sowieso nicht. Wenn die so wunderbar offen und demokratisch klingende Vokabel von der "Diskussion" fällt, ist in Wahrheit schon wieder etwas beschlossen. Wer dann wirklich noch diskutieren will, der ist ein Leugner oder, falls es sich um einen ausgewiesenen Wissenschaftler handeln sollte, fortan mindestens "umstritten".

Wir haben uns auch gefragt, was das Verbieten oder Drangsalieren von Weihnachtsmärkten unter freiem Himmel eigentlich soll. Die zuständigen Wissenschaftler aus der Aerosolforschung reden sich seit anderthalb Jahren Fransen an den Mund, um die Botschaft zu verbreiten, dass Treffen draußen an der Luft so gut wie unproblematisch und deren Verbote damit medizinischer Unsinn ersten Ranges seien.

Damit die Straße sauber bleibt

Ja, medizinisch! Aber darum geht es möglicherweise gar nicht. Hier geht es wohl eher um Politik. Wer Demonstrationen verbieten will, muss bei anderen Zusammenkünften im Freien eben auch Strenge zeigen, sonst fällt die Perfidie zu deutlich auf. So müssen die Weihnachtsmärkte vielleicht nur deshalb strengste Regeln beachten oder an vielen Orten Deutschlands sogar ganz dran glauben, damit unsere Straßen politisch sauber bleiben vom oppositionellen Unrat. Denn, wie gesagt, hinreichende medizinischen Gründe gibt es für die Schikanen gegen die Märkte laut Aerosolforschung nicht.

Sogar um sie ganz wegzukriegen muss man die Märkte gar nicht unbedingt zwangsschließen. Manchmal reicht es schon, dass man die Traditionsveranstaltungen dermaßen mit Auflagen einschnürt, dass die Menschen die Lust verlieren hinzugehen und die Marktbetreiber daher "freiwillig" dichtmachen, wie mancherorts bereits geschehen.

Mit diesem Vorgehen heizt man die Stimmung in der Bevölkerung immer weiter auf. Das Volk spaltet sich in mehrere Gruppen. Diejenigen, die es schon immer ungehörig fanden, Anordnungen von oben zu widersprechen, folgen artig den Verboten und beschimpfen alle, die es nicht tun. Die Widerspenstigen dagegen zerfallen in weitere drei

Das Verbieten oder Einschnüren der Weihnachtsmärkte ergibt medizinisch keinen Sinn. Aber darum geht es vielleicht gar nicht!

ter. Durch das "klare Durchgreifen" der Polizei wird das allerdings immer schwieriger. Die regierungsfrommen Medien vergessen zudem nicht, nach möglichst jeder Demo zu vermelden, dass "auch Neonazis mitdemonstriert haben sollen". Die dritte und kleinste Gruppe schließlich verliert buchstäblich den Verstand und dreht durch. Hier kann es dann zu besonders hässlichen, auch sogar gewalttätigen Ausbrüchen kommen. Die kann man dann dazu benutzen,

Gruppen: Die meisten resignieren irgend-

wann und ziehen sich zurück, die zweite

Gruppe bleibt standhaft und protestiert wei-

zu stellen. Für diese Strategie sind unsinnige Verbote geradezu ideal geeignet, weil sie das Blut der "Gedrängten" besonders zuverlässig zum Brodeln bringen. Soziologe Kiess hat die gesamte Spirale bereits zu Ende gedacht. Auf "die Wissenschaft" ist eben Verlass. Vertrauen wir ihr!

um die gesamte Opposition an den Pranger

Andererseits genügt es gelegentlich auch vollkommen, dass wir uns auf unser Gefühl verlassen. Der scheidende Regierende Bürgermeister von Berlin, Michael Müller, tut das ohne Scheu in aller Öffentlichkeit. Nach der jüngsten Ministerpräsidentenkonferenz zur Corona-Lage am 2. Dezember enthüllte der Sozialdemokrat vor den Medienvertretern, dass die Kunden sehr wohl einverstanden seien mit den 2G-Regeln im Einzelhandel. Warum? Weil sie "merken", dass es sie schützt, so Müller.

Wir "merken" also, dass uns der Ausschluss der Ungeimpften aus den Geschäften schützt? Wie stellen wir das an?

Ganz einfach: Indem wir es uns so gründlich einreden lassen, dass wir am Ende glauben, es selbst zu spüren. Der Vorgang birgt nichts Neues: Die ganze Menschheitsgeschichte ist voll von Bedrohungen, von deren Existenz die Leute zutiefst überzeugt waren, ohne dafür den geringsten realen Hinweis zu benötigen. Es reichte, dass ihnen die Autoritäten nur oft und eindringlich genug davon erzählt haben. Daher meinen wir laut Müller nun auch zu "merken", wie viel sicherer wir durch 2G geworden sind.

Und sobald die Regierenden meinen, dass es neue Maßnahmen hageln muss, werden wir abermals "merken", wie heilsam die nächsten Verbote wirken. Verdächtig macht sich nur derjenige, der angesichts dieses Theaters wirklich etwas merkt.

STIMMEN ZUR ZEIT

Otto Schily (SPD), Bundesinnenminister von 1998 bis 2005, spricht sich in einem Gastbeitrag für die "Welt" (2. Dezember) vehement gegen eine allgemeine Impfpflicht

"In einer freiheitlich-rechtsstaatlichen Demokratie darf sich der Staat nicht anmaßen, dem einzelnen Menschen eine bestimmte ärztliche Behandlung aufzuzwingen, das gilt umso mehr angesichts der Tatsache, dass es sich um neu entwickelte Impfmethoden handelt, deren Langzeitfolgen nach einem relativ kurzen Zeitabschnitt der Anwendung keineswegs abschließend verlässlich beurteilt werden können. Eine allgemeine Impfpflicht ist schlicht verfassungswidrig ... Nicht einmal in der sonst so vehement als autoritär gescholtenen Volksrepublik China besteht sie."

Der Hirnforscher Gerhard Roth warnt davor, sich auf "die Wissenschaft" als Quelle von Sicherheit und Autorität zu verlassen. Beides könne sie gar nicht leisten. Gegenüber dem "Spiegel" (1. Dezember) spricht Roth daher eine klare Empfehlung aus:

"Wir müssen unsere Kinder zu offenem Denken erziehen. Sie müssen lernen, Widersprüche und verschiedene Meinungen auszuhalten. Sie müssen verstehen, dass Wissenschaft kein Inhalt ist, sondern eine Methode. Und dass es auch in der Wissenschaft keine Wahrheit gibt, sondern immer nur mehr oder weniger plausible Erklärungen, die sich in einer Diskussion oder im Disput herausbilden."

Das Versprechen der Politik, dass es keine Impfpflicht geben werde, wird Schritt für Schritt gebrochen. Dieser und andere Wortbrüche in der Corona-Krise untergrüben die Glaubwürdigkeit der Regierenden schwer, warnt Boris Reitschuster in seinem Blog "reitschuster.de" (6. Dezember):

"Es bleibt also festzustellen, dass die Glaubwürdigkeit der Politik beschädigt ist. Denn wenn Verlässlichkeit der politischen Entscheidungen nicht mehr der Motor der Vertrauensbildung beim Bürger ist, dann sind damit auch wesentliche demokratische Reflexe ausgeschaltet. Wer möglicherweise sogar unter Vorsatz etwas verspricht, um beim Bürger wie auch immer zu punkten, nur um es später wieder zu kassieren, beschädigt das Vertrauen und damit die Demokratie nachhaltig."

WORT DER WOCHE

"Wie kann es sein, dass ungeachtet aller Erkenntnisse, wonach die Impfung vor allem Eigen- und nicht Fremdschutz ist, der 2G-Wahnsinn nicht nur weitergeht, sondern noch verstärkt wird?"

Tim Röhn kritisiert in der "Welt" (7. Dezember) nicht bloß einige Corona-Maßnahmen, sondern vor allem die unskeptische Haltung vieler Journalisten dem Regierungshandeln gegenüber



Alle Beiträge von Hans Heckel finden Sie auch auf unserer Webseite unter www.paz.de